

**Zur Frage
der rechtsgeschäftlichen Ausgestaltung
der ehelichen Lebensgemeinschaft
durch die Ehegatten**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von
Elsie Kühn-Leitz

1936

Referent: Professor Dr. Friedrich Klausning.

Korreferent: Professor Dr. Franz Beyerle.

Tag der mündlichen Prüfung: 29. Februar 1932.



Meinem hochverehrten ersten Lehrer des Bürgerlichen Rechts
Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Kisch,
stellvertretender Präsident der Akademie für Deutsches Recht,
gewidmet.

Inhaltsverzeichnis.

<i>Einleitung</i>	I
<i>I. Abschnitt:</i>	
Grenzen der Vertragsfreiheit im Recht der persönlichen Beziehungen zwischen den Ehegatten	3
<i>II. Abschnitt:</i>	
Vereinbarungen über die eheliche Lebensgemeinschaft	21
<i>III. Abschnitt:</i>	
Vereinbarungen über das Entscheidungsrecht des Mannes	36
<i>IV. Abschnitt:</i>	
Vereinbarungen über die Stellung der Frau im Hause:	
A. Die Hausleitungsgewalt und die Mitarbeitspflicht der Ehefrau	47
B. Die Schlüsselgewalt der Ehefrau	54
<i>V. Abschnitt:</i>	
Vereinbarungen über die Berufstätigkeit der Frau:	
A. Die unfelbständige berufliche Tätigkeit der Ehefrau und das ehemännliche Kündigungsrecht	60
B. Das selbständige Erwerbsgeschäft der Ehefrau	66
<i>VI. Abschnitt:</i>	
Vereinbarungen der Ehegatten über die gegenseitige Haftung	70
<i>VII. Abschnitt:</i>	
Vereinbarungen über die eheliche Unterhaltspflicht:	
A. Die regelmäßige Unterhaltspflicht der Ehegatten	74
B. Die Verpflichtung zur Unterhaltsgewährung bei Getrenntleben der Ehegatten	80
<i>VIII. Abschnitt:</i>	
Vereinbarungen der Ehegatten über die gemeinschaftlichen Kinder:	
A. Bei bestehender Ehe	94
B. Im Falle der Ehescheidung	107
<i>Schlußwort</i>	III



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Schrifttum *)

- André:* Verträge zwischen Eltern über die Erziehung ihrer Kinder. Rektoratsrede, Marburg 1905.
- Anschütz:* Die Verfassung des Deutschen Reiches. 10. Aufl. Berlin 1929.
- v. Baligand:* Der Ehevertrag, München 1906.
- Barfch:* Der selbständige Betrieb eines Erwerbsgeschäfts durch die Ehefrau. Leipziger Diff. 1905.
- Bergmann:* Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht. Bd. I—III und Nachtrag.
- Biermann:* Bürgerliches Recht, Allgemeine Lehren und Personenrecht. Berlin 1908.
- Braß:* Vertragsfreiheit im Familienrecht. Jenaer Diff. 1913.
- Breslauer:* Zwingende Normen im Recht der deutschen bürgerlichen Ehe. Göttinger Diff. 1914 (zit.: Breslauer).
- Breslauer,*
Willi: Die Schlüsselgewalt der Ehefrau nach § 1357. Marburger Diff. 1925.
- Bollenbeck:* Umfang und Grenzen der Vertragsfreiheit im ehelichen Güterrecht. Ztschr. d. Not.V. 1911 S. 751 ff.
- Bollmann:* Das Recht zur Verweigerung der ehelichen Lebensgemeinschaft in feinen Gründen und Folgen. Breslauer Diff. 1928.
- Buchka:* Die Stellung der Ehefrau als Handelsfrau nach dem neuen HGB. in DJZ. 1901 S. 421 ff.
- Cofack:* Lehrbuch des bürgerlichen Rechts, II. Bd. 2. Abt. Familienrecht. 7.-8. Aufl. 1924.

*) Das Schrifttum über die Wirkungen der Ehe im allgemeinen (§ 1353 ff.) ist im Vergleich zu anderen Gebieten des Familienrechtes, beispielsweise dem des Ehescheidungsrechtes und dem Recht des unehelichen Kindes, nicht sehr reichhaltig. Abgesehen von den größeren Kommentaren in den neuesten Auflagen sind die meisten Schriften über diesen Abschnitt des Familienrechtes bald nach Inkrafttreten des BGB. oder doch bereits bis zum Jahre 1914 erschienen. Infolgedessen hat die in der Einleitung und im ersten Abschnitt behandelte Problematik, deren Lösung hier versucht wird, im Schrifttum so gut wie gar keine Berücksichtigung gefunden. Unter den wenigen Schriftstellern, die sich mit den in der Arbeit behandelten Einzelfragen beschäftigt haben, befinden sich auch solche, die nicht deutschstämmig sind; sie sind unter entsprechendem Hinweis erwähnt.

- Crome:* Erziehung und Verkehr mit den Kindern bei tatfächlichem Getrenntleben. Recht 1909 S. 44 ff.
- Danziger:* Verträge zwischen Ehegatten über die Sorge für die Person ihrer Kinder. Leipziger Diff. 1908.
- Dernburg:* Deutsches Familienrecht IV, 4. Aufl. 1908 (zit.: Dernburg).
- Derf.:* System des römischen Rechts (Pandekten) 8. Aufl., bearb. v. Sokolowfki. Berlin 1912.
- Düringer-Hachenburg:* Das Handelsgesetzbuch Bd. I. 2. Aufl. 1908.
- Dronke:* „Inwieweit bedürfen die familienrechtlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches mit Rücksicht auf den die Gleichberechtigung der Geschlechter aussprechenden Art. 119 Abs. I S. 2 der Reichsverfassung einer Änderung?“ Gutachten zum 36. Deutschen Juristentag in Lübeck, S. 592 ff.
- Eck, Clara:* Die elterliche Gewalt im BGB. Bürg. Arch. Bd. 41 S. 1 ff.
- Eckstein:* Zur Lehre von der Nichtigkeit des Vertrages wegen Unfittlichkeit. Bürg. Arch. Bd. 38 S. 195 ff.
- Ehrlich:* Das zwingende und nicht zwingende Recht im Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich. Jena 1899.
- Eichner:* Das ehemännliche Kündigungsrecht des § 1358. Leipziger Diff. 1907.
- Einert:* Erörterungen einzelner Materien des Privatrechts. Leipzig 1840.
- Engelmann:* Die Zuständigkeit für die Regelung des Verkehrs zwischen Eltern und Kindern bei bestehender Ehe. Recht 1909 S. 564.
- Derf.:* Das Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung. München 1922.
- Endemann:* Lehrbuch des Deutschen Bürgerlichen Rechts. II. Bd. 2. Abt. Familienrecht. 8.-9. Aufl. 1908.
- Enneccerus:* Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts. I. Bd. 1. Abt. 30.—40. Tausend. Marburg 1928.
- Enneccerus-*
- Kipp-Wolff:* Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts. IV. Bd.: Das Familienrecht. 21.—23. Tausend. Marburg 1931.
- Freund-*
- Nipperdey:* Das Zivilrecht in der Sowjet-Union. Berlin 1927.

- Friedemann-Braun:* Herausgabestreit wegen gemeinschaftlicher Kinder zwischen den Eltern in DJZ. 1911 S. 1126.
- Friederichs:* Die Rechtsstellung einer Ehefrau, die selbständig ein Erwerbsgeschäft betreibt. Leipziger Diff. 1904.
- Gareis:* Das Deutsche Handelsrecht. 8. Aufl. 1909.
- Gauß:* Die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens. Tübinger Diff. 1910.
- Gehring:* Elterliche Personengewalt und Vertrag nach BGB. Rechtswiss. Stud. Heft 9.
- v. Gierke:* Deutsches Privatrecht. I. Bd. 1895.
- Derf.:* Das Deutsche Genossenschaftsrecht. Berlin 1913.
- Gildemeister:* Offene Handelsgesellschaften zwischen Ehegatten. Ztschr. f. d. gef. HR. Bd. 54 S. 99 ff.
- Gimmerthal:* Zur väterlichen Gewalt des BGB. Ziv. Arch. Bd. 104 S. 388 ff.
- Goldmann-Lilienthal:* Das Bürgerliche Gesetzbuch. III. Bd. Berlin 1921.
- Gumbel:* Die Unterhaltsverträge der Ehegatten aus Anlaß der Scheidung. Tübinger Diff. 1927.
- Haag:* Über den Erziehungsvertrag. Rostocker Diff. 1910.
- Hagemann:* Personenfürsorge und Unterhalt minderjähriger Kinder bei Trennung der Eltern während bestehender Ehe. ZBlFG. Bd. 12 S. 401.
- Haidlen:* Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgeetz. Bd. III. Stuttgart 1897.
- Hartmann:* Das Recht und die Pflicht der Frau zur Mitarbeit im Haushalt und im Betriebe des Mannes. Marburger Diff. 1925.
- Herrnsdorf:* Das ehemännliche Entscheidungsrecht nach § 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Leipziger Diff. 1907.
- Hillgenberg:* „Bedürfen die die persönliche Rechtsstellung der Ehefrau in ihrer Eigenschaft als Gattin und Mutter behandelnden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs einer Umgestaltung im Sinne der modernen Frauenbewegung?“ Heidelberger Diff. 1917.
- Hoch:* Unterhaltspflicht und -anspruch der Ehegatten untereinander. Rostocker Diff. 1904.

- Hörle:* Über die persönlichen und vermögensrechtlichen Verhältnisse der Ehegatten nach den §§ 1353—1361 BGB. Bürg. Arch. Bd. 31 S. 113 ff.
- Derf.:* Die Stellung der Ehefrau im Betrieb eines Erwerbsgeschäfts nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Rechtswiss. Stud. Bd. III. H. 5. Leipzig 1907.
- Hülle:* Der Unterhaltsanspruch der Ehefrau auf Geld. Marburger Diff. 1926.
- Hummelsheim:* Der Ehevertrag nach Voraussetzungen, Inhalt und Wirkung. Rostocker Diff. 1913.
- Jacobi:* Das persönliche Eherecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Berlin 1899.
- Jastrow:* Das Recht der Frau nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Berlin 1897.
- Derf.:* Formularbuch und Notariatsrecht. 13.-14. Aufl. 1926.
- Jellinek, Camilla:* Frauen unter deutschem Recht. München-Leipzig-Berlin 1928.
- Joerges:* Die eheliche Lebensgemeinschaft in ihrem Begriff, in ihren Gestaltungen und in ihren vermögensrechtlichen Beziehungen. Halle 1912.
- Josef:* Vormundschaftsgericht und Regelung des Verkehrs zwischen Eltern und Kindern. Seuff. Bl. Bd. 74 S. 121 ff.
- Derf.:* Die Ausschließung der Schlüsselgewalt im Licht der Praxis. Recht 1908 S. 441 ff.
- Derf.:* Verträge geschiedener Gatten über die Kindererziehung. Ziv. Arch. Bd. 119 S. 403.
- Junghanns:* Die Befugnis zum persönlichen Verkehr mit dem eigenen Kinde. Sächs. Arch. f. Rpfl. Bd. 7 S. 485 ff. 1912.
- Kienzle:* Das Entscheidungsrecht des Ehemannes. Tübinger Diff. 1930.
- Kipp* in: Enneccerus-Kipp-Wolff, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts. Bd. IV. 2. Abfchn.: Verwandtschaft und Schwägerschaft. 1931 (zit.: Kipp).
- Derf.:* Die Rechtsstellung der Ehefrau nach der Reichsverfassung in DJZ. 1922 S. 682 ff.
- Derf.:* Die religiöse Kindererziehung nach Reichsrecht. Festgabe f. Kahl. Tübingen 1923.

- Klüsmann:* Die Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft. Rostocker Diff. 1929.
- Knitschky:* Das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern nach dem BGB. Berlin 1899.
- Kohler:* Lehrbuch des bürgerlichen Rechts. Bd. III. Teil 1. Familienrecht. Berlin 1915 (zit.: Kohler).
- Derf.:* Rechtsinhalt, Rechtsfolge, Voraussetzung. Ziv. Arch. Bd. 101. S. 254 ff.
- Kölfsch:* Das ehemännliche Entscheidungsrecht. Gießener Diff. 1911.
- Köppke:* Die Schlüsselgewalt der Ehefrau gemäß § 1357 BGB. Marburger Diff. 1922.
- Krieg:* Die Zulässigkeit eines Ehevertrages. Würzburger Diff. 1909.
- Kröger:* Die Rechtsstellung der Ehefrau nach der Reichsverfassung. DJZ. 1922 S. 601 ff.
- Krückmann:* Clausula rebus sic stantibus. JW. 1921, 453.
- Derf.:* Clausula rebus sic stantibus, Kriegsklausel und Streikklausel. Ziv. Arch. 116, 157 ff.
- Kühl, Agnes:* Das Eingreifen des Gerichts in die Stellung der Ehegatten. Marburger Diff. 1927.
- Lange, Helene:* Die Frauenbewegung in ihren gegenwärtigen Problemen. Leipzig 1924.
- Lebius:* Unterhaltsverträge zwischen Ehegatten. Greifswalder Diff. 1911.
- Lehmann:* Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs einschl. Jugendfürsorgerecht. Berlin und Leipzig 1926 (zit.: Lehmann).
- Lehmann, Edgar:* Das Kündigungsrecht des Ehemannes gemäß § 1358. Leipziger Diff. 1911.
- Leonhard:* Das persönliche Eherecht des BGB. für das Deutsche Reich. Arch. f. prakt. Rechtswiss. 3. Flg. 7. Bd. S. 223 ff.
- Derf.:* Anmerkungen zu Ecks Vorträgen über das BGB. Bd. II. Berlin 1904.
- v. Lilienthal:* Das Kündigungsrecht des Ehemannes aus § 1358 BGB. Heidelberger Diff. 1908.
- Marchtaler:* Das Recht auf eheliche Lebensgemeinschaft und sein Schutz. Stuttgart 1932.
- Matthiaß:* Lehrbuch des bürgerlichen Rechts. 5. Aufl. Berlin 1910.

- Mehliß:* Der Rechtsmißbrauch in den §§ 1353 und 1666 BGB. Göttinger Diff. 1911.
- Meißner:* Das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich. Familienrecht Bd. IV. Breslau 1905.
- Menzel:* Die Schlüsselgewalt bei häuslicher Gemeinschaft und Getrenntleben. Sächs. Arch. f. bürgerl. Recht u. Prozeß Bd. 6 S. 609 ff.
- Derf.:* Das dänische Gesetz vom 18.3.25 über die Rechtswirkungen der Ehe. Auslandsrecht. 6. Jhg. Nr. 12 S. 491. Berlin 1925.
- Meusezahl:* Der Schutz der Ehefrau nach den Bestimmungen der §§ 1353 bis 1362 BGB. Gießener Diff. 1915.
- Meyer:* Das gesetzliche eheliche Güterrecht. Bl. f. Rechtsanw. Bd. 64 S. 9 ff.
- Michaelis:* Clausula rebus sic stantibus. Handwörterb. d. Rechtswiss. Bd. 1 S. 874 ff.
- Mitteis:* Familienrecht. Kohlrausch u. Kaskels Enzyklopädie. Berlin 1923.
- Mößmer:* Neugestaltung des deutschen Ehescheidungsrechtes. Schriften der Akademie für Deutsches Recht. Berlin 1936.
- Derf.:* Der Gemeinschaftsgedanke im Recht der Eheschließung und -scheidung. Deutsches Recht. Jhg. 1935. H. 4.
- Motive* zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich. Bd. I, Allgemeiner Teil; Bd. IV, Familienrecht. Berlin und Leipzig 1888.
- Müller, G.:* Über zwingende und nachgiebige Rechtsnormen nach BGB. Bl. f. Rechtsanw. Bd. 66 S. 1 ff.; Bd. 21 S. 1.
- Müller und Meikel:* Bürgerliches Recht. Bd. II. 2. Aufl. München 1909 (zit.: Müller).
- Mugdan:* Die gesammelten Materialien zum Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich.
- Munk, Marie, und Berent, Margarete:* Vorschläge zur Änderung des Familienrechts und verwandter Gebiete. 1921.
- Munk, Marie:* Vorschläge zur Umgestaltung des Rechts der Ehescheidung und der elterlichen Gewalt nebst Gesetzentwurf. Denkschrift

des Bundes Deutscher Frauenvereine. Berlin 1923 (zit.: Munk).

- Dief.:* Die elterliche Gewalt und ihre Reform. JW. 1925 S. 309 ff.
- Dief.:* Inwiefern bedürfen die familienrechtlichen Vorschriften des BGB. mit Rücksicht auf den die Gleichberechtigung der Geschlechter ausprechenden Art. 119 Abs. 1 S. 2 RV. einer Änderung? DRZ. 1931 S. 300 ff.
- Neumann:* Handausgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich. Bd. II. 5. Aufl. Berlin 1909.
- Neustadt:* Kritische Studien zum Familienrecht. Berlin 1907.
- Nyrén:* Das schwedische Eherecht. Gesetz über das Eherecht vom 11. 6. 1920 (Schwed. Familienrecht Teil 1. Berlin 1925).
- Oertmann:* Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch und seinen Nebengesetzen. Allgemeiner Teil, Berlin 1927; Schuldverhältnisse 1929.
- Derf.:* Die Geschäftsgrundlage. Leipzig 1921.
- Derf.:* Gehaltsanspruch der Ehefrau. DJZ. 1911, 124 ff.
- Opet-*
- v. Blume:* Das Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Berlin 1906
- Opet:* Theaterrecht. Berlin 1892.
- Derf.:* Bühnengengagement. Ziv. Arch. Bd. 36, 175.
- Derf.:* Verwandtschaftsrecht des BGB. Berlin 1899.
- Derf.:* Zur Anwendung des § 1358. DJZ. 1915, 1215 ff.
- Ostern:* Die Schlüsselgewalt der Ehefrau. Gießener Diss. 1898.
- Perels:* Das Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung. LZ. 1921 S. 637 ff.
- Planck:* Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Allgemeiner Teil. 4. Aufl. 1913; Familienrecht, 1. Hälfte. 4. Aufl. 1928. Bearbeiter: RGR. Dr. Brodmann, Dr. Buch, Dr. Ebbecke (zit.: Planck).
- Proelß und*
- Rafschke:* Die Frau nach dem BGB. Berlin 1895.
- Protokolle* der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Bd. IV, Familienrecht. Berlin 1899.
- Rebstein-Metzger,*
- Emmy:* „Inwieweit bedürfen die familienrechtlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit Rücksicht auf den die Gleichberechtigung der Geschlechter ausprechenden Art. 119 Abs. 1

S. 2 RV. einer Änderung?“ Gutachten zum 36. Deutschen Juristentag in Lübeck, S. 540 ff.

Regelsberger: Pandekten. Leipzig 1893.

Reichsgerichtsräte-Kommentar IV. Bd. Familienrecht. 7. Aufl. Berlin 1929 (zit.: RGRK.).

Richter: Die Schlüsselgewalt der Hausfrau. Jenaer Diff. 1902.

Roch: Verträge über Scheidungsfolgen. Rechtswiss. Stud. Heft 30. Berlin 1926.

Rothe: Die Schlüsselgewalt der Ehefrau. Erlanger Diff. 1896.

Runge: Scheidungsverträge nach bürgerlichem Recht. Rechtswiss. Stud. Heft 34. Berlin 1927.

Sarantakis: Die eheliche Lebensgemeinschaft. Münchener Diff. 1909.

Schefold: Das selbständige Erwerbsgeschäft der Ehefrau. Ziv. Arch. Bd. 91 S. 142 ff.

Scheppler: Die Alimentationspflicht der Ehegatten. Würzburger Diff. 1909.

Schiffmann: Die Wirkungen der Verheiratung einer Geschäftsfrau auf das von ihr betriebene Geschäft. Leipziger Diff. 1910.

Schliephake: Das Kündigungsrecht des Ehemannes aus § 1358 BGB. und sein Mißbrauch. Haller Diff. 1924.

Schmidt: Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch von Schmidt, Hölder u. a. Familienrecht. München 1907 (zit.: Schmidt).

Schmidt, Curt: Die Unterhaltspflicht getrennt lebender Ehegatten. Gießener Diff. 1911.

Schmitt, Georg: Die Schlüsselgewalt der Ehefrau nach deutschem Recht. Erlanger Diff. 1893.

Schultz: Über die Reform des Familienrechts. 36. Deutscher Juristentag. Lübeck 1931.

Schwister: Die Schiebung unter Ehegatten. JW. 1931 S. 2548 ff.

Scriba: Die persönliche Rechtsstellung der Ehegatten in ihrem gegenseitigen Verhältnis. Marburger Diff. 1910.

Seeler: Glossen zur Praxis des Reichsgerichts. Halle 1908.

Siegel: Die Schlüsselgewalt der Ehefrau. Greifswalder Diff. 1900.

Siméon: Recht und Rechtsgang im Deutschen Reich. Neu bearb. v. David. Bd. I, 2. Hälfte. 14.—15. Aufl. 1927.

Simons: Die Rechtsstellung einer Ehefrau, welche selbständig ein Erwerbsgeschäft betreibt. Leipziger Diff. 1903.

- Smend:* Die politische Gewalt im Verfassungsstaat und das Problem der Staatsform. Festgabe für Kahl 1913.
- Derf.:* Verfassung und Verfassungsrecht. Berlin 1928.
- Staub:* Kommentar zum Handelsgesetzbuch, Bd. I 12.-13. Aufl. 1926.
- v. Staudinger:* Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. 9. Aufl. 1. Bd. Allgemeiner Teil. 1925; IV. Bd. Familienrecht: 1. Teil von Engelmann 1926, 2. Teil von Keidel 1926 (zit.: Staudinger-Engelmann und Staudinger-Engelmann-Keidel).
- Stern:* Die Schlüsselgewalt der Ehefrau nach dem BGB. auf der Grundlage des bisherigen Rechts. Jenaer Diff. 1903.
- Strauß:* Auseinandersetzungsverträge bei Ehescheidungen. Rechtsfragen der Praxis. Berlin 1928.
- Strübe:* Das Kündigungsrecht des Ehemannes im Sinne des § 1358 BGB. Gruch. Beitr. Bd. 48 S. 295 ff.
- Derf.:* Die Beschränkung der Schlüsselgewalt. Ztschr. f. FG. Jhg. 1906 S. 168 ff.
- Strupp:* Schadenserfatz wegen Ehebruchs, Eheverlassung und in ähnlichen Fällen. Heidelberger Diff. 1910.
- Thiele:* Die Kündigung nach BGB. Ziv. Arch. Bd. 89 S. 85 ff.
- Derf.:* Das Erwerbsgeschäft der Ehefrau im gesetzlichen Güterstand. Ziv. Arch. Bd. 101 S. 307 ff.
- Titze:* Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs, 4. Buch Familienrecht. Leipzig 1906.
- v. Tuhr:* Der Allgemeine Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts, Bd. I, 1910;
Bd. II, Teil 1, 1914;
Bd. II, Teil 2, 1918.
- Türke-*
- Niedenführ:* Das Bürgerliche Gesetzbuch. 1902.
- Vogel:* Begriff des gegen die guten Sitten verstoßenden Rechtsgeschäfts. Leipziger Diff. 1906.
- Warneyer:* Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Bd. II. 1927. Bearbeiter: Warneyer u. Dr. M. Buchwald (zit.: Warneyer).
- Weber,*
- Marianne:* Ehefrau und Mutter in der Rechtsentwicklung. Tübingen 1907.
- Wetzel:* Die Verweigerung der ehelichen Gemeinschaft. Bürg. Arch. Bd. 26 S. 54 ff.

- Wieruszowski:* Handbuch des Eherechts Bd. I. Düsseldorf 1900.
- Windscheid-Kipp:* Lehrbuch des Pandektenrechts. 1906.
- Wirtschaftskunde, Deutsche,* Hrg. vom Stat. Reichsamt. Berlin 1930.
- Wolff* in: Enneccerus-Kipp-Wolff, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts Bd. IV. Familienrecht: Einleitung u. Eherecht. 1931
- Zarden:* Die personenrechtlichen Wirkungen der Ehe und die Parteidisposition nach dem BGB. auf der Grundlage des bisherigen Rechts. Rostocker Diss. 1909.
- v. Ziegenhied:* Die Schlüsselgewalt der Ehefrau. Leipziger Diss. 1906.
- Zitelmann:* Internationales Privatrecht. Bd. I u. II. Leipzig 1912.
- Zschimmer:* Der Einfluß des gesetzlichen Güterstandes auf ein Handelsgewerbe der Frau. ZHR. Bd. 52 S. 485 ff.
- Benutzt wurden ferner — zitiert in den üblichen Abkürzungen — die Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, der Oberlandesgerichte und anderer Obergerichte in den amtlichen Sammlungen, sowie alle anderen bekannten Entscheidungssammlungen und Zeitschriften.

Einleitung.

In dieser Arbeit, die bereits in den Jahren 1931/32 entstanden, später jedoch in der Form überarbeitet worden ist, soll aufgezeigt werden, inwieweit die Ehegatten schon nach geltendem Recht — unter Berücksichtigung der Rechtsanschauungen, die sich in den letzten 30 Jahren durchgesetzt haben, und unter Berücksichtigung der veränderten tatsächlichen Verhältnisse hinsichtlich der Stellung der Geschlechter zueinander — ihre persönlichen Beziehungen rechtsgeschäftlich ausgestalten können. Die Probleme, die sich aus der gesetzlichen Regelung der §§ 1353 ff. BGB. ergeben haben, und deren Lösung durch die Ehereformbestrebungen bis 1933 bereits mehrfach versucht worden ist, stehen zwar zurzeit nicht mehr im Vordergrund der Ehereform, dennoch bestehen sie weiter. Ein Blick auf die heutigen Ehen beweist das. Noch immer ist — wie die Statistik anzeigt — ein gutes Drittel aller Frauen in Deutschland erwerbstätig, und von diesen wiederum ein Drittel Ehefrauen. Die Hausfrauenehe des Bürgerlichen Gesetzbuches ist also zu einem nicht unbeträchtlichen Prozentsatz durch die Berufsfrauenehe verdrängt worden. Aus dieser Tatsache und aus den veränderten Anschauungen über die Stellung der Geschlechter zueinander ergeben sich die Probleme, die durch die Zulässigkeit der rechtsgeschäftlichen Ausgestaltung der persönlichen Beziehungen zwischen den Ehegatten wenigstens zum Teil gelöst werden können. Neben einer rechtstatfächlichen und dogmatischen Untersuchung über die Ausgestaltung der persönlichen Beziehungen durch die Ehegatten wird gleichzeitig der Zweck verfolgt, einer späteren Neugestaltung des Eherechtes auch in den hier behandelten Fragen den Boden zu bereiten.

Zur Frage der rechtsgeschäftlichen Ausgestaltung der ehelichen Lebensgemeinschaft durch die Ehegatten.

I. ABSCHNITT.

Grenzen der Vertragsfreiheit im Recht der persönlichen Beziehungen zwischen den Ehegatten.

Inwieweit die Gesetzesvorschriften über die persönlichen Rechtsbeziehungen zwischen den Ehegatten dispositiver oder zwingender Natur sind, inwieweit sie also vertraglicher Ausgestaltung und Abänderung zugänglich sind oder nicht, ist im Schrifttum sehr umstritten. Nach herrschender Meinung soll fast das gesamte persönliche Eherecht zwingender Natur sein.

Es zeigt sich aber, daß in der Praxis in einer großen Anzahl von Fällen die Ausgestaltung der persönlichen Beziehungen zwischen den Ehegatten von dem, was von der herrschenden Meinung nach dem gegebenen Recht noch als zulässig anerkannt wird, erheblich abweicht. Solche Abweichungen gründen sich auf teils ausdrücklich, teils stillschweigend zwischen den Ehegatten geschlossene Verträge, teils auch auf Übereinkünfte, bei denen von einer rechtsgeschäftlichen Bindung abgesehen wird, bei denen die Parteien an eine Rechtswirkung überhaupt nicht denken, vielmehr nur Klarheit über einen gegenwärtigen oder zukünftigen Zustand schaffen wollen.

Man denke an folgende, für die heutige Zeit typischen Fälle, in denen durch die Ehegatten für kürzere oder längere Zeit ein von den Gesetzesvorschriften der §§ 1353 ff. BGB. abweichender Zustand geschaffen wird, beispielsweise:

Ein Ehemann hat eine Stellung inne, die ihm nur die Mittel zur Bestreitung der notwendigsten Ausgaben einbringt. Die Ehegatten haben mehrere Kinder. Da der Verdienst des Mannes für eine berufliche Aus-

bildung der Kinder niemals reichen würde, beschließen die Ehegatten, daß die Ehefrau bis zum Selbständigwerden der Kinder zur Herbeischaffung des fehlenden Geldes eine ständige außerhäusliche Tätigkeit, wenn es sich so fügt, sogar eine Beschäftigung an einem anderen Ort annehmen soll, obwohl dadurch das Zusammenleben in der häuslichen Gemeinschaft beeinträchtigt wird, und die Mitarbeit der Frau im Hause fast ganz oder sogar vollständig wegfällt.

Oder: Ein Ehemann, der keinen bestimmten Beruf erlernt hat, ist arbeitslos geworden. Nun vereinbaren die Ehegatten, daß die Ehefrau, die sich aufs Kochen und Waschen versteht, eine Stelle in einem fremden Haushalt annehmen soll, wo sie einen guten Verdienst erhält, währenddessen der Ehemann den eigenen Haushalt führen soll.

Oder: Die Ehegatten sind, da der Ehemann — was heute allerdings eine geringere Rolle spielt als noch vor wenigen Jahren — erwerbsbeschränkt geworden ist, übereingekommen, zu den Eltern des Ehemannes zu ziehen. Die Mutter des Ehemannes kocht und führt den Haushalt für beide Familien. Nach einiger Zeit fühlt sich die junge Frau durch ihre Schwiegermutter in ihren Hausfrauenrechten und -pflichten beeinträchtigt und möchte wieder eine eigene Häuslichkeit haben. Der Ehemann widersetzt sich diesem Verlangen unter Berufung auf die getroffene Vereinbarung und mit der weiteren Begründung, daß er die ihm anfallenden Unterstützungsgelder nicht für eine eigene Wohnung verwenden wolle, da er sie für die Besserung seiner Gesundheit und für eine berufliche Umschulung brauche.

Oder: Einem Ehemann wird an einem anderen als dem bisherigen gemeinsamen Wohnort der Ehegatten eine bessere Stellung angeboten, die er annimmt. Rücksichten auf alte Eltern oder Verwandte, die mit unterhalten werden müssen, oder schulpflichtige Kinder, deren Umschulung nicht zweckmäßig erscheint, bestimmen die Ehefrau, den bisherigen gemeinsamen Wohnort beizubehalten.

Oder: Eine Ehefrau erbt von ihren Eltern ein gutgehendes Geschäft. Da sie den Wunsch und die Fähigkeit hat, dieses Geschäft fortzuführen, beschließen die Ehegatten, daß die Ehefrau an den Ort des Geschäftes ziehen soll, während der Ehemann seines Berufes wegen an dem bisherigen gemeinsamen Wohnort wohnen bleiben soll.

Oder: Eine Ehefrau, die als Opernfängerin ausgebildet ist und diesen Beruf vor ihrer Ehe ausgeübt hat, hängt an ihrem Beruf. Daher vereinbaren die Ehegatten, daß die Ehefrau diesen Beruf, solange sie dazu noch

imstande ist, weiter ausüben soll. Ein gemeinsamer Haushalt soll, der Sachlage entsprechend, nicht geführt werden.

Auch in ländlichen oder bäuerlichen Kreisen bedingen die strukturellen Wandlungen der Wirtschaft nicht selten ein Getrenntleben der Ehegatten oder eine andere Verteilung der beiden Teilen zukommenden Pflichten. Man denke dabei nur an die Verhältnisse der Landarbeiter.

Es wäre möglich, zahlreiche weitere Beispiele aus den verschiedenen Bevölkerungskreisen anzuführen, denn es steht für jeden, der offenen Auges ist, außer Frage, daß die Zahl der Ehen, die abweichend von den Bestimmungen des Gesetzes geführt werden, sehr groß ist. Für alle derartigen Ehen ergibt sich die Zweckmäßigkeit, um nicht zu sagen Notwendigkeit, zum Abschluß von Verträgen, nicht zuletzt aus psychologischen Erwägungen.

Alle derartigen Abmachungen zu leugnen oder gar für nichtig oder belanglos zu erklären, hieße sich der Wirklichkeit verschließen. Angesichts dieser tatsächlichen Verhältnisse ergeben sich für den Betrachter zwei mögliche Standpunkte: Entweder man stellt sich auf den Boden der heute noch herrschenden Ansicht und erklärt alle oder fast alle Verträge zur Regelung der ehelichen Lebensgemeinschaft für unzulässig; stimmt man in diesem Falle dem praktischen Ergebnis dieser Ansicht nicht zu, so bleibt nichts übrig, als sich in die Reihe derer zu stellen, die eine grundlegende Reform des heutigen Eherechtes auch nach dieser Seite hin erstreben. Oder aber man untersucht, ob nicht schon ein großer Teil der mit den bisherigen Reformbestrebungen verfolgten Ziele sich bei richtiger Auslegung des geltenden Gesetzes schon nach diesem verwirklichen läßt.

In den Rechtsbeziehungen der Ehegatten zueinander spielen die Begriffe von Sitte und Moral eine bedeutsame Rolle. Diese Begriffe sind aber nicht nur von Volk zu Volk verschieden, sie stehen auch innerhalb eines Volkes nicht für alle Zeiten unumstößlich fest. Jede Epoche hat ihre besondere geistige Grundhaltung und stellt ihre eigenen Wertungen auf. In einer Zeit, deren Schwerpunkt in einer kollektivistischen Weltanschauung liegt, werden die Grenzen zwischen Sitte und Unsitte, Moral und Unmoral in anderer Weise bestimmt als in einer Zeit, die einer individualistischen Weltanschauung huldigt. Dem Wandel der Weltanschauungen entspricht ein Wandel im Sittengesetz und damit, da das Recht dem Sittengesetz folgt, auch im Recht. Selbst wenn die äußere Form der Rechtsnormen gleichbleibt, so tritt doch dadurch, daß die Auslegung des Gesetzes dem jeweils geltenden Sittengesetz zu folgen hat, eine Änderung ein.

Für das Eherecht gilt das um so mehr, weil, wie nochmals betont werden muß, die Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau im besonderen Maße auf das Sittengesetz gegründet ist. Darum erscheint es gerade auf diesem Rechtsgebiet besonders angebracht, bevor man an die Reformierung herangeht, zu prüfen, inwieweit bei richtiger, d. h. zeitgemäßer Auslegung der geltenden Normen diese den veränderten Anschauungen und Bedürfnissen zu entsprechen vermögen.

Für die Rechtsbeziehungen der Ehegatten zueinander ist neben der sittlichen Bewertung der Ehegemeinschaft als solcher vor allem die Auffassung von der Stellung der Geschlechter in der Ehe von ausschlaggebender Bedeutung. Da die Ehe und Familie die kleinste und ursprünglichste Einheit jeglicher menschlichen Gemeinschaft ist, bildet sie als solche auch die Grundzelle der Volksgemeinschaft. Sinn und Zweck der Ehe liegen nicht nur in der Sorge für die Vermehrung und Erhaltung des völkischen Nachwuchses, sondern in gleichem Maße ist die Ehe dazu bestimmt, unterste Keimzelle und wichtigster Träger der Kultur eines Volkes zu sein. Da Mann und Frau zur Erfüllung dieser beiden wichtigsten Aufgaben der Familie in gleichem Maße beizutragen haben, sind sie nicht bloß gleichwertige Genossen¹⁾ der ehelichen Gemeinschaft — ein nach der Abschaffung der eheherrlichen Munt längst anerkannter Grundsatz unseres Rechtes —, sondern darüber hinaus sollten ihren gleichen Verpflichtungen auch gleiche Berechtigungen entsprechen. Das soll nicht heißen, daß beide Teile Befugnisse rechtsgleichen Inhaltes haben sollten, sondern daß die Ehegemeinschaft auf der gerechten Verteilung der beiderseitigen Pflichte- und Rechtekreise, sowohl in ideeller als auch in materieller Beziehung aufgebaut sein muß. Die Erkenntnis, daß aus der Genossenstellung der Ehegatten gleiche Verpflichtungen und gleiche Berechtigungen fließen, ist heute ein nicht mehr fortzudenkender Bestandteil unseres gesamten kulturellen Lebens geworden. Diese Erkenntnis hatte schon im Artikel 119 Abs. 1 Satz 2 der Weimarer Reichsverfassung ihren Niederschlag gefunden. Auch die nationalsozialistische Bewegung erkennt die auf gleichen Rechten und Pflichten be-

¹⁾ Die Begriffe „Genosse“ und „Genossenstellung“ sind hier nicht im technisch-juristischen Sinne, wie sie bei den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften des Handelsrechts gebraucht werden, zu verstehen, sondern es soll damit nur gekennzeichnet werden: der freie Zusammenschluß zu einer Gemeinschaft, die Verfolgung eines gemeinsamen Zweckes und die Gleichheit der Beteiligten.

ruhende genossenschaftliche Stellung der Frau in der Ehe an²⁾). Der Gedanke der Genossenstellung der Geschlechter in der Ehe führt von selbst dazu, als Grundlage des ehelichen Zusammenlebens nicht den Befehl oder die diktatorische Führerstellung eines Teiles, sondern die beiderseitige Übereinkunft zu setzen. Es versteht sich von selbst, daß die Übereinkünfte von den Belangen der Ehegemeinschaft getragen sein müssen, d. h. rechtlich ausgedrückt, daß sie ihre natürliche Grenze in den für die Ehegemeinschaft geltenden zwingenden Normen finden müssen.

Als zwingendes Recht bezeichnen wir alle diejenigen Gesetzesnormen, die auch dann zur Anwendung kommen, wenn die Personen, für die sie gegeben sind, erklären, daß sie nicht zur Anwendung kommen sollen³⁾. Sie sind daher jeder Parteiwillkür entzogen. Ob eine Bestimmung zwingenden Rechtes ist, ergibt sich entweder schon aus der Fassung des Gesetzes selbst oder aus dem Wesen der einzelnen Bestimmungen. Im Einzelfall muß dann geprüft werden, ob die zwingende Natur einer Vorschrift aus rechtspolitischen Gründen, die sowohl sozial-, kultur- als auch wirtschaftspolitisch bedingt sein können, anzunehmen ist oder nicht.

In der Hauptsache werden jedoch die Normen zwingenden Rechtes durch sittliche und moralische Gründe bestimmt. Zwingend ist daher vor allem die Vorschrift des § 138 BGB., nach der Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, nichtig sind. Was im Einzelfall als gute Sitte zu gelten hat, ergibt sich aus dem Volksbewußtsein⁴⁾. Verschiedentlich gibt das Gesetz selbst eine Auslegungsnorm dafür, was es im gegebenen Fall als maßgebendes Volksbewußtsein angesehen haben will. So sind einzelne Vorschriften des BGB. direkt als ergänzende Ausführungsbestimmungen zu § 138 BGB. aufzufassen, wie z. B. die §§ 443, 617, 618, 637 BGB. u. a. Für alle Rechtsgeschäfte indessen, die keinen besonderen Ver-

²⁾ Vgl. die Rede des Reichspropagandaministers Dr. Joseph Goebbels v. 11. 2. 34, gehalten auf der Amtswalterinnentagung der NS.-Frauenshaft in Berlin. RA. Dr. Ferd. Mößner, München, Vors. des Familienrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht: „Der Gemeinschaftsgedanke im Recht der Eheschließung und Ehescheidung“ in Deutsches Recht H. 4 vom 25. Februar 1935 S. 86, 87.

Adolf Hitler auf dem Nürnberger Parteitag 1936 in seiner Rede an die NS.-Frauenshaft: „Für uns ist die Frau zu allen Zeiten der treueste Arbeits- und Lebensgenosse des Mannes gewesen.“

³⁾ Windscheid-Kipp, Lehrbuch des Pandektenrechts S. 125.

⁴⁾ RGZ. 63, 391; 77, 421; 80, 221. RG. bei Warneyer 1920 Nr. 72 u. 143.

botennormen oder Schutzbestimmungen unterliegen, ist allein der § 138 BGB. maßgebend, der es der Auslegung überläßt, für den Einzelfall festzustellen, ob ein Verstoß gegen die guten Sitten vorliegt oder nicht. Der Gesetzgeber war weitfichtig genug, die generelle Verbotsnorm der gegen die guten Sitten verstoßenden Rechtsgeschäfte nicht durch eine ins einzelne gehende Begriffsbestimmung einzuengen, da er mit dem durch die Volksanschauung bedingten zeitlichen Wandel dieses Begriffes rechnete.

Um nun den Umfang zwingender Normen im persönlichen Eherecht und damit die Grenzen der Vertragsfreiheit für rechtsgeschäftliche Vereinbarungen der Ehegatten festzustellen, ist zunächst zu untersuchen, ob die herrschende Meinung mit ihrem Standpunkt Recht hat, daß grundsätzlich jede von den bestehenden gesetzlichen Vorschriften abweichende rechtsgeschäftliche Ausgestaltung durch die Ehegatten unzulässig ist.

In den Motiven⁵⁾ heißt es: „Es sind im Entwurfe besondere Bestimmungen über Verträge der Ehegatten, welche die persönlichen Rechtsverhältnisse untereinander regeln, nicht aufgenommen. Es genügen in dieser Beziehung die allgemeinen Grundsätze des Gesetzgebers, insbesondere die Vorschrift des § 106⁶⁾ in Verbindung mit der Erwägung, daß das Institut der Ehe ein solches der öffentlichen Ordnung ist. Daraus ergibt sich von selbst, daß jede Vertragsbestimmung, welche nach dem Sinn und Zweck des Gesetzes gegen das familienrechtliche Verhältnis und damit gegen die öffentliche Ordnung⁷⁾ verstößt, nach Maßgabe des § 106 nichtig ist.“ Hieraus erhellt zur Genüge, daß der Gesetzgeber keineswegs der Meinung war, eine vertragliche Regelung der persönlichen Rechtsbeziehungen zwischen den Ehegatten sei überhaupt ausgeschlossen. Die Gültigkeit der abgeschlossenen Verträge beurteilt sich vielmehr nach dem Standpunkt der Motive hauptsächlich danach, ob sie den guten Sitten im Rahmen des Familienrechtes zuwiderlaufen oder nicht. Wenn nun auch die Motive nicht allein maßgebend sind, so ist es doch von Wichtigkeit festzustellen, daß auch die Väter des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht der Ansicht waren, mit den Bestimmungen der §§ 1353 ff. sei das Recht der persönlichen Beziehungen zwischen den Ehegatten erschöpfend geregelt und jeglicher ändernden oder ausgestaltenden Parteivereinbarung entzogen. Es scheint

⁵⁾ Motive IV zu § 1333 S. 309 u. zu § 1272 S. 104.

⁶⁾ § 106 ist der Paragraph des Entwurfes, der unserem heutigen § 138 entspricht.

⁷⁾ Das Prinzip des Schutzes der öffentlichen Ordnung ist in der 2. Lesung weggefallen. Vgl. Protokolle IV, S. 124.

in der Tat kein Grund ersichtlich zu sein, abweichend von dieser Auffassung für das geltende Recht einen anderen Standpunkt einzunehmen.

Die Vorschriften des BGB., die die persönlichen Rechtsbeziehungen zwischen den Ehegatten regeln, beschränken sich auf zehn Paragraphen. Der § 1353 stellt den Grundsatz auf, daß die Ehegatten einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet sind. Nach herrschender Meinung sind die folgenden Paragraphen nur beispielsweise Ausführungen aus der Fülle möglicher Einzelregelungen, vom Gesetzgeber als besonders wichtig behandelte und herausgegriffene Teillösungen aus einer Reihe von Zweifelsfragen und Möglichkeiten, die sich im Verlauf einer Ehe ergeben können. Für die rechtliche Beurteilung aller nicht im Gesetz besonders behandelten Beziehungen der Ehegatten ist der § 1353 maßgebend, der daher vielfach auch als der § 242 des Eherechtes bezeichnet wird⁸⁾. Wenn nun die §§ 1354 ff. BGB. nur beispielsweise Ausführungen oder herausgegriffene Teillösungen für die Gestaltung der persönlichen Beziehungen zwischen den Ehegatten sind, so steht gerade deshalb noch keineswegs fest, daß der gesamte Inhalt des V. Titels zwingenden Rechtes ist. Die Begründungen, mit denen von verschiedenen Schriftstellern die Unabdingbarkeit der Bestimmungen dieses Titels erklärt wird, sind denn auch durchaus nicht einheitlich.

Unter den Schriftstellern, die den V. Titel des Familienrechtes behandelt haben, lassen sich drei Gruppen unterscheiden. Die erste Gruppe erklärt den gesamten Inhalt dieses Titels für zwingendes Recht, ohne eine nähere Begründung dafür anzugeben⁹⁾. Die zweite Gruppe nimmt ebenfalls fast durchweg zwingendes Recht an, gibt aber dafür Begründungen dehnbaren Inhalts. Die dritte Gruppe bekennt sich, wenn auch versteckt, zur Zulässigkeit vertraglicher Regelungen. Zur zweiten Gruppe gehören Staudinger und Planck¹⁰⁾. Nach Staudinger sollen die in den §§ 1353—1361 enthaltenen Bestimmungen, soweit sie mit dem Wesen der Ehe in innigem Zusammenhang stehen, als zwingende Normen grundsätzlich nicht der Abänderung durch Vereinbarungen der Ehegatten unterliegen. Ebenso hält Planck vertragsmäßige Vereinbarungen über die im V. Titel für die

⁸⁾ Motive IV, S. 104; Staudinger-Engelmann zu § 1353 Anm. 1.

⁹⁾ So Jacobi S. 66 Nr. 72; Matthiaß S. 251; Neumann S. 744; Schmidt S. 144; Ehrlich S. 177 u. a.

¹⁰⁾ Staudinger-Engelmann Vorbem. 7 zu §§ 1353 ff.; Planck IV. Bd. 1. Hälfte, Vorbem. V. Titel, Anm. 8.

persönlichen Rechtsverhältnisse der Ehegatten gegebenen Vorschriften im allgemeinen für unzulässig, denn diese Vorschriften seien vom Gesetzgeber offenbar in dem Sinne gedacht, daß sie notwendige Folgen des durch die Ehe begründeten Verhältnisses zwischen den Ehegatten darstellten. Indessen sollen einzelne geringfügige Abänderungen und nähere Bestimmungen hinsichtlich der erwähnten Vorschriften nicht unbedingt ausgeschlossen sein¹¹⁾).

Zur dritten Gruppe gehören Warneyer und Opet und v. Blume¹²⁾. Sie vertreten die Ansicht, nur insoweit liege zwingendes Recht vor, als eine vertragliche Änderung einen dem Wesen der Ehe widersprechenden unfittlichen Zustand begründen würde. Nach ihnen sind also Verträge grundsätzlich nicht ausgeschlossen.

M. E. ist mit dem Standpunkt der Motive und in Annäherung an Warneyer und Opet und v. Blume, besonders aber wegen der oben aufgezeigten Natur der §§ 1354 ff. BGB., von der Zulässigkeit vertraglicher Regelungen im persönlichen Eherecht auszugehen.

Für das Wesen der Ehe wird in § 1353 nur ein Rahmenbegriff gegeben, dessen Inhalt im einzelnen durch die jeweils herrschenden ethisch-fittlichen und sozialen Anschauungen bestimmt wird. Die §§ 1354 ff. sind zwar, wie gesagt, nähere Ausgestaltungen dieses Rahmenbegriffes, aber sie enthalten fast durchweg nur eine Verteilung von Zuständigkeiten und Organisationsrechten unter den Ehegatten. Ob die Vorschriften der §§ 1354 ff. BGB. zwingend sind und damit das „Wesen der Ehe“ mitbestimmen, kann demnach gar nicht von vornherein feststehen, sondern muß erst im einzelnen festgestellt werden. Auch heute noch wird der Sinn und Zweck und damit das „Wesen der Ehe“ am besten durch jene Grundauffassung gekennzeichnet, die durch die christliche Kultur des Abendlandes bestimmt, für die Mehrzahl der zivilisierten Völker gilt und in dem Satze der Digesten gipfelt: „Nuptiae sunt coniunctio maris et feminae et consortium omnis vitae divini et humani juris communicatio“¹³⁾.

Im übrigen aber sind die einzelnen Rechtsätze unseres geltenden Ehegesetzes als ein auf mittlerer Linie geschlossener Vergleich zwischen sich entgegensiehenden Weltanschauungen der herrschenden Volksgruppen zu

¹¹⁾ Planck a.a.O.; ebenso RG. in JW. 1901, S. 781.

¹²⁾ Warneyer II, Vorbem. IV zu § 1353; Opet u. v. Blume Vorbem. Ziff. 7 zu § 1353 S. 92.

¹³⁾ Digesten 23, 2, 1.

betrachten. Mit dem Wechsel der Herrschaft dieser Volksgruppen und der von ihnen vertretenen Weltanschauungen wandelt sich auch die Rechtsauffassung und damit das Recht selbst. Der von Smend¹⁴⁾ für die Staatsrechtslehre zur Kennzeichnung der stetigen Selbsterneuerung des staatlichen Lebens geprägte Begriff der „Integration“ ist auch auf die eheliche Lebensgemeinschaft und die ihren Inhalt erfüllenden Einzelnormen anwendbar. Auch sie unterliegen einem ständigen Integrationsprozeß. Dieser der Dynamik von Recht und Leben entsprungenen Rechtsauffassung widerspricht es notwendigerweise, die für das Eherecht im Bürgerlichen Gesetzbuch aufgestellten Einzelvorschriften als zwingendes Recht anzusprechen und grundsätzlich jede sie abändernde Vereinbarung für unzulässig zu halten. Dieser Auffassung von der Integrierung der die eheliche Lebensgemeinschaft betreffenden Einzelnormen entspricht vielmehr die Anerkennung einer grundsätzlichen rechtlichen Freiheit der Ehegatten zur vertraglichen Regelung ihrer persönlichen Beziehungen, die nur durch die herrschenden ethisch-sittlichen, rechts- und sozialpolitischen Anschauungen eingeschränkt wird.

So findet beispielsweise die Vertragsfreiheit der Ehegatten ihre Grenze in dem rechtspolitischen Erfordernis des Schutzes Dritter. Ehegatten können beispielsweise weder bei Beginn noch während der Ehe mit Wirkung gegen Dritte vertraglich die Schlüsselgewalt der Frau mit der Abrede ausschließen, daß die Ausschließung nicht ins Güterrechtsregister eingetragen werden soll. Ebenso ungültig wäre eine Vereinbarung der Ehegatten, wonach die Frau zur Vermeidung der Haftung des Ehemannes sich bei Einkäufen des täglichen Lebens eines anderen als des ehelichen Namens bedienen soll. Ein solcher Vertrag wäre sowohl wegen Verstoßes gegen die den Schutz Dritter bezweckenden Vorschriften der §§ 1355 und 1357 als auch wegen Verstoßes gegen § 138 BGB. nichtig. Überhaupt ist jede Vereinbarung unter Ehegatten, wonach die Ehefrau, entgegen der Bestimmung des § 1355, Behörden und sonstigen Dritten gegenüber einen anderen als den Namen ihres Ehemannes führen soll, unzulässig. Rechtspolitische Normen, die im wesentlichen den Schutz außenstehender Dritter bezwecken und daher zwingend sind, enthalten ferner die §§ 1344, 1362, 1399, 1411, 1431 und 1455 BGB.

¹⁴⁾ Smend: „Die politische Gewalt im Verfassungsstaat und das Problem der Staatsform.“ (Festgabe für Kahl 1923); „Verfassung und Verfassungsrecht“ (1928) S. 16 ff.

Aus sozialpolitischem Grund wäre beispielsweise ein Vertrag nichtig, nach dem die Ehegatten für die Zukunft auf die ihnen gegenseitig obliegende Unterhaltspflicht verzichten. Einem derartigen Vertrag steht die zwingende Vorschrift des § 1614 in Verbindung mit § 1360 Abs. III BGB. entgegen.

In der Hauptsache sind es jedoch ethisch-sittliche Gründe, die der Vertragsfreiheit der Ehegatten bestimmte Bahnen weisen. Was für das Familien- und Eherecht als „gute Sitte“ zu gelten hat, ist eine Frage, die nicht generell, sondern nur für den Einzelfall zu beantworten ist. Wohl aber können allgemeine Richtlinien aufgezeigt werden, die dem heute geltenden sittlichen Empfinden von der Bedeutung der Ehe und ihren Aufgaben innerhalb der Volksgemeinschaft sowie der Stellung der Geschlechter in der Ehe entsprechen. Hierzu gehört einmal der Gedanke, daß durch die Ehe eine der Einzelpersonlichkeit übergeordnete neue Einheit entsteht, die ihre besonderen sittlichen und wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen hat und ferner, daß beim Widerstreit zwischen den Interessen der einzelnen Ehegatten und den Interessen der Ehegemeinschaft im Zweifel die Einzelinteressen gegenüber den Gemeinschaftsinteressen zurückzutreten haben. Des weiteren gehört hierher die Erkenntnis, daß die genossenschaftliche Stellung von Mann und Frau in der Ehe notwendig zur Anerkennung gleichstehender Rechte und Pflichten beider Teile führen muß.

Ist für das Recht der persönlichen Beziehungen der Ehegatten insoweit Vertragsfreiheit anzuerkennen, als nicht zwingende Normen entgegenstehen, so ergibt sich, da sich die Rechtsbeziehungen der Ehegatten in denkbar stärkstem Maße auf dem Grundsatz von Treu und Glauben und den guten Sitten gründen, die unbedingte Forderung nach der Geltung der *clausula rebus sic stantibus* für alle Vereinbarungen, die die Ehegatten zur Regelung ihrer persönlichen Verhältnisse treffen.

Im allgemeinen wohnt die *clausula rebus sic stantibus* den Verträgen des bürgerlichen Rechtes nicht inne¹⁵⁾. Sie findet sich in unseren Gesetzen vom Gesetzgeber anerkannt in den §§ 321, 610, 2123 Abs. 1 Satz 2 BGB., §§ 323, 324 ZPO. u. a. und ist in allen Fällen des Kündigungsrechtes aus „wichtigem Grunde“ erkennbar enthalten, und zwar bei allen auf die Dauer gerichteten Verträgen, sofern sie einen Vertragsteil zu persönlichen

¹⁵⁾ RGZ. 99 S. 259; RG. bei Warn. 1911 Nr. 223. Vgl. auch Staudinger 9. Aufl. Vorbem. zu § 242 Anm. V, 1b.

Leistungen verpflichten¹⁶⁾, wie beispielsweise beim Dienstvertrage (§ 626 BGB.), bei den Gesellschaftsverträgen (§ 723 BGB., § 123 HGB ufw.). In anderen Fällen ist durch die Rechtsprechung im Wege der Auslegung die *clausula* als mit zum Inhalt eines Rechtsgeschäftes gehörend angenommen worden, wenn die Parteien bei Vertragschluß den Willen hatten, bei Erfüllung ihrer Verpflichtungen den jeweiligen veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen¹⁷⁾. Das Reichsgericht¹⁸⁾ nimmt in diesem Falle eine stillschweigende, nach der Absicht der Parteien bei Vertragschluß unterstellte Bedingung an und gibt ein „Rücktritts- oder Loslagerrecht“ wegen veränderter Umstände.

Bei Verträgen zur Regelung der persönlichen Beziehungen ist m. E. die *clausula* nicht nur dann als wirksamer Vertragsbestandteil anzusehen, wenn sie als Bedingung im Sinne einer Parteiabrede in den Vertrag mit aufgenommen worden ist, sondern es ist Kraft objektiven Rechtes eine diesen Verträgen innewohnende Wirksamkeitsbeschränkung anzunehmen. Das Gegenteil würde den guten Sitten und Treu und Glauben zuwiderlaufen. Die *clausula*, die den genannten Verträgen innewohnt, ist demnach die jedem Ehepartei zustehende rechtliche Möglichkeit, bei Eintritt veränderter Umstände, die die Aufrechterhaltung des bisherigen vertraglichen Zustandes als nicht mehr zumutbar erscheinen lassen, den Vertrag zu lösen. Sie wohnt also den Verträgen über das persönliche Eheverhältnis nicht als auf Parteiwillen beruhende, stillschweigende Bedingung inne, sondern als *conditio juris*. Dennoch bewirkt sie nicht, daß das Rechtsgeschäft bei Eintritt veränderter Umstände von selbst hinfällig wird, sondern es muß zur Vermeidung von Rechtsunsicherheit grundsätzlich der Wille einer Partei, am Vertrage nicht mehr festhalten zu wollen, nach außen hin in Erscheinung treten. Dies wird auch von den im Gesetz behandelten Fällen der *clausula rebus sic stantibus* verlangt; so in allen Fällen der Kündigung aus wichtigem Grunde, vgl. § 723 BGB., § 123 HGB. u. a., so in § 610 BGB., in dem bei veränderten Umständen eine Widerrufsmöglichkeit für das Darlehnsversprechen gegeben ist, und so auch im Falle der Verurteilung zu künftig fällig werdenden wiederkehrenden Leistungen, wofür im § 323 ZPO. bei wesentlicher Veränderung der Verhältnisse jeder Partei die

¹⁶⁾ Vgl. hierzu RGZ. 65, 37; 78, 385.

¹⁷⁾ RGZ. 50 S. 255; OLG. 30, 382; 31, 369; s. auch Krückmann in Ziv.-Arch. Bd. 116 S. 151 ff.

¹⁸⁾ RGZ. 62, 267 u. a.

Möglichkeit eingeräumt ist, im Klagewege eine entsprechende Abänderung des Urteils zu verlangen.

Ist nun den Ehegatten bei Eintritt veränderter Verhältnisse ein Rücktritts-, ein Widerrufs- oder ein Kündigungsrecht der Verträge gegeben? Da regelmäßig nicht der ganze Vertrag rückgängig gemacht werden soll, sondern nur eine Wirkung ex nunc erstrebt werden wird, scheidet das Rücktrittsrecht grundsätzlich aus. Auch von einem Widerrufsrecht wird man besser nicht sprechen, da das Wort Widerruf im BGB. nicht einheitlich gebraucht wird; einmal bedeutet es Rücktritt, so im § 530 BGB., ein anderes Mal Kündigung, so in den §§ 168, 671 BGB. u. a. m. Es erscheint daher am zweckmäßigsten, den Ehegatten bei Eintritt veränderter Umstände oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ein Kündigungsrecht zuzusprechen. Ein derartiges Kündigungsrecht ist übrigens auch im Wege der Auslegung aus § 157 BGB. zu folgern, denn es sind im besonderen die Verträge zwischen den Ehegatten zur Regelung ihrer persönlichen Beziehungen so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte — das will hier sagen mit Rücksicht auf die Interessen der ehelichen Lebensgemeinschaft in Abgrenzung zu den Einzelinteressen der Ehegatten — es erfordern. Doch wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß in einem besonderen Falle auch einmal ein Rücktrittsrecht, also eine Wirkung ex tunc anzunehmen ist. Durch die Anwendung des § 157 BGB. wird am sichersten eine Lösung gefunden werden können, die den Bedürfnissen des Einzelfalls gerecht wird.

Es ist Krückmann¹⁹⁾ zuzustimmen, der in seinen grundsätzlichen Ausführungen über die *clausula rebus sic stantibus* sagt: „Es wäre falsch, wollte man nach einem Schema überall den ganzen Vertrag für aufhebungswürdig erklären.“ Denn es können Fälle vorliegen, wo nur eine teilweise Unwirksamkeit in Frage kommt. Doch ist dies letztlich eine Frage, die aus § 139 BGB. zu beantworten ist.

Anstelle der *clausula rebus sic stantibus* könnte man auch bei unseren Verträgen mit dem von Oertmann²⁰⁾ eingeführten Begriff der Erschütterung der Geschäftsgrundlage arbeiten. Nach der Oertmannschen Lehre von der Erschütterung der Geschäftsgrundlage wird nicht nur dann ein Rücktrittsrecht vom Vertrage gewährt, wenn jemand beim Abschluß eines Rechtsgeschäftes von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, sich über

¹⁹⁾ Krückmann in JW. 1921 S. 144.

²⁰⁾ Oertmann, Die Geschäftsgrundlage (1921) S. 46 ff.

die „Geschäftsgrundlage“ geirrt hat, sondern auch dann, wenn die Verhältnisse, die bei Vertragschluß vorlagen, sich später grundlegend geändert haben. Die Gemeinlichkeit zwischen der *clausula* und der Lehre von der Geschäftsgrundlage liegt darin, daß beide ihren Ausgangspunkt im § 242 BGB. haben. Beide Institute sind Rechtsbehelfe zur Auflösung oder Abänderung von Rechtsgeschäften, die auf eine gewisse Dauer berechnet sind und bei denen die Billigkeit eine Änderung gebietet. Gerade in der neuesten Rechtsprechung²¹⁾ erfährt die Anwendung der auf die §§ 157, 242 gegründeten *clausula*- und Geschäftsgrundlagen-Lehre eine ständige Ausbreitung, und zwar insonderheit bei Verträgen, die gemischter Natur sind, die teils personenrechtlichen, teils schuldrechtlichen Charakter haben, wie die Dienst- und Arbeitsverträge. Diese Verträge pflegen grundsätzlich auf eine gewisse Dauer berechnet zu sein und schaffen ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen den Beteiligten. Deshalb ist auch die Treupflicht zur Grundpflicht und zum wesentlichen Inhalt derartiger Verträge erklärt worden. Aus dieser gegenseitigen Treupflicht ist bei Eintritt veränderter Umstände für beide Teile ein Anspruch auf Abänderung bzw. ein Kündigungsrecht zu folgern, denn die Treupflicht gebietet neben der beiderseitigen Verpflichtung zur Einhaltung des Vertrages die Pflicht zur Rücksichtnahme sowohl auf den Vertragspartner als auch auf die Belange der Gemeinschaft. Deshalb müssen Verträge, die sich durch Veränderungen ihrer Lebensgrundlage ohne Zutun der Vertragsgenossen nachträglich als untragbar herausgestellt haben, von der starren Fessel der *pacta sunt servanda* befreit werden²²⁾.

Da kein anderes personenrechtliches Verhältnis in solchem Maße auf der Treupflicht gegründet ist wie die Rechtsbeziehungen zwischen den Ehegatten, ergibt sich, auch in Verfolg der Gedanken der neuesten Rechtsprechung, für alle zwischen Ehegatten abgeschlossenen und auf eine gewisse Dauer gerichteten Verträge die Anwendbarkeit der *clausula*.

Es ist bemerkenswert, daß auch schon in dem vor 20 Jahren und früher veröffentlichten Schrifttum über Verträge zwischen Ehegatten die Anwendbarkeit der *clausula* gefordert wurde. So nimmt Endemann²³⁾, der Verträge zur Regelung der ehelichen Lebensgemeinschaft grundsätzlich nicht

²¹⁾ Vgl. RG. in JW. 1935 S. 2877 ff. Nr. 1 = RGZ. 148,81; sowie Prof. Siebert: „Treupflicht und Treu und Glauben im Arbeitsverhältnis“ in JW. 1935 S. 2870 ff.

²²⁾ Prof. Heinrich Lange, Breslau: „Die Vertragstreue“ in Deutsches Recht, H. 22 vom 25. November 1934, S. 531 ff.

²³⁾ Endemann II, S. 298.

und nur ausnahmsweise für zulässig hält, für diese Ausnahmefälle die Geltung der *clausula an. Breslauer*²⁴⁾ behauptet, daß auch ohne Aufnahme der *cl. reb. sic st.* in den Vertrag eine dieser Klausel entsprechende Wirkung nach allgemeinen Grundsätzen über den Schutz der guten Sitten eintreten müsse. Obwohl die Sittenwidrigkeit eines Vertrages sich gemeinhin nach dem Zeitpunkt des Vertragschlusses bestimme, bedürfe dieser Satz, wenn es sich um langfristige Verträge handle, einer Modifikation. Sehr viele Vereinbarungen seien nur unter bestimmten Umständen sittenwidrig oder seien es nur unter diesen nicht. Wenn nun diese besonderen Umstände, die die Voraussetzungen für die sittliche Unbedenklichkeit eines Vertrages abgegeben haben, während der Dauer eines langfristigen Vertrages Veränderungen erführen, so sei der Bestand des ursprünglich nicht sittenwidrigen Vertrages nicht für die ganze Zeit garantiert. Deshalb müsse also jeweils, wenn der Vertrag Anwendung finden solle, geprüft werden, ob die wesentlichen Voraussetzungen der Wirksamkeit „*non iam sic stant*“.

Nicht beizutreten ist der vom Reichsgericht²⁵⁾ seinerzeit über die Wirksamkeit personenrechtlicher Verträge zwischen den Ehegatten vertretene Ansicht, wonach allen diesen Verträgen eine schwebende Unwirksamkeit innewohne, was besagen soll, daß sie nur so lange Gültigkeit hätten, als das gegenseitige Einverständnis fortduere, und daß dementsprechend jeder Ehegatte jederzeit nach Willkür sich von dem Vertrage losagen könne. Das Reichsgericht geht dabei offenbar davon aus, daß, weil nicht auf Erfüllung solcher Verträge geklagt werden könne, bindende Verträge im Rechtsinne überhaupt nicht vorlägen. Dem kann nicht beigetreten werden. Zum Begriffe eines Vertrages gehört nach der *heute herrschenden Auffassung* nicht, daß aus dem Vertrage in jedem Fall eine Klage auf Erfüllung desselben gegeben sein muß, sondern lediglich, daß die Willenserklärungen der Vertragsschließenden auf die Hervorbringung einer bestimmten rechtlichen Wirkung gerichtet sind. Welches die rechtliche Wirkung des Vertrages alsdann ist, ist unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften, im übrigen aber im Wege der Auslegung zu ermitteln. Daß aus Verträgen Verpflichtungen erwachsen können, auf deren Erfüllung nicht geklagt werden kann, zeigt beispielsweise der Arbeitsvertrag. Auf Erfüllung der Gefolgschaftstreue, die nach dem Gesetz zur Ordnung der

²⁴⁾ S. 27/28.

²⁵⁾ 4. Senat des Reichsgerichts, Entsch. v. 3. Juni 1910, wiedergegeben im Recht 1910 Nr. 3187.

nationalen Arbeit Pflicht, und zwar erste Pflicht jedes Gefolgschaftsangehörigen ist, kann nicht geklagt werden. Ebenso sind bei Gesellschaften, Vereinen usw. Pflichten der Mitglieder denkbar, auf deren Erfüllung nicht geklagt werden kann. Auch im Beamtenrecht gibt es solche Pflichten. Aus der Tatsache, daß auf Erfüllung einer Vertragspflicht nicht geklagt werden kann, kann also nicht geschlossen werden, daß eine Rechtspflicht und ein bindender Vertrag überhaupt nicht besteht.

Wenn also auch bei Verträgen unter Ehegatten eine Klage auf Erfüllung der Vertragspflichten meist nicht gegeben sein wird, ist damit das Vorliegen eines bindenden Vertrages mit bestimmten Rechtspflichten nicht ausgeschlossen. In jedem Einzelfall ist daher zu prüfen, welche Pflichten der eine oder der andere Ehegatte mit der Vereinbarung übernommen hat, ob und welche Möglichkeiten der Rechtsverfolgung bei Verletzung dieser Pflichten gegeben sind.

Im folgenden soll an einigen Beispielen gezeigt werden, daß in einer Reihe von Fällen schon nach dem Gesetze selbst der Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse in den persönlichen Rechtsbeziehungen zwischen den Ehegatten Rechnung getragen wird. Wenn beispielsweise die Ehegatten vereinbart haben, daß die Frau selbständig ihren Beruf ausüben darf und deshalb zu Arbeiten im Hauswesen oder im Geschäfte des Mannes nicht verpflichtet sein soll, so hat die ursprüngliche Abmachung ihre bindende Kraft in dem Augenblick verloren, in dem die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ehegatten sich so verändert haben, daß die Mithilfe der Frau in der Hauswirtschaft sich als unbedingt notwendig erweist. Im Gesetz kommt die Rücksichtnahme auf die persönlichen veränderten Verhältnisse im § 1356 II BGB. mit den Worten zum Ausdruck: „Zu Arbeiten im Hauswesen und im Geschäfte des Mannes ist die Frau verpflichtet, soweit eine solche Tätigkeit nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten *leben*, üblich ist.“ Es kommt also hiernach nicht darauf an, in welchen Verhältnissen die Ehegatten einmal lebten, sondern es soll in jedem Augenblick den veränderten Verhältnissen, der Gegenwart, Rechnung getragen werden. Ebenso wäre zu entscheiden, wenn sich nach Abschluß eines Vertrages, der der Frau die weitere Berufsausübung sichert, zeigt, daß die Frau im Hauswesen nicht mehr entbehrlich ist, weil z. B. die Kinder einer verstärkten Aufsicht bedürfen. Ob in einem solchen Falle die Vereinbarung von selbst oder erst nach einer Kündigung ihre bindende Kraft verliert, richtet sich danach, ob die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse

eine solche Lage herbeigeführt hat, daß die Aufrechterhaltung des früheren Zustandes als sittenwidrig erscheinen würde; das wäre beispielsweise dann der Fall, wenn der Haushalt bei der ständigen Abwesenheit der Frau und der Unmöglichkeit der Anstellung einer Hilfskraft einer Verwahrlosung anheimfiele. Im Zweifel wird man jedoch, wie oben dargelegt, nur ein Kündigungsrecht annehmen müssen.

So wird auch im § 1358 II BGB. den jeweils veränderten Umständen insofern Rechnung getragen, als das ehemännliche Kündigungsrecht beim Getrenntleben der Ehegatten erlischt, aber bei Wiederherstellung der häuslichen Gemeinschaft wiederauflebt. — Auch enthalten die §§ 1360, 1361 und 1611 BGB. über die Unterhaltsgewährung zwischen Ehegatten besondere Vorschriften, nach denen den veränderten Umständen nach Billigkeitsgrundsätzen Rechnung zu tragen ist. Diese Vorschriften müssen auch auf Verträge Anwendung finden. Wenn also beispielsweise der Mann der Frau bei berechtigtem Getrenntleben eine bestimmte Summe als monatlichen Unterhalt vertraglich zugesichert hat, so kann er diesen Vertrag nur dann aus wichtigem Grund kündigen, wenn z. B. in seinen Vermögensverhältnissen derartige Veränderungen eingetreten sind, die ihm die Zahlung der abgesprochenen Summe ohne Gefährdung seines notdürftigen Unterhaltes unmöglich machen, oder aber wenn sich die Frau schwere Verfehlungen gegen die auch bei Getrenntleben noch bestehenden Pflichten gegenüber der Ehegemeinschaft hat zuschulden kommen lassen²⁶⁾.

Gleiches muß für eine eventuelle Unterhaltsverpflichtung der Frau gelten. Haben die Ehegatten, da der Mann ausreichend für den gemeinsamen Unterhalt verdient, vereinbart, daß die Einkünfte der Frau aus ihrem Vermögen ihr für ihre weitere Fortbildung zustehen oder für eine besonders gute Erziehung der Kinder verwandt werden sollen, so entfällt die Grundlage des Vertrages in dem Augenblicke, in dem der Mann nicht mehr ausreichend verdient oder vollkommen außerstande ist, die Familie oder auch sich selbst zu unterhalten (§ 1360 II BGB.).

Wir sehen also, daß in weitgehendem Maße der Gesetzgeber selbst die Veränderung der Verhältnisse während der Ehe berücksichtigt haben will, und zwar sowohl für den Fall, daß sich die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten lediglich nach dem Gesetz bestimmen, als auch für den Fall, daß sie dieselben vertragsmäßig festgelegt haben.

²⁶⁾ Vgl. Staudinger-Engelmann zu § 1360 Anm. 6c.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Verträge zwischen den Ehegatten über ihre persönlichen Rechtsbeziehungen nicht als Eheverträge bezeichnet werden können, da „Ehevertrag“ ein feststehender terminus technicus ist für Verträge zwischen Ehegatten zur Regelung ihrer güterrechtlichen Verhältnisse (§§ 1432, 1434 BGB.)²⁷⁾.

Vielfach ist im Schrifttum²⁸⁾ behauptet worden, daß auch auf solche Vereinbarungen zwischen den Ehegatten, die gemischten Charakter tragen, die also sowohl personenrechtlicher als auch vermögensrechtlicher Natur sind — wie z. B. Vereinbarungen über die in den §§ 1356, 1357, 1360, 1361 geregelten Materien —, die Formvorschriften über den güterrechtlichen Vertrag analog angewandt werden müßten. Jedoch ist das unrichtig. Die Formvorschrift für „Eheverträge“ besteht nach dem Gesetz nur für die Regelung güterrechtlicher Angelegenheiten. Diese sind nicht identisch mit ehelich-vermögensrechtlichen Angelegenheiten, sondern nur eine Unterart derselben. Die Formvorschrift des § 1434 BGB. ist aber nur für güterrechtliche Verträge gegeben, und zwar wesentlich mit Rücksicht darauf, daß in weitem Umfange die Interessen Dritter, die in Vermögensbeziehungen zu den Ehegatten treten könnten, geschützt werden sollen. Gleiches läßt sich im allgemeinen von personenrechtlichen sowie sonstigen vermögensrechtlichen Verträgen nicht sagen, so daß ein Bedürfnis auch für solche Verträge eine entsprechende Formwahrung zu verlangen, nicht besteht. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß ein Vertrag über die in den §§ 1353 ff. geregelten Materien zugleich güterrechtliche Wirkungen hat. Alsdann ist natürlich die Form des § 1434 notwendig. Dazu würde beispielsweise eine Vereinbarung zu rechnen sein, wonach die von der Ehefrau nach § 1356 geschuldeten Dienste als Beitrag zum ehelichen Aufwand angerechnet werden, im übrigen aber entgegen den §§ 1363, 1376, 1383 BGB. die Einkünfte aus ihrem Vermögen ihr zustehen sollen.

Verträge über die personenrechtlichen Beziehungen können also formlos, und zwar, wie bereits erwähnt, sowohl ausdrücklich als auch konkludent geschlossen werden. Es kann sich aber auch um Übereinkünfte tatsächlicher Art handeln, bei denen von einer rechtsgeschäftlichen Bindung abgesehen wird. Unterlagen über derartige Verträge und Abmachungen tatsächlicher Art zwischen Ehegatten sind aktenmäßig kaum zu erhalten.

²⁷⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1432 Anm. 1.

²⁸⁾ Ehrlich S. 191; Bollenbeck i. Ztschr. d. deutsch. Notar-Vereins 1911 S. 751 ff.; Endemann II, 2 S. 290; Bayr. ObLG. i. Recht 1903 S. 456.

Den Gerichten werden solche Abmachungen unter Ehegatten meist nur in Verbindung mit Ehescheidungsprozessen bekannt. Gelegentlich sind sie auch bei den Anmeldungen zu den Eintragungen ins Güterrechtsregister über vereinbarte Gütertrennung, Entziehung der Schlüsselgewalt usw. zu finden. Weit mehr Material über solche Verträge findet man bei Anwälten und Notaren, die in Verbindung mit sonstigen Ehesachen häufig Einblicke in derartige Regelungen erhalten. Aktenmäßiges Material ist wohl deshalb so selten zu bekommen, weil die irrige Meinung von der Unwirksamkeit solcher Verträge noch viel zu weit verbreitet ist.

Das tatsächliche Material zur vorliegenden Arbeit stammt, soweit es nicht frei aus dem Leben geschöpft ist, aus den soeben genannten Quellen. Auf diese Weise läßt sich natürlich nur ein kleiner Prozentsatz von Verträgen und Abmachungen zwischen Ehegatten erfassen. Doch kann man annehmen, daß das Material, das bei Gerichten und bei Anwälten zu finden ist, ein verkleinertes, aber getreues Spiegelbild des täglichen Lebens ist. Wer sich mit offenen Augen die heutigen Ehen ansieht, wird bestätigt finden, daß fast jede Ehe ihre besondere persönliche Ausgestaltung durch die Ehegatten erfahren hat. In der Arbeiter- und Mittelsstandsbevölkerung handelt es sich meist um stillschweigend getroffene Vereinbarungen der Ehegatten, die auf eine außerhäusliche Tätigkeit, ein Mitverdienen der Ehefrau und dergleichen mehr abzielen. In den materiell besser gestellten Volksschichten handelt es sich dagegen zumeist mehr um Vereinbarungen, die den persönlichen Lebens- und Wirkungskreis der beiden Ehegatten näher umgrenzen.

II. ABSCHNITT.

Vereinbarungen über die eheliche Lebensgemeinschaft.

Bei Betrachtung des durch Gesetz geregelten Inhaltes der ehelichen Lebensgemeinschaft fällt auf: Einmal, daß im Gegensatz zu der in früheren Partikularrechten¹⁾ geübten Methode kasuistischer Aufzählung der einzelnen Pflichten und Rechte der Ehegatten im § 1353 BGB. eine weitgehend abstrakte Formulierung gewählt wurde, die der Fülle der durch das Leben gegebenen Möglichkeiten einen weiten Spielraum läßt. Es fehlt im Gesetz jede juristische Definition des Wesens der Ehe. Jedoch ergibt sich aus § 1353 einwandfrei, daß das Eheideal des BGB. dem Kulturideal des gesamten christlichen Abendlandes, der Einehe, entspricht, wonach Mann und Frau durch die Eheschließung zu einer Gemeinschaft für das ganze Leben verbunden sein sollen. Andererseits wird die Ehe im BGB. nicht, wie nach kanonischem Recht, als eine übernatürliche, unlösbare Verbindung, als Sakrament, angesehen, denn die Ehescheidung wird ausdrücklich zugelassen. Zum andern fällt auf, daß, während fast alle anderen Teile des BGB. den stark individualistischen und liberalistischen Geist des 19. Jahrhunderts widerspiegeln, dies im Eherecht nicht in gleichem Maße der Fall ist. Hier war man im Gegenteil bestrebt, das überlieferte Eheideal — die Einehe mit der Vormachtstellung des Mannes — traditionsgebunden zu erhalten und dafür gesetzliche Bindungen aufzustellen. Dies geschah einmal durch den Einfluß der historischen Rechtschule und zum andern aus der Erkenntnis heraus, daß die Institution der Ehe mit dem gesamten staatlichen Leben organisch verbunden ist. Das Reichsgericht²⁾ faßt diese Erkenntnis treffend in die Worte: „Das natürliche und sittliche Band der Ehe ist die Grundlage der Familie, diese wiederum die Grundlage der Gesellschaft und des Staates als einer geordneten Gesellschaft. Deshalb hat der Staat an der gefunden Ordnung der ehelichen Verhältnisse, deren Be-

¹⁾ So ALR. II, 1 §§ 173 ff.; Oesterr. GB. §§ 40 u. 90; Sächs. GB. § 1630.

²⁾ RGZ. 71, 86.

ständigkeit allein die Erfüllung eines der vornehmsten Zwecke der Ehe, die Erziehung der Kinder, die zugleich den Volksnachwuchs bilden, gewährleistet, ein hohes Interesse.“ Aus dieser Verknüpfung von Staat und Ehe wurde das Recht und die Pflicht des Staates gefolgert, nicht nur die Bedingungen für die Eingehung und Auflösung der Ehe festzusetzen, sondern auch ihren rechtlichen Inhalt, die durch die Ehe begründeten Beziehungen der Ehegatten zueinander sowie zu ihren Kindern und zu Dritten zu ordnen³⁾).

Trotz traditionsgebundener Eheauffassung fehlt aber dem BGB. die Anerkennung einer durch die Eheschließung begründeten neuen Einheit, einer den Einzelpersonen übergeordneten Gemeinschaft oder Genossenschaft, wie sie den älteren deutschen Rechten bekannt war⁴⁾ und wie sie z. B. im Schweizerischen Zivilgesetzbuch von 1907 enthalten ist. Hier heißt es im Artikel 159: „Durch die Trauung werden die Ehegatten zur ehelichen Lebensgemeinschaft verbunden.“ Dagegen heißt es im § 1353 BGB.: „Die Ehegatten sind einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet.“ Hierin kommt die den Verfassern des BGB. gemäße Blickrichtung zum Ausdruck, grundsätzlich alle Rechts- und Lebensverhältnisse von der Einzelpersonlichkeit aus zu sehen. So erfahren die Einzelpersonlichkeiten der Ehegatten durch die Eingehung der Ehe gewisse Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit. Diese Beschränkungen sind nun vom Gesetzgeber als gegenseitige Rechte und Pflichten, wie sie sich aus dem sittlichen Kulturideal ergeben, normiert. Mit den Worten: „Die Ehegatten sind einander . . . verpflichtet“, sind schuldrechtliche Begriffe in das Eherecht eingeführt worden. Man könnte danach glauben, daß die Schöpfer des Ehegesetzes der gleichen Auffassung wie die Lehrer des Naturrechtes im 17. und 18. Jahrhundert gewesen seien, nämlich daß die Ehe ein Vertrag sei (*contractus civilis*). Dem ist aber nicht so. Vielmehr wird, obwohl die Eheschließung durch einen formellen Vertrag erfolgt, die Ehe als ein familienrechtliches Verhältnis besonderer Art angesehen. Dennoch kann nicht geleugnet werden, daß das Verhältnis der Ehegatten zueinander eine

³⁾ Es hat aber bei der Schaffung des BGB. nicht an Stimmen gefehlt, die die Ehe rechtlicher Normierung überhaupt entziehen wollten, da sie ihrer Natur nach dem Bereich der Sittlichkeit angehöre und daher auch diesem Normengebiet ausschließlich überlassen werden müßte. Vgl. Stenogr. Berichte, 4. Session, 9. Legislaturperiode; Prot. IV S. 2917 sowie Neustadt: Kritische Studien zum Familienrecht, Bd. I S. 222 ff.

⁴⁾ Vgl. Gierke: „Das deutsche Genossenschaftsrecht“. Berlin 1913, Bd. II S. 931 ff.

nahe Verwandtschaft mit einem schuldrechtlichen Vertrag aufweist⁵⁾), denn durch den Ehechluß wird von den Ehegatten, genau wie von einem Schuldner, ein Tun und Unterlassen gefordert, es werden gegenseitige Rechte und Pflichten begründet, deren Erfüllung die Ehegatten einander schulden und bei deren Nichterfüllung der eine Ehegatte gegen den anderen Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens (§ 1353 Abf. 2 BGB.), also auf Erfüllung, und bei besonders schweren Verfehlungen sogar Scheidungsklage (§§ 1565 ff. BGB.) erheben kann.

Wenn im Schrifttum⁶⁾ vielfach angenommen wird, die Ehe begründe ein Familienrechtsverhältnis, kraft dessen jeder Ehegatte am anderen ein absolutes, gegen jedermann wirksames Personenrecht erlange, aus dem auch der Anspruch eines Gatten gegen den anderen auf Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft fließe, so ist dies eine Konstruktion, die ihre Rechtfertigung allenfalls in einer rein herrschaftsmäßigen Auffassung der Ehe finden könnte, die jedoch im geltenden Gesetz keine Stütze hat. Zwar entstehen durch das Familien- und Eheverhältnis auch gewisse absolute, gegen jedermann wirkende Rechte, wie z. B. das bei gesetzlichem Güterstand bestehende ehemännliche Verwaltungs- und Nutznießungsrecht, sowie die aus der elterlichen Gewalt fließenden Rechte⁷⁾. Hingegen erwachen die aus der ehelichen Lebensgemeinschaft entspringenden Rechte und Pflichten zur Treue, zur Geschlechts- und Hausgemeinschaft, zur Fürsorge, Pflege und Anteilnahme usw. nur in der Person der Ehegatten, sie wirken sich nicht auch als Herrschaftsrechte gegenüber Dritten aus. Wohl kann auch ein Dritter das eheliche Verhältnis verletzen, z. B. im Falle des Ehebruches. Daß es sich aber solchenfalls nur um die Verletzung relativer, d. h. nur zwischen den Gatten bestehender Rechte, sowie um die Verletzung einer Sittenpflicht handelt, wird auch von der Rechtsprechung dadurch anerkannt, daß in solchem Falle ein Schadenersatzanspruch gegen den Dritten gemäß § 823 Abf. 1 BGB. nicht gewährt wird⁸⁾. Ebenso besteht gegen den Dritten kein Herstellungsanspruch des verletzten Ehegatten⁹⁾.

5) Ebenso v. Tuhr, Allg. Teil Bd. I S. 145.

6) So Wolff zu § 31, II; Gierke a.a.O. I S. 261, 12; Zitelmann IPR. II S. 603.

7) Ebenso v. Tuhr a.a.O. S. 137, 146, 210 Anm. 20; RGRK. zu § 823 Anm. 9; RG. bei Warn. 1922, Nr. 41; RG. in JW. 1913 S. 202.

8) Vgl. RGZ. 72, 131.

9) a.M. Wolff § 31, II.

Damit entsteht die Frage, ob nach geltendem Recht alle durch die eheliche Lebensgemeinschaft begründeten Pflichten zu Rechtspflichten erhoben worden sind, oder genauer, ob das Recht eines Gatten auf Verwirklichung der ehelichen Lebensgemeinschaft die rechtliche Befugnis umfaßt, vom andern alle diejenigen Leistungen, Handlungen wie auch Unterlassungen zu verlangen, die nach der herrschenden Sittenanschauung von Ehegatten gefordert werden können. Auszuscheiden haben hierbei selbstverständlich alle solchen von Sitte und Moral geforderten Pflichten, die sich an die innere Gefinnung der Gatten wenden, wie: die wahre eheliche Liebe, das rechte gegenseitige Verständnis u. a. Derartige, sich an die innere Gefinnung der Gatten wendende sittliche Forderungen können niemals Rechtscharakter haben. Wohl aber kann ein Gatte vom anderen auf Grund seines Rechtes auf eheliche Lebensgemeinschaft jederzeit ein der rechten ehelichen Gefinnung entsprechendes äußeres Verhalten verlangen. Deshalb wird auch nach herrschender Meinung alles das als Rechtspflicht unter Ehegatten angesprochen, was durch das Sittengesetz für die eheliche Lebensgemeinschaft an Betätigungen und Unterlassungen geboten wird¹⁰⁾. Das Reichsgericht vertritt in ständiger Rechtsprechung diesen Standpunkt: „Die Verpflichtung aus § 1353 umfaßt alle die nicht im Gesetzbuch besonders hervorgehobenen Pflichten, die sich nach dem Wesen der Ehe aus den persönlichen Beziehungen der Ehegatten zueinander ergeben, so die Verpflichtung zur häuslichen Gemeinschaft, zur wechselseitigen Treue und Beistandsleistung, zur Gestattung des Geschlechtsverkehrs Die Vorschrift des § 1353 hat daher Anwendung zu finden . . . in allen Fällen, wo irgendeine der aus dem persönlichen Verhältnis der Ehegatten entspringenden Pflichten verletzt und vom anderen Ehegatten deren Erfüllung verlangt wird.“¹¹⁾

Abzulehnen ist m. E. die von Endemann, Gauß u. a. vertretene Ansicht¹²⁾, daß nur diejenigen ehelichen Pflichten als Rechtspflichten zu gelten haben, deren Verletzung das eheliche Leben zerstöre und das Recht auf Scheidung begründe oder voraussichtlich begründen würde. Gegen diese Ansicht spricht vor allen Dingen, daß im Scheidungsrecht nur solche

¹⁰⁾ Planck, Staudinger-Engelmann, RGRK. jeweils zu § 1353 Bem. 1; Meißner, Familienrecht S. 58; Wieruszowski I, § 2, sowie zahlreiche andere Schriftsteller.

¹¹⁾ RGZ. 97, 286 ff.; vgl. auch RGZ. 51, 182 ff.; RG. U. v. 8. 10. 08 i. Recht 1908 Nr. 3429 sowie 3430; RG. bei Warn. 1912 Nr. 262.

¹²⁾ Endemann II, § 169; Gauß S. 18 ff.

Pflichten herausgestellt sind, deren Verletzung an sich oder ihrer Art oder ihrem Ausmaß nach so schwerwiegend erscheint, daß die Ehe als zerstört und daher für Scheidungsreif angesehen wird. Darin kann sich aber der Kreis der ehelichen Rechtspflichten keinesfalls erschöpfen. Unmöglich kann von der Verletzung einer ehelichen Rechtspflicht erst dann gesprochen werden, wenn sie bereits einen Scheidungsgrund nach § 1568 BGB. abgeben würde, wenn also infolge der Verletzung die Ehe schon so tief zerrüttet ist, daß dem verletzten Gatten die Fortsetzung derselben nicht mehr zugemutet werden kann. Auch würde die im § 1353 Abf. II, 1 gegebene Mißbrauchsvorschrift ihren Sinn verlieren, wenn sich der Kreis der ehelichen Rechtspflichten darin erschöpfen würde, dem andern keinen Scheidungsgrund erwachsen zu lassen. Ein Mißbrauch eines Rechtes kann nur immer da vorliegen, wo er sich gegen ein bereits bestehendes Recht richtet. Entsprechend müßte man für das Schuldrecht sagen, daß Rechtspflichten nur da vorliegen, wo das Gesetz ein Kündigungsrecht gibt. Aus den Rechtsfolgen läßt sich also auf die Natur und den Umfang der ehelichen Pflichten als Rechtspflichten nicht schließen. Nach herrschender Meinung in Schrifttum und Rechtsprechung¹³⁾ wird denn auch wegen jeder Verletzung der unter § 1353 fallenden Pflichten die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens gewährt, die sich allerdings, da das ergehende Urteil nicht vollstreckbar ist, für den Ob Siegenden nur als ein Mittel zur richterlichen Anerkennung seines verletzten Rechtes darstellt, die aber unter Umständen auch zur Grundlage für einen Scheidungsprozeß werden kann¹⁴⁾.

Zusammenfassend ist nach diesen Feststellungen zu sagen: Die Ehegatten schulden sich gegenseitig die Erfüllung aller derjenigen Pflichten, die sich nach dem herrschenden Eheideal, der Verpflichtung zur vollkommenen ehelichen Lebensgemeinschaft und den für Ehegatten geltenden Sittengesetzen, als eheliche Rechtspflichten darstellen. Daraus, daß die ehelichen Pflichten obligatorischer oder jedenfalls obligationsähnlicher Natur, also nicht absolute Herrschaftsrechte sind, ergibt sich ferner auch die für die vorliegende Arbeit grundlegende Folgerung, daß die Ehegatten ihr persönliches Verhältnis durch Vereinbarungen, entsprechend den sozialen und individuellen Notwendigkeiten, näher ausgestalten können.

¹³⁾ Staudinger-Engelmann, Vorbem. VIII zu § 1353; Planck und RGRK. jeweils zu § 1353 Anm. 2; Wolff § 31, VII, 1; RGZ. 51, 182.

¹⁴⁾ RGZ. 51, 182; RG. b. Warn. 1912 Nr. 262.

Der praktische Wert von Vereinbarungen zwischen Ehegatten über ihre persönlichen Rechtsbeziehungen liegt auf den verschiedensten Gebieten. So können die Ehegatten den Wunsch haben, ihre Ehe entsprechend den Bedürfnissen ihres Standes oder der sozialen Schicht, der sie angehören, vertraglich auszugestalten. Die Ehe des BGB. ist uniform, sie nimmt keine Rücksicht auf die tatsächlich bestehenden Unterschiede zwischen einer Bauern- und einer Arbeiterhe, zwischen einer Künstler- und Handwerkerhe. Verträge sind daher ein geeignetes Mittel, den strukturellen Verschiedenheiten und den für jede dieser Ehen bestehenden besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Zum andern können die Ehegatten den Wunsch haben, eine rechtsverbindliche Abgrenzung zwischen ihren Gemeinschafts- und Individualinteressen vorzunehmen. Eine solche vertragliche Abgrenzung wird sich insbesondere dann oft als nützlich erweisen, wenn die Ehefrau beruflich tätig ist. Es ist eine heute nicht mehr zu leugnende Tatsache, daß sich die Stellung der Frau im Berufs- und Wirtschaftsleben gegenüber dem bei Einführung des BGB. herrschenden Zustand grundlegend verändert hat. Nach der letzten umfassenden Berufszählung aus dem Jahre 1925¹⁵⁾ waren in Deutschland 32 009 300 Personen erwerbstätig, davon 11 478 000 Frauen, das sind 35 % aller Erwerbstätigen, und von diesen Frauen waren wiederum rund 30 % verheiratet. Wie häufig kommt es vor, daß die Frauen auch nach Eingehung der Ehe gezwungen sind, mitzuverdienen, besonders dann, wenn der Ehemann arbeitslos geworden ist. Wieviele Frauen gibt es, die vor ihrer Ehe eine berufliche Ausbildung genossen oder schon im Berufsleben gestanden haben. Wie leicht kann sich in allen diesen Fällen eine Kollision von Berufspflichten oder -interessen mit den ehelichen Pflichten ergeben. Die Tatsache des Eindringens der Frau in das Berufs- und Wirtschaftsleben, die sich in den letzten Jahrzehnten in wachsendem Maße auch in vielen ausländischen Staaten vollzogen hat¹⁶⁾, wird trotz aller Bestrebungen, die Frau wieder

¹⁵⁾ Vgl. Deutsche Wirtschaftskunde, herausgeg. v. Statistischem Reichsamte. Berlin 1930 S. 39/40 u. 43.

¹⁶⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich von 1936

Land	Zählungsjahr	Erwerbspersonen in Tausend			Gesamtbevölkerung überhaupt
		männlich	weiblich	überhaupt	
Deutschland	1933	20817,0	11479,1	32296,1	65218,5
Frankreich	1926	13556,3	7837,8	21394,1	40228,5
Österreich	1934	2100,7	1069,6	3170,3	6760,2
Litauen	1923	658,8	713,2	1372,0	2029,0
Bulgarien	1926	1667,7	1377,6	3045,3	5478,7

ganz dem Hauße zuzuführen, bestehenbleiben. Durch die großen Fortschritte der Technik sind der Frau, besonders der Städterin, zahlreiche Gebiete der Hauswirtschaft, die ihr früher oblagen, abgenommen oder so vereinfacht worden, daß ihr trotz ihres hausfraulichen Berufes noch genügend freie Zeit und Arbeitskraft verbleibt, um sich noch anderweitig zu betätigen. Geschieht das nicht, so kann sich der Mangel an körperlicher oder geistiger Beschäftigung in vielfacher Beziehung ungünstig und schädlich auf die Frau und damit auch auf die eheliche Gemeinschaft auswirken. Zahlreiche Ehescheidungen beweisen dies. Jede berufliche oder soziale Arbeit, ganz gleich, ob damit ein Verdienst verbunden ist oder nicht, sowie jede Schaffung eines eigenen Interessengebietes macht die Frau erst zur gleichwertigen Genossin des Mannes, erweitert ihren Gesichtskreis und bereichert und befruchtet somit auch die eheliche Gemeinschaft. Nicht zuletzt wird eine solche Ehefrau als Mutter auch fähiger sein, ihre Kinder zu erziehen, ihnen die Augen für die wirklichen Werte und wesentlichen Dinge des Lebens zu öffnen, sie zur Arbeit, zur Gemeinschaft und zum Dienst am Volke vorzubereiten.

In allen derartigen Fällen wird deshalb die Ehefrau — auch eine zukünftige — ein Interesse an einer vertraglichen Abgrenzung ihrer ehelichen Pflichten und Rechte gegenüber ihren sonstigen Pflichten und Interessen haben. Dadurch kann später entstehenden Schwierigkeiten, sei es in der Ehe, sei es im Berufsleben oder im sonstigen persönlichen Wirkungskreis der Frau, nach Möglichkeit aus dem Wege gegangen und damit Streit zwischen den Ehegatten vermieden werden. Andererseits ist natürlich zuzugeben, daß auch ein solcher Vertrag zur Quelle von Streitigkeiten werden kann, was aber der grundsätzlich positiven Bedeutung der Verträge keinen Abbruch tut. Auch für den Ehemann kann angesichts der veränderten Stellung der Frau aus den verschiedensten Gründen ein Bedürfnis nach einer vertraglichen Abgrenzung der gegenseitigen ehelichen und persönlichen Pflichten bestehen.

Häufig besteht auch für beide Ehegatten ein weitgehendes Interesse, durch gegenseitige Übereinkunft vorweg alle die ihre gegenwärtigen oder zukünftigen Kinder betreffenden Fragen zu regeln, wie Schule, Religion, Berufsausbildung usw. Besonders aber wird sich, wenn einer oder beide Ehegatten schon einmal verheiratet waren und aus diesen früheren Ehen Kinder mitgebracht haben, eine vertragliche Regelung zwecks Abgrenzung der verschiedenen Pflichtenkreise empfehlen.

Es muß den Ehegatten auch freistehen, entsprechend ihrer sittlichen Überzeugung noch stärker als dies im gegenwärtigen Recht zum Ausdruck kommt, in ihrer Ehe den Einheits- und Genossenschaftsgedanken zu verwirklichen. So können sie vereinbaren, daß für den Fall eines Widerstreites, ganz gleich welcher Art, zwischen Einzelinteressen und Gemeinschaftsinteressen, jeder Ehegatte sich so zu verhalten hat, daß die der Aufrechterhaltung, Verdichtung und Verschönerung der Gemeinschaft dienenden Belange in erster Linie gewahrt werden¹⁷⁾. Eine gegenseitige Übereinkunft wird aber auch immer da am Platze sein, wo bereits ein Streit über eheliche Fragen entstanden ist. Der Weg vertraglicher Beilegung von Ehestreitigkeiten ist jedenfalls sittlicher, sicherer und einem langwierigen, oft kostspieligen und für beide Teile unerfreulichen und peinlichen Weg einer Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens vorzuziehen. Unter Umständen kann auch durch eine solche Vereinbarung eine drohende Scheidung abgewandt werden. Kommt es doch zum Prozeß, so dient eine solche Vereinbarung jedenfalls der Beweiserleichterung und Beweisicherung. Besondere Bedeutung können personenrechtliche Vereinbarungen auch bei der Feststellung gewinnen, ob eine mißbräuchliche Rechtsausübung oder Rechtsanmaßung eines Ehegatten vorliegt, denn in der Regel wird sich das Handeln eines Ehegatten, das einer an sich rechtsgültigen Vereinbarung zuwiderläuft, als ein Mißbrauch darstellen¹⁸⁾. Damit gewinnen Verträge zur Regelung der gegenseitigen Befugnisse die Bedeutung einer Sicherung gegen mißbräuchliche Rechtsausübung des einen Gatten gegen den anderen.

Eine rechtswirksame Vereinbarung wird man immer da sehen müssen, wo die Ehegatten zur Regelung irgendeines sie nicht befriedigenden Zustandes zu einem Abschluß kommen, sich für die Zukunft binden wollen und daher sich gegenseitig beispielsweise folgende Erklärungen abgeben: „Jetzt wollen wir einmal ausmachen . . .“, „Jetzt sind wir uns einig . . .“, „Dieser Zustand soll jetzt mal endgültig geregelt werden, du tust dies und ich tue das. Gut, damit bin ich einverstanden . . .“ usw. Daneben gibt es, wie gesagt, noch Übereinkünfte tatsächlicher Art zwischen Ehegatten. Sie beruhen meist auf einem Dulden, Geschehenlassen, einer

¹⁷⁾ Nach ständiger Rechtsprechung haben bei einem Widerstreit zwischen Gemeinschaftsbelangen und Einzelinteressen der Gatten in der Regel die Gemeinschaftsbelange gegenüber den Einzelinteressen den Vorrang, es sei denn, daß letztere einen höheren sittlichen Wert haben. So RGZ. 59, 256 ff.; 95, 330 ff.; OLG. Hbg. in OLG. Bd. 3 S. 245.

¹⁸⁾ So RGZ. 124, 56—57.

ständigen Gewohnheit; keiner der beiden Ehegatten wird sich hierbei darüber klar, ob aus solchen Zuständen Rechte oder Pflichten hergeleitet werden können. Erst bei späteren Auseinandersetzungen entsteht die Frage, ob durch die tatsächliche Duldung oder Übung eine neue Rechtslage geschaffen worden ist. Hierzu ist zu sagen, daß aus derartigen Zuständen oder Übereinkünften tatsächlicher Art keine Ansprüche hergeleitet werden können, da sie des vertraglichen und damit bindenden Charakters entbehren. Trotzdem sind sie nicht ganz ohne jede rechtliche Bedeutung. Sie können in Ehescheidungsprozessen und bei der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens eine Rolle spielen, insbesondere bei der Prüfung der Zumutbarkeit im Falle des § 1568 BGB. Ein Ehegatte, der das ehewidrige oder nicht völlig den Interessen der Ehegemeinschaft entsprechende Verhalten des andern lange Zeit geduldet hat, ohne es gerügt zu haben, wird sich dies im Prozeß entgegenhalten lassen müssen. Eine Ehefrau, die jahrelang duldet, daß ihr Mann bis spät in die Nacht ausgeht oder keine Nacht heimkommt, ein Ehemann, der es ständig duldet, daß seine Frau in einem getrennten Schlafzimmer schläft, wird mit einer nur auf diesen Grund gestützten Klage nach § 1568 BGB. keinen Erfolg haben.

Im folgenden sollen in diesem Abschnitt nur solche Vereinbarungen behandelt werden, die die allgemeinen, aus der ehelichen Lebensgemeinschaft fließenden Rechte und Pflichten betreffen, nicht dagegen auch die in den §§ 1354 ff. besonders geregelten Materien der ehelichen Lebensgemeinschaft.

Daß eine allgemeine Vereinbarung, nach der für einen oder für beide Ehegatten die Rechte und Pflichten aus § 1353 Abf. I ausgeschlossen werden, unzulässig ist, ist eine in Schrifttum und Rechtsprechung gleichermaßen unbestrittene Ansicht¹⁹⁾. Das gleiche gilt für einen allgemeinen Ausschluß der die gegenseitigen Pflichten begrenzenden Ausnahmebestimmungen des Abf. II des § 1353. Dagegen gehen die Meinungen darüber auseinander, ob auch Einschränkungen der Wirkungen dieses Paragraphen in sachlicher und zeitlicher Beziehung unzulässig seien. Hierbei läßt sich deutlich eine strengere²⁰⁾ und eine mildere²¹⁾ Richtung unterscheiden. Die

¹⁹⁾ Staudinger-Engelmann § 1353 Anm. 6 sowie die dort angegebenen Entscheidungen. Dernburg IV, S. 111; Hörle S. 168; Scriba S. 50 u. a.

²⁰⁾ RGRK. zu § 1353; Dernburg IV S. 111; Siméon S. 804; RGZ. 61, 50; ebenso RG. in JW. 1905, 436.

²¹⁾ Staudinger-Engelmann § 1353 Anm. 6; Hörle S. 168; RG. in JW. 1901 S. 781; RG. in LZ. 1919, 250.

Schriftsteller der strengeren Richtung, soweit sie nicht überhaupt Verträge auf dem behandelten Gebiete schlechthin für unwirksam halten, begründen ihre Auffassung von der Unzulässigkeit solcher vertraglichen Einschränkungen mit einem allgemeinen Hinweis auf § 138 BGB. und das sittliche Wesen der Ehe.

Von den Schriftstellern der milderen Richtung sehen insbesondere Staudinger²²⁾ und Opet²³⁾ aus sittlichen Erwägungen die Grenze des Zulässigen darin, daß sie solche Vereinbarungen für grundsätzlich unwirksam erklären, in denen eine dauernde, nicht nur zeitweilige Aufhebung des Gemeinschaftslebens festgelegt wird. Dieselbe Auffassung kommt in einer Entscheidung des OLG. Frankfurt²⁴⁾ aus dem Jahre 1903 zum Ausdruck, wonach derjenige Ehegatte, der in einem an sich wirksamen Vertrag auf sein Recht, Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft zu verlangen, verzichtet hat, jederzeit zum einseitigen Rücktritt berechtigt ist.

Aus der ehelichen Gemeinschaft folgt nach herrschender Ansicht die Pflicht zur häuslichen Gemeinschaft, zum räumlichen Zusammenleben der Ehegatten; dort, wo der eine Ehegatte den Mittelpunkt seines persönlichen Lebens hat, soll ihn auch der andere haben. Zuzugeben ist, daß ein genereller Ausschluß der häuslichen Gemeinschaft, der für alle Zeiten wirksam sein soll, durch Vertrag nicht gültig vereinbart werden kann, da dies den guten Sitten und dem Sinn der Ehe widersprechen würde²⁵⁾. Ein Recht auf dauerndes Getrenntleben hat ein Ehegatte nur dann, wenn ihm gemäß § 1353 Abf. II Satz 1 ein Recht zu dauernder Verweigerung der ehelichen Gemeinschaft erwachsen ist. Für diesen Fall ist es auch anerkannten Rechts, daß ein Zustand dauernder Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft und dementsprechend auch eine darauf gerichtete Vereinbarung als vom Gesetz gestattet angesehen werden muß²⁶⁾. Selbstverständlich ist solchenfalls auch eine Vereinbarung zur Zahlung einer Rente an den zum Getrenntleben berechtigten Ehegatten zulässig²⁷⁾. Darüber hinaus müssen aber auch Vereinbarungen über eine zeitweilige, auf unbestimmte Zeit berechnete Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft in

²²⁾ Staudinger-Engelmann § 1353 Anm. 6, § 1354 Anm. 5.

²³⁾ Opet-v. Blume zu § 1353 S. 95, § 1354 S. 97 Anm. 5.

²⁴⁾ OLG. Frankfurt in OLG. Bd. 7 S. 458 ff.

²⁵⁾ Vgl. RG. in JW. 1920 S. 640.

²⁶⁾ So in ständiger Praxis das Reichsgericht vgl. namentlich RGZ. 109, 141 und die dort zitierte Judikatur.

²⁷⁾ Ebenso RGZ. 109, 143 = in JW. 1925 S. 943.

zahlreichen Fällen als zulässig erachtet werden²⁸⁾). Nehmen wir folgendes Beispiel: Da einer der Ehegatten zur Gefundung seiner Nerven dringend der Ruhe und des Alleinseins bedarf, beschließen die Ehegatten zur Vermeidung immer häufiger vorkommender ehelicher Zwistigkeiten, bis zur Wiederherstellung des kranken Ehegatten die häusliche Gemeinschaft aufzuheben. Es kann dies oft geradezu ein Mittel zur Erhaltung der Ehe sein und dient damit einem durchaus sittlichen Zweck²⁹⁾). Inwieweit ein solcher Vertrag unter dem Gesichtspunkt des § 1361 BGB. auch nach der herrschenden Meinung als gültig anzusprechen wäre, soll weiter unten ausgeführt werden.

Auch ein *wirtschaftliches* Interesse kann eine Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft der Ehegatten für eine gewisse Zeit durchaus rechtfertigen³⁰⁾), eine dementsprechende Trennungsvereinbarung, die meist mit einer Unterhaltsregelung verbunden sein wird, braucht also keineswegs sittenwidrig zu sein. Der Fälle dieser Art sind im täglichen Leben unzählige. Folgender Fall diene als Beispiel: Der Ehemann ist Kaufmann oder Wissenschaftler. Er nimmt eine Vertretung einer deutschen Firma im Ausland oder einen Ruf an eine überseeische Universität an; finanziell ist er aber nicht in der Lage, seine Ehefrau gleich mitzunehmen; er läßt sie also mit ihrem Einverständnis zurück. Auch gesundheitliche Rücksichten können den Mann veranlassen, seine Frau und evtl. die Kinder vorläufig zurückzulassen. Weshalb sollte hier eine bindende Einigung zwischen den Ehegatten auf eine zeitweilige Trennung unsittlich sein!

Die rechtliche Wirkung derartiger Vereinbarungen ist die, daß einem etwaigen dem zuwiderlaufenden Verlangen eines Ehegatten auf Wiederherstellung der häuslichen Gemeinschaft der andere Ehegatte die Mißbrauchseinrede entgegensetzen kann³¹⁾). Auch die Rechtsprechung erkennt solche Ausnahmefälle an, in denen aus bestimmten Gründen ein Anspruch auf das Zusammenleben der Ehegatten an einem Orte oder in derselben Wohnung zeitweise ausgeschlossen sein kann. In einem solchen Falle kann daher nur die Erhebung einer die häusliche Gemeinschaft nicht mitumfassenden Klage auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft statthaft sein³²⁾).

²⁸⁾ Vgl. RGRK. zu § 1567 Anm. 3.

²⁹⁾ RG. bei Warn. 1911 Nr. 108, 1913 Nr. 3999.

³⁰⁾ Ebenso Staudinger-Engelmann zu § 1354 Anm. 5; RG. in JW. 1901 S. 781, 1908 S. 406.

³¹⁾ siehe Fußnote 30.

³²⁾ So RGZ. 137, 104; vgl. auch 51, 182; 59, 256; 95, 350.

Die Aufhebung einer Vereinbarung der genannten Art auf Grund beiderseitigen Einverständnisses ist selbstverständlich jederzeit möglich. Nicht zuzustimmen ist indessen der allgemein vertretenen Ansicht, daß eine solche Vereinbarung nur so lange Gültigkeit habe, als das beiderseitige Einverständnis fortdauere³³⁾, denn diese Annahme wird dem vertraglichen Charakter der Abmachung nicht gerecht. Solange eine Trennungsvereinbarung wirksam ist, muß sie stets die Bedeutung haben, eine Scheidung aus § 1567 BGB. unmöglich zu machen, denn ein vertraglich gestattetes Verlassen wird, selbst dann, wenn sich die Vereinbarung nachträglich als nichtig herausstellen sollte, nicht als in bösslicher Absicht geschehen zu betrachten sein³⁴⁾.

Nach der hier vertretenen Ansicht ist die vertragliche zeitweise Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft stets für zulässig zu erachten, auch wenn weder ein Grund zur Scheidung, noch ein Fall des Mißbrauchs vorliegt, sofern nur ein *berechtigtes sittliches, soziales, wirtschaftliches* oder auch ein *höher zu bewertendes persönliches Interesse* ein Getrenntleben erfordert³⁵⁾. Allen derartigen Vereinbarungen wohnt jedoch, wie aus den im I. Abschnitt dargelegten Grundsätzen folgt, die *clausula rebus sic stantibus* inne.

Auch andere Gebiete des ehelichen Lebens können, wie gesagt, Gegenstand solcher Verträge sein. Eine Vereinbarung, wie die oben Seite 4 genannte, wonach die Ehegatten übereinkommen, solange die Frau noch als Opernfängerin tätig ist, keinen gemeinsamen Haushalt zu begründen, sondern gemeinsam in einer Pension zu leben, wird auch von der herrschenden Meinung unbedenklich für zulässig gehalten werden. Häusliche Gemeinschaft und Haushaltsgemeinschaft fallen zwar in der Regel zusammen, aber es ist kein unbedingtes Erfordernis der ehelichen Lebensgemeinschaft, daß die Ehegatten auch einen eigenen Haushalt haben. Daher müssen die Ehegatten den Verzicht auf Führung eines selbständigen Haushaltes auch vereinbaren können.

Ferner wird es als zulässig angesehen werden müssen, wenn sich die Ehefrau, die als Handelsfrau oder als Künstlerin tätig ist, bestimmte, ihren beruflichen Zwecken dienende gesonderte Räumlichkeiten vereinbarungsgemäß vorbehält. Für den Mann ist das Recht, sich besondere Räume für

³³⁾ RGRK. zu § 1567 Anm. 3; RG. in JW. 1900 S. 658; 1910 S. 817; RGZ. 53, 340.

³⁴⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1567 Anm. 2c; Breslauer S. 32.

³⁵⁾ Ähnlich RGZ. 109 S. 137.

berufliche Zwecke vorzubehalten, von jeher als selbstverständlich angesehen worden. Da der Mann gesetzlich der Ernährer der Familie ist und in der Regel seinen Beruf außerhalb der häuslichen Gemeinschaft ausüben wird, muß er auch ohne weiteres berechtigt sein, die für seine beruflichen Zwecke, z. B. als Arzt oder Anwalt erforderlichen Räumlichkeiten getrennt von der ehelichen Wohnung zu halten, zu denen die Frau meist keinen Zutritt haben wird. Da nun heutzutage, wie schon ausgeführt, in einer großen Anzahl von Fällen die Ehefrau allein oder neben ihrem Manne berufstätig ist, muß es auch ihr gestattet sein, sich vertraglich in allen den Fällen, in denen es erforderlich ist, das Recht auf gefonderte Berufsräume zu sichern. In einer Entscheidung aus dem Jahre 1901³⁶⁾ hat auch das Reichsgericht dies ausgesprochen; es hat unter gewissen Umständen einer Ehefrau das Recht zuerkannt, sich zuzeiten in einer von ihr gemieteten Wohnung ungestört vom Manne aufzuhalten und sich dieses Recht auch vertraglich zu sichern, mit der Begründung, daß ja durch eine solche Vereinbarung die eheliche Gemeinschaft nicht aufgehoben werde. Besonders häufig wird die Frage nach der Berechtigung des Haltens einer gefonderten Wohnung für Berufszwecke dann auftauchen, wenn die Ehefrau Gymnastik- oder Sportlehrerin, Tänzerin, Malerin, Bildhauerin, Photographin, Modistin usw. ist.

Eine weitere Frage ist es, ob die Ehegatten vertraglich ausbedingen können, der Ehemann dürfe die Sonderräume der Frau nicht betreten. Ein solcher Vertrag ist m. E. unzulässig; hingegen muß es für zulässig erachtet werden, wenn die Ehegatten vereinbaren, daß der Ehemann, z. B. aus Gründen der ungestörten Arbeit der Ehefrau, nur zu gewissen Tageszeiten zu den Räumen der Ehefrau Zutritt haben soll.

Verträge über den Ausschluß oder die Beschränkung der ehelichen Pflicht (Geschlechtsverkehr) werden im Schrifttum schlechthin für sittenwidrig gehalten³⁷⁾. Tatsächlich entbinden sich in einer nicht geringen Zahl von Fällen die Ehegatten aus bestimmten Gründen nicht nur von der ehelichen Pflicht, sondern auch gegenseitig von der Pflicht zur ehelichen Treue. Die Ungültigkeit solcher Vereinbarungen ist allerdings im Hinblick auf § 138 BGB. nicht zweifelhaft. Doch gibt es Fälle, in denen es als

³⁶⁾ RG. in JW. 1901, 781.

³⁷⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1353 Anm. 6; Hörle S. 169; RG. in JW. 1902 S. 143 Nr. 73; Hess. Rechtspr. 1900 S. 81.

durchaus zulässig angesehen werden muß, einen zeitweiligen Ausschluß des Geschlechtsverkehrs zu vereinbaren. Man denke an die Fälle lang andauernder, ansteckender Krankheiten eines Ehegatten oder auch an andere Gefahren, die einer Ehefrau durch die Ausübung der ehelichen Pflicht erwachsen können. Auch wenn eine Vereinbarung nicht vorliegt, nimmt ja die Rechtsprechung in weitgehendstem Maße auf solche tatsächlichen Umstände Rücksicht³⁸⁾. Es ist nicht einzusehen, warum den Ehegatten unterlagt sein soll, sich durch Übereinkünfte gegen die hier drohenden Gefahren zu sichern. Derartige Abmachungen können, wenn die Ehegatten sich sonst gut verstehen, gerade der Aufrechterhaltung der Ehe dienen; unter Umständen wird man in ihnen einen vertraglichen Verzicht auf Anfechtung oder Scheidung der Ehe aus diesem Grunde sehen können.

Die sogenannte Pflicht zur geistigen und seelischen Gemeinschaft, d. h. die Pflicht, für die Persönlichkeit des Ehepartners Verständnis zu zeigen und auf seine Ziele und Bestrebungen einzugehen, kann vertraglich nicht wegbedungen werden, da damit die ethische Grundlage für die eheliche Gemeinschaft entfielen. Wohl aber ist eine nähere Vereinbarung dahin denkbar, daß die Eheleute die Art und das Maß ihrer geistigen Gemeinschaft im einzelnen ausgestalten, z. B. daß sie sich gemeinsame berufliche Tätigkeit versprechen. Dies wird häufig auch schon vor Eingehung der Ehe unter Verlobten vereinbart. Sehr häufig sind auch Vereinbarungen, nach denen ein Ehegatte mit Rücksicht auf die Tätigkeit des anderen sich zu einer beruflichen Umstellung oder auch einer völligen Aufgabe seines Berufes bereit erklärt. Oft wird durch eine solche berufliche Umstellung erst die rechte Grundlage für eine geistige Gemeinschaft der Ehegatten geschaffen. So verpflichtete sich in der Verfasserin bekannten Fällen eine Schauspielerin in ihrer Ehe mit einem Arzt, ihren Beruf aufzugeben, da die zeitliche Verschiedenheit der Berufsausübung eine eheliche und insbesondere auch geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten unmöglich gemacht hätte. Ein Ehemann, der Beamter war und eine Photographin geheiratet hatte, verpflichtete sich, um die Ehegemeinschaft vollkommen zu gestalten, auch diesen Beruf zu erlernen.

Eine Pflicht zur gegenseitigen Beistandsleistung ist im Gesetz an verschiedenen Stellen zum Ausdruck gebracht. Für die Ehefrau ergibt sie sich

³⁸⁾ RGRK. zu § 1353 Anm. 3; RG. in JW. 1901 S. 648; RG. 11 VII 01, IV. 154/01. RG. in JW. 1907 S. 178; RG. in LZ. 1923 S. 277; OLG. Bd. 1 S. 442/443, Bd. 3 S. 245.

zum Teil aus § 1356 II. Hiernach ist die Frau verpflichtet, im Hauswesen und im Geschäft des Mannes tätig zu sein, soweit eine solche Tätigkeit nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist. Inwieweit hier ein vertraglicher Ausschluß oder eine vertragliche Beschränkung dieser Pflicht möglich ist, soll weiter unten im Zusammenhang erörtert werden. Auch § 1360 BGB. behandelt einen Fall der Verpflichtung zur Beistandsleistung, indem er die gegenseitige Unterhaltspflicht zwischen Mann und Frau regelt. Die Zulässigkeit vertraglicher Abmachungen auf dem Gebiete der Unterhaltspflicht soll ebenfalls weiter unten in anderem Zusammenhang behandelt werden. Hier sei nur vorweg erwähnt, daß ein völliger Ausschluß oder Verzicht auf die gegenseitige Unterhaltspflicht unter Ehegatten sowohl aus sittlichen als auch aus sozialpolitischen Gründen — der nicht unterhaltsberechtigten Ehegatte würde sonst der Fürsorge des Staates anheimfallen — unzulässig ist. Gleichmaßen sind Verträge, in denen die Ehegatten sich von jeglicher Pflicht zum gegenseitig unterstützenden Verhalten entbinden, wegen Unfittlichkeit nichtig.

III. ABSCHNITT

Vereinbarungen über das Entscheidungsrecht des Mannes.

§ 1354 Abf. 1 spricht dem Ehemann die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu. Das Entscheidungsrecht erstreckt sich auf alle Fragen, die das „gemeinschaftliche Eheleben“ betreffen, nicht nur auf wichtigere Fragen des Ehelebens¹⁾. Ausgenommen sind nur die Sonderangelegenheiten der Ehefrau (Kleidung, Lektüre, Umgang usw.). Auch wissenschaftliche und künstlerische Betätigungen der Ehefrau gehören zu ihren Sonderangelegenheiten²⁾, und ebenso muß die Führung eines Erwerbsgeschäftes durch die Ehefrau hierzu gerechnet werden³⁾. Wenn das Reichsgericht und zahlreiche Vertreter im Schrifttum⁴⁾ das letztere zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Ehegatten rechnen und deshalb dem Mann das Entscheidungsrecht zubilligen, so beruht das auf einer nicht genügend scharfen Unterscheidung. Jede persönliche Betätigung der Frau, also auch jede berufliche Tätigkeit, ist generell ihre Sonderangelegenheit. Möglich ist es natürlich, daß die Ehefrau diese ihre Sonderangelegenheit so handhabt, daß die durch die eheliche Lebensgemeinschaft für sie begründeten Pflichten vernachlässigt werden. Erst dann erlangt der Mann die Befugnis, von der Frau die Aufgabe oder Änderung der beruflichen Tätigkeit zu fordern. Hierbei handelt es sich aber nach dem Gefagten um das Recht des Mannes, die Herstellung des ehelichen Lebens zu verlangen (§ 1353) und nicht um die Ausübung des Entscheidungsrechtes⁵⁾. Zwar können persönliche Angelegenheiten eines Ehegatten, wie z. B. die Berufstätigkeit der Frau, mittelbar die ehe-

¹⁾ So Gauß a.a.O. S. 32.

²⁾ So Hörle Bürg. Arch. Bd. 31 S. 121.

³⁾ So Herrnsdorf S. 23; Scriba S. 65; Neustadt S. 202; Dernburg § 34 IV; Endemann II, 2 § 170 Ziff. 5.

⁴⁾ Staudinger-Engelmann § 1354 Anm. 3b; Planck § 1356 Anm. 11; Schmidt § 1354 Anm. 4; Kölsch S. 21; RGZ. 59, 31; u. a.

⁵⁾ Wolff § 31 Note 19.

liche Lebensgemeinschaft beeinträchtigen, dadurch werden sie aber noch nicht zu gemeinschaftlichen Angelegenheiten.

In gleicher Weise wie in der eben genannten Entscheidung des Reichsgerichts⁶⁾ über das Erwerbsgeschäft, wird in einer andern Entscheidung des Reichsgerichts⁷⁾ über das Recht des Mannes, seiner nervenkranken Frau den Aufenthalt in einer bestimmten Heilanstalt vorzuschreiben, geurteilt⁸⁾. Dem ist aber nicht beizutreten, denn es ist eine höchstpersönliche Angelegenheit eines jeden Ehegatten, die Art und Weise zu bestimmen, wie er von seinem Leiden Heilung sucht. Das Recht der Frau, über ihren Körper und dessen Heilung zu bestimmen, ist ein Recht ihrer Eigenpersönlichkeit und steht deshalb ihr allein zu. Für das Entscheidungsrecht des Mannes aus § 1354 ist hier kein Raum. Dessen ungeachtet ist aber die Frau verpflichtet, eine vernünftige Heilmethode zu wählen und alle Hindernisse zu beseitigen, die einer Wiederherstellung des ehelichen Lebens im Wege stehen. Diese Pflicht obliegt ihr aus § 1353, und der Ehemann hat das Recht, gemäß dieser Bestimmung von der Frau die Unterwerfung unter ein vernünftiges Heilverfahren zu verlangen⁹⁾; nicht aber kann der Ehemann eine bestimmte Art oder einen bestimmten Ort der Heilung vorschreiben¹⁰⁾.

Doch ist im ganzen die Grenze zwischen gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Ehegatten und Sonderangelegenheit eines Ehegatten flüchtig. Daher muß es auch möglich sein, daß die Ehegatten untereinander durch Vereinbarung festlegen, was sie zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten noch rechnen wollen und was nicht, natürlich im Rahmen des § 138 BGB., insbesondere unter Wahrung der Entschlußfreiheit in den höchstpersönlichen Angelegenheiten.

Das Entscheidungsrecht des Ehemannes ist kein Bevormundungsrecht, denn die Frau steht nicht unter der Gewalt oder Vormundschaft des Mannes. Das Entscheidungsrecht befugt auch nicht, daß der Mann zu befehlen und die Frau zu gehorchen habe, sondern man ist sich heute darüber einig,

⁶⁾ RGZ. 59, 31.

⁷⁾ RGZ. 51, 182.

⁸⁾ Vgl. Wolff § 31 Note 19.

⁹⁾ Das Reichsgericht hat auch in späteren Entscheidungen dies bereits anerkannt und eine Pflicht der Frau, eine vernünftige Heilmethode zu wählen, nur auf § 1353, nicht aber auf § 1354 gestützt. RG. 95, 332.

¹⁰⁾ Ebenso Neustadt S. 203.

daß das Entscheidungsrecht des Ehemannes erst nach fruchtlos verlaufener Beratung einsetzt, andernfalls der Ehemann bei Ausübung seines Rechtes mißbräuchlich handeln würde¹¹⁾). Vielfach wird das Entscheidungsrecht als „absolutes Recht“¹²⁾ bezeichnet, und aus dieser seiner Rechtsnatur gefolgert, daß es vertraglicher Regelung unzugänglich sei. Diese Annahme ist aber nicht gerechtfertigt. Ein absolutes Recht ist ein solches, das gegen jedermann wirkt. Es begründet die Befugnis, jeden Dritten von der Einwirkung auf dieses Recht auszuschließen und unberechtigte Eingriffe zu verhindern. Zu den absoluten Rechten gehören nun zwar auch einige Familienrechte, wie die der Eltern und des Vormundes gegenüber den Kindern (elterliche Gewalt). Diese Rechte haben jedoch noch eine aus dem alten römischen Recht und dem germanischen Recht hergeleitete Verbindung mit dem Sachenrecht (*manus, patria potestas, ius ac potestas tutoris, munt, Muntwalt*)¹³⁾. Auch heute noch wohnt der elterlichen Gewalt und dem Rechte des Vormundes trotz Milderungen und stärkerer Betonung des Schutzzweckes für den Minderjährigen etwas von jenem Herrschaftscharakter inne. Dagegen hat das Verhältnis der Ehegatten zueinander mehr Ähnlichkeit mit einem Schuldverhältnis. Von einer Gewalt des einen über den andern kann nicht die Rede sein. Die Ehegatten sind, wie ein Schuldner zu einem Tun oder Unterlassen, sich gegenseitig zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet. Dieser Charakter der ehelichen Lebensgemeinschaft schließt natürlich nicht aus, daß durch die Ehe verschiedene Rechte entstehen, also auch solche, die ihrem Wesen nach unter die Kategorie der Herrschaftsrechte fallen, also absolute Rechte sind. Ein solches gegenüber jedermann wirkendes Herrschaftsrecht ist z. B. das ehemännliche Nutznießungsrecht¹⁴⁾. Das Entscheidungsrecht aber ist ein Familienrecht besonderer Art. Seine Unveränderlichkeit kann daher nicht aus seiner Natur

¹¹⁾ Wolff § 31 V S. 107; RG. in Seuff. Arch. 78, 144 u. a.

¹²⁾ Motive IV, 106; v. Baligand S. 24; Lehmann S. 434; Müller S. 28; RGRK. zu § 1353 Anm. 3; Schmidt S. 144; Dernburg IV S. 113; RGZ. 61, 53 und RG. in JW. 1900 S. 778 = Gruch. Bd. 15 S. 480; RG. in JW. 1908 S. 406; Recht 1901 Nr. 18; Recht 1905 Nr. 2680; Seuff. Arch. 44, 89; Bayr. ObLG. 9, 440; OLG. 1, 134; 21, 235 u. a.

¹³⁾ So v. Tuhr Bd. 1 S. 204.

¹⁴⁾ So übereinstimmend v. Tuhr Bd. 1 S. 137 Nr. 19; Wolff § 47 II; Zitelmann Bd. II S. 682 ff.

v. Tuhr betont deutlich den Unterschied zwischen den absoluten und relativen Rechten der Ehegatten gegeneinander.

als einem absoluten Recht gefolgert werden. Auch zu den Persönlichkeitsrechten läßt sich das Entscheidungsrecht nicht zählen, denn auch diese sind ja nur eine besondere Gruppe der absoluten Rechte¹⁵⁾.

Da das Entscheidungsrecht nur die internen Beziehungen zwischen den Ehegatten regelt, wird es auch als Ausgleichs- oder Organisationsrecht bezeichnet¹⁶⁾. Das Entscheidungsrecht ist auch vergleichbar einer internen Geschäftsführungsbefugnis eines Gesellschafters im Gesellschaftsrecht. Es gehört wie diese Befugnis zur Kategorie der sekundären Rechte, der sogenannten Gestaltungsrechte oder Rechte des rechtlichen Könnens. Wie die Gestaltungsrechte die Machtbefugnis enthalten, einen Rechtszustand zu begründen, abzuändern oder aufzuheben, so gibt das Entscheidungsrecht dem Ehemann die Befugnis, durch seinen Willen in einem konkreten Fall ein bestimmtes Verhalten als ehegemäß festzusetzen und damit einen bestimmten Rechtszustand herzustellen. Das Entscheidungsrecht hat mit allen Gestaltungsrechten (dem Anfechtungs-, Rücktritts-, Kündigungsrecht, der Vertretungsmacht, der Geschäftsführungs- und Genehmigungsbefugnis) gemeinsam, daß es wie diese weder von einem Dritten noch von dem Vertragspartner selbst verletzt werden kann, denn seine Geltendmachung ist unabhängig von dem Willen des Subjektes, das durch sie betroffen wird¹⁷⁾. Ein Verstoß seitens der Ehefrau gegen das Entscheidungsrecht ist nicht möglich, sondern nur gegen die sich für sie durch die Ausübung des Entscheidungsrechtes ergebenden ehelichen Verpflichtungen.

Wenn gesagt wird¹⁸⁾, daß das Wort „absolut“ in bezug auf das ehemännliche Entscheidungsrecht, den Motiven entnommen, nur zum Ausdruck bringen solle, daß es sich im § 1354 um das Vorliegen einer zwingenden Gesetzesnorm handle, die durch Parteivereinbarung weder ausgeschlossen noch übertragen oder abgeändert werden könne, so ist damit die Stellungnahme der überwiegenden Meinung in Schrifttum und Rechtsprechung¹⁹⁾ über die Unzulässigkeit von Vereinbarungen über das Entscheidungsrecht gekennzeichnet. Eine Minderheit hält nur Vereinbarungen über einen völligen Ausschluß des Entscheidungsrechtes für unwirksam, hingegen auf den Einzelfall gemünzte, von § 1354 abweichende Verände-

¹⁵⁾ z. B. das Namensrecht, das Recht am eigenen Bilde; vgl. v. Tuhr Bd. I S. 148.

¹⁶⁾ Kienzle S. 20 ff. und das dort angegebene Schrifttum.

¹⁷⁾ Vgl. v. Tuhr Bd. I S. 170.

¹⁸⁾ Breslauer S. 37.

¹⁹⁾ siehe Fußnote 12.

rungen für zulässig²⁰⁾. Nur wenige treten beim Vorliegen besonderer Umstände für die Zulässigkeit von Vereinbarungen über den Ausschluß des Entscheidungsrechtes ein²¹⁾. Dernburg und Scriba wollen Verträge über das Entscheidungsrecht, auch wenn ihnen die Wirksamkeit abzusprechen sei, doch bei der Frage, ob der Ehemann bei Ausübung seines Rechtes mißbräuchlich verfährt oder nicht, verwerten²²⁾.

Die zwingende Natur des ehemännlichen Entscheidungsrechtes wird bei den meisten Schriftstellern aus dem Wesen der Ehe gefolgert oder mit der natürlichen Vormachtstellung des Mannes begründet²³⁾. Hierzu ist zu sagen: Das Wesen der Ehe wird, wie eingangs ausgeführt, auch im BGB. nicht definiert. Der Inhalt der vom Gesetz geforderten vollkommenen Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau wird erfüllt und ist abhängig von der jeweils herrschenden Sittenanschauung; er integriert daher ständig. Wohl beruht die Vormachtstellung des Mannes auf historischer Überlieferung und ist, wie aus den Motiven hervorgeht, Bestandteil der zur Zeit der Entstehung des BGB. herrschenden Sittenanschauung gewesen. Diese Sittenanschauung hat aber seit Beginn des Jahrhunderts eine grundlegende Wandlung erfahren. Dies kam auch im Artikel 119 der Weimarer Reichsverfassung zum Ausdruck: Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung der Geschlechter. Wenn auch Artikel 119 RV. nur Grundsatz und im einzelnen nicht unmittelbar anzuwendendes Recht war²⁴⁾, so hat doch die diesem Artikel zugrunde liegende sittliche Anschauung soweit im Volke Platz gegriffen, daß man auch heute, wo die Weimarer Reichsverfassung sich durch das Ermächtigungsgesetz vom 24. 3. 33²⁵⁾ von selbst erledigt hat, ständig von der gleichberechtigten und gleichwertigen Genossenstellung der Ehegatten spricht. Man kann daher jedenfalls eins nicht

²⁰⁾ Endemann II, 2 S. 298/299; Hörle Bürg. Arch. Bd. 31, 168/169; Scriba S. 67/68; Staudinger-Engelmann IV, 152; RG. in JW. 01, 781.

²¹⁾ Jacobi S. 66; Matthiaß S. 574; Breslauer S. 38/40.

²²⁾ Dernburg § 32 II; Scriba S. 67/68.

Vgl. auch die bei Breslauer S. 38 unten angeführten Entscheidungen.

²³⁾ Opet-v. Blume Vorbem. 4 zum V. Titel; Staudinger-Engelmann Anm. 1 zu § 1354; Dernburg § 32 II.

²⁴⁾ Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, Art. 119 Anm. 2; Hedemann in DJZ. 1919 S. 771; Düringer in JW. 1919 S. 702; a. A. Kröger in DJZ. 1922 S. 602; hiergegen Kipp in JW. 1922, 682 u. P. Wolff in LZ. 1922 S. 704.

²⁵⁾ Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich. RGBl. Teil I S. 141.

mehr fagen, daß das Entscheidungsrecht des Mannes aus sittlichen Gründen unanfechtbar, also zwingend sei.

Man kommt aber mit diesen Erwägungen allein nicht weiter. Die positive Regelung des § 1354 ist eben nicht nur aus sittlichen und historischen Gründen erfolgt, sondern sie entspricht einem vorhandenen und auch vom Gesetzgeber erkannten Bedürfnis. Wenn bei einer Gemeinschaft von zwei Genossen Meinungsverschiedenheiten über gemeinschaftliche Angelegenheiten entstehen, so muß, wenn aus dem Widerstreit ein einheitlicher Wille gebildet werden soll, die Stimme des einen den Ausschlag geben, und das sollte nach Ansicht des Gesetzgebers der Mann sein²⁶⁾. Die Lösung des § 1354 ist aber nur eine von verschiedenen an sich möglichen Lösungen zur Überwindung von Meinungsverschiedenheiten, wie sie auch die Gesellschaft des bürgerlichen Rechtes und die Gesellschaften des Handelsgesetzbuches kennen. Es wäre also auch eine Lösung des Problems ähnlich wie bei der OHG. (§ 115, I HGB.) möglich gewesen, wonach jeder Gesellschafter berechtigt ist, die Gesamtheit zu vertreten, beim Widerspruch aber nur eines Gesellschafters die Vornahme des Geschäftes zu unterbleiben hat. In der Praxis des ehelichen Lebens ist es ja in der Regel auch so, daß beim Widerspruch des einen Ehepartners die Vornahme des vom anderen Geplanten unterbleibt. — Das Entscheidungsrecht des Ehemannes ist nach dem BGB. zu einem höchstpersönlichen Recht gestempelt. Daraus folgt, daß das Entscheidungsrecht nicht abdingbar ist. Ein vertraglich vereinbartes Entscheidungsrecht der Ehefrau anstelle desjenigen des Ehemannes ist hiernach wegen positiver Gesetzesregelung ebenso unzulässig wie ein Verzicht des Ehemannes auf dieses Recht überhaupt, sei es für immer oder für eine bestimmte Zeit. Auch eine Beschränkung des Entscheidungsrechtes auf bestimmte gemeinschaftliche Angelegenheiten ist nicht möglich, denn dieses käme einem teilweisen Verzicht oder einer teil-

²⁶⁾ Fremde Länder kennen andere oder auch gar keine Bestimmungen über das Entscheidungsrecht; letzteres z. B. Schweden: Ges. über das Eherecht v. 11. 6. 1920 Kap. V §§ 1 ff.; ebenso Finnland: Ehegesetz vom 13. 7. 1929 II. Abt. 1. Kap. §§ 30 u. 31 und Ehegesetz von Sowjet-Rußland von 1926 Abt. I, Kap. 2.

Auch die deutsche Eheform aus den Jahren 1926—1930 hat sich mit einer Neufassung des § 1354 beschäftigt. Vgl. das Gutachten des Deutschen Juristentages Berlin 1930 S. 596, Vorschlag Dronke: Die Ehegatten bestimmen über alle das gemeinschaftliche Leben betreffenden Angelegenheiten in freier Willensübereinstimmung, insbesondere über Wohnsitz, Wohnort und Wohnung . . .

weisen Übertragung des Entscheidungsrechtes gleich und wäre dementsprechend genau so unzulässig wie ein Verzicht auf das Recht selbst. Da das Entscheidungsrecht bei allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten eingreift, ist nur für eine vertragliche Erweiterung des Rechtes Raum, und zwar auf dem Gebiete der Sonderangelegenheiten der Ehefrau. Solche Verträge, die dem Ehemann ein Entscheidungsrecht über eine oder mehrere Sonderangelegenheiten der Frau einräumen, sind aber dann nichtig, wenn sie eine den guten Sitten widersprechende und daher unzulässige Beschränkung der Persönlichkeit der Frau darstellen. Auch modifizierende Abreden über das ehemännliche Entscheidungsrecht sind in gewissem Umfange denkbar, nämlich soweit sie über die Art und Weise der Ausübung Bestimmungen treffen. Wenn beispielsweise der Mann als Künstler in wirtschaftlichen Dingen unbewandert ist, so kann er sich der Frau gegenüber verpflichten, vor Erledigung von vermögensrechtlichen und steuerrechtlichen Angelegenheiten den Rat eines fachkundigen Dritten einzuholen. Derartige Abmachungen sind in den verschiedensten Variationen bei allen das eheliche Verhältnis betreffenden Angelegenheiten zu finden; sie binden die Vertragsparteien je nach ihrem Inhalt auf Zeit oder für die ganze Dauer der Ehe. Ein sofort wirkendes Kündigungsrecht aus wichtigem Grunde bleibt den Parteien unbenommen, so, wenn ein grober Rechtsmißbrauch vorliegt. Eine willkürliche Vertragsaufhebung ist auch hier ausgeschlossen.

Grundsätzliche Bedenken sind gegen die Gültigkeit der hier genannten erweiternden und modifizierenden Verträge nicht einzuwenden. Sie verstoßen weder gegen die guten Sitten, noch sind sie mit dem Charakter des ehemännlichen Entscheidungsrechtes als einem höchstpersönlichen Gestaltungsrecht unvereinbar. Selbstverständlich kann aber der Ehemann in den Fällen nicht auf sein Entscheidungsrecht verzichten, wo die Entscheidung für ihn eine Pflicht ist.

Die Verfasserin hält eine Übertragung des Entscheidungsrechtes „der Ausübung nach“ für möglich und zulässig, in der gleichen Weise wie eine Überlassung des Personenfürsorge- und Erziehungsrechtes bei Kindern zulässig ist²⁷⁾. Demnach können sich die Ehegatten dahin einigen, daß die Ausübung des Entscheidungsrechtes für eine bestimmte oder unbestimmte Zeit der Ehefrau, einem Dritten oder beiden Ehegatten gemeinsam zustehen soll. Letzteres etwa in der Weise, daß bei nicht erreichter gütlicher

²⁷⁾ Planck 3. Aufl. zu § 1635 Anm. 15; Staudinger-Engelmann-Keidel zu § 1634 Anm. 6; André S. 25 ff.; Kühl S. 84.

Einigung die Ausführung des Geplanten unterbleiben, oder die Entscheidung einer dritten, unparteiischen Stelle, etwa dem Vormundschaftsrichter, überlassen werden soll. Eine derartige Regelung ist mit dem gesetzlich normierten Entscheidungsrecht in der oben charakterisierten Art keineswegs unvereinbar. Sie kann in bestimmten Fällen durchaus geboten und vom sittlichen Standpunkt aus zu rechtfertigen sein. Man denke an Fälle, in denen der Mann eine große Auslandsreise unternimmt oder wegen Krankheit oder im Kriegsfall oder wegen einer zu verbüßenden Freiheitsstrafe an der sachgemäßen Ausübung des Entscheidungsrechtes verhindert oder behindert ist. Das Entscheidungsrecht als solches verbleibt ihm in folchem Fall²⁸⁾. Praktisch ist die Ausübung des Entscheidungsrechtes durch die Ehefrau oder durch einen Dritten in einem solchen Fall direkt eine Notwendigkeit. Warum soll aber nicht das durch eine bindende Einigung zwischen den Ehegatten geregelt werden, was ohne eine solche dem Zufall überlassen werden muß! — Wieweit die Ausübungsbefugnis der Frau bei der Überlassung des Entscheidungsrechtes reicht, wird sich natürlich nur nach Treu und Glauben bestimmen. Zu Unrecht spricht m. E. das Bayrische Oberste Landesgericht²⁹⁾ der Ehefrau generell das Recht ab, wenn ihr folchermaßen die Ausübung überlassen ist, bei wichtigem Grunde auch einen Wohnorts- oder Wohnungswechsel vorzunehmen. — Unbedenklich ist m. E. auch folgende Vereinbarung: Ein Ehemann, der Schauspieler ist und sich häufig auf Gastspielreisen, vielfach auch im Ausland befindet, hat seiner in Deutschland wohnenden Frau sämtliche das gemeinschaftliche Hauswesen und die Erziehung der Kinder betreffenden Fragen zur Entscheidung, sowie das Bestimmungsrecht über die Wohnung überlassen. Derartige Fälle, meist teilweiser Überlassung des Entscheidungsrechtes, finden sich sehr häufig. Natürlich muß die Zulässigkeit solcher Verträge grundsätzlichen auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen der Ehemann an der Ausübung des Entscheidungsrechtes tatsächlich verhindert ist.

Eine besondere Bedeutung kommt noch dem im Halbsatz 2 des § 1354 Abs. 1 erwähnten Entscheidungsrecht des Ehemannes über den gemeinsamen Wohnort und die eheliche Wohnung zu. Es ist vom Gesetzgeber als ein besonders wichtiger Fall des Entscheidungsrechtes ausdrücklich er-

²⁸⁾ So herrschende Meinung; vgl. Staudinger-Engelmann Anm. 2; RGRK. Anm. 3 zu § 1354; Bayr. ObLG. 7. 12. 1900 im Recht 1905, 206 Nr. 658; Herrnsdorf S. 33; a. A. Endemann § 169 Anm. 24 S. 296.

²⁹⁾ s. wie oben Recht 1905 S. 206; Bayr. ObLG. Bd. 1, 654.

wähnt. Unabhängig von Wohnort und Wohnung ist der rein rechtliche Begriff des „Wohnsitzes“ der Ehegatten. Nach § 10 BGB. teilt die Ehefrau den Wohnsitz des Ehemannes. Wohnsitz ist der Ort, der zum Mittelpunkt der Lebensinteressen einer Person gemacht wird. Die Wohnsitzbestimmung ist im öffentlichen Interesse gegeben, sie dient dem Rechtsverkehr und der Rechtsicherheit, sie ist daher zwingender Natur und jeglicher vertraglicher Vereinbarung unzugänglich. Hingegen betrifft der § 1354 Abf. 1 Satz 2 nur den tatsächlichen Aufenthalt der Ehegatten.

Die Tatsache, daß in der Regel der Mann für den Unterhalt der Familie zu sorgen hat, hat dazu geführt, auch ihm die Entscheidung über die Wahl des Wohnortes und der Wohnung zu überlassen. Ein Antrag in der 12. Kommission des Reichstages³⁰⁾ ging dahin, daß bei der Wahl des Wohnortes die Entscheidung desjenigen Ehegatten den Ausschlag geben solle, dessen berufliche Tätigkeit für die Lebensführung der Familie maßgebend sei. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt. Die Pflicht der Ehefrau, dem Manne an den von ihm gewählten Wohnsitz, Wohnort und Wohnung zu folgen, besteht aber nur so lange, wie der Anspruch auf völlige Lebensgemeinschaft gerechtfertigt ist, die Frau also keinen Weigerungsgrund hat. Die Ehefrau ist nicht gehalten, jedem Plan des Mannes zur Änderung des Wohnortes oder der Wohnung ohne Erörterung zuzustimmen³¹⁾. Der Ehemann muß bei seiner Entscheidung auf die ihm bei Eingehung der Ehe bekannten Lebensinteressen und Lebensverhältnisse der Ehefrau Rücksicht nehmen³²⁾. Der Ehemann darf daher, wenn beide Teile berufstätig sind und zu dem Lebensunterhalt gemeinschaftlich beitragen, bei der Bestimmung des Wohnortes nicht einseitig vorgehen. Der Frau, die durch ihre berufliche Tätigkeit den Mann und die Familie ganz oder teilweise ernährt, muß ein weitgehender Einfluß auf die Bestimmung des Wohnortes und der Wohnung eingeräumt werden³³⁾. Denn wenn auch in diesem Fall das gesetzliche Wohnungsbestimmungsrecht des Mannes besteht, so würde es sich doch als Mißbrauch darstellen, wenn er den berechtigten Wünschen der Frau, bei der Wahl des Wohnortes auf ihre geschäftlichen Interessen Rücksicht zu nehmen, nicht Folge leistet³⁴⁾. Wenn der Ehemann nicht in der Lage ist, einen gemeinschaftlichen Wohnort zu begründen, z. B. weil er sich längere

³⁰⁾ Vgl. Kom.-Bericht bei Mugdan S. 12 u. 13.

³¹⁾ RG. Urteil vom 5. 2. 1926 in Jur. Rundschau 1927 Nr. 127.

³²⁾ JW. 1908 S. 406 ff.

³³⁾ Vgl. die Ausführungen von Marianne Weber S. 428 Mitte.

³⁴⁾ Ebenso Herrnsdorf S. 26; Gauß S. 25.

Zeit auf Reisen oder in Strafhaft befindet, so ist die Frau nicht verpflichtet, einen vom Manne bestimmten Wohnort einzunehmen³⁵⁾. Wenn auch in einem solchen Falle an sich, genau wie das Entscheidungsrecht, auch das Wohnungsbestimmungsrecht des Ehemannes bestehen bleibt, so wird in vielen Fällen die Ausübung desselben durch den Ehemann mißbräuchlich sein. Mit Recht nehmen einige Schriftsteller an³⁶⁾, daß bei längerer Abwesenheit des Ehemannes oder sonstiger Verhinderung sein Bestimmungsrecht ruht, entsprechend der elterlichen Gewalt des Vaters gemäß § 1677 BGB., und die Ehefrau, entsprechend der Ausübung der elterlichen Gewalt nach § 1685 BGB., auch das Bestimmungsrecht gemäß § 1354 Abf. 1 Satz 2 ausüben darf.

Für Vereinbarungen über das Bestimmungsrecht von Wohnort und Wohnung gilt daselbe wie für Vereinbarungen über das Entscheidungsrecht des Mannes. Eine Übertragung und ein Verzicht sind nicht zulässig. Wenn es im ehelichen Leben Fälle gibt, in denen sowohl das Entscheidungsrecht als auch das Wohnungsbestimmungsrecht tatsächlich ruht, so muß es auch möglich sein, vertraglich eine Ausübungsüberlassung dieser Rechte an die Frau festzusetzen.

In der gerichtlichen Praxis sind Fälle, in denen es sich um Vereinbarungen über den Wohnort oder die Wohnung der Ehegatten handelt, nicht selten. Z. B. behandelt ein Urteil des Reichsgerichtes vom 21. 12. 1922³⁷⁾ folgenden Fall: Die Ehegatten hatten sich geeinigt, daß der Ehemann zu seiner Frau in deren eigene Wohnung ziehen sollte. Er tat dies dann aber nicht, verlangte vielmehr von der ihn auf Unterhalt verklagenden Ehefrau, ihm in eine von ihm gewählte Wohnung zu folgen. Das Reichsgericht entschied, der Mann könne auf das ihm nach dem Gesetz gebührende Recht auf die Bestimmung von Wohnort und Wohnung nicht für alle Zeiten verzichten, ein Verzicht auf dieses Recht sei daher unwirksam. Verlange der Ehemann also, daß seine Frau zu ihm ziehe, so komme es für die Berechtigung dieses Verlangens nur darauf an, ob hierin ein Mißbrauch des Entscheidungs- bzw. Bestimmungsrechtes zu finden sei. In anderen Entscheidungen des Reichsgerichtes³⁸⁾ wird deutlich gesagt, daß

³⁵⁾ Ebenso Meusezahl S. 22; Kienzle S. 17; a. M. Kölsch S. 10.

³⁶⁾ Endemann § 169 Anm. 24; Kienzle S. 31.

³⁷⁾ in LZ. 1923 S. 395; vgl. Seuff. Arch. von 1924 Nr. 85; ferner ein ähnlicher Fall des RG. im Recht 1900 S. 490.

³⁸⁾ RGZ. 109, 138; Warn. Jb. 1913 Nr. 138.

ein einer solchen Vereinbarung widersprechender Entscheid des Mannes ein Rechtsmißbrauch sein kann³⁹⁾. — In der Praxis sind Vereinbarungen häufig, wonach die Ehefrau vorübergehend davon befreit wird, ihrem Mann an den von ihm gewählten Wohnort zu folgen. Ein solcher Vertrag kommt einer Vereinbarung über vorübergehendes Getrenntleben gleich. Näheres hierüber soll weiter unten im Zusammenhang mit den Vereinbarungen über den Unterhalt bei berechtigtem und unberechtigtem Getrenntleben gesagt werden.

Ein Wort noch über die gefonderte Wohnung der Ehefrau. Eine Vereinbarung über das Halten einer solchen Wohnung in Fällen, in denen die Ehefrau diese aus beruflichen Gründen benötigt, ist, wie schon erwähnt, ohne weiteres zulässig⁴⁰⁾. Hierdurch wird ja das ehemännliche Entscheidungsrecht über die Bestimmung der gemeinschaftlichen Wohnung in keiner Weise beeinträchtigt. Ein Ehemann, der eine beruflich tätige Frau heiratet, deren Tätigkeit eine gefonderte Wohnung erfordert, hat sich, wenn er der weiteren Berufsausübung der Frau zustimmt, bereits stillschweigend mit dem Halten von beruflichen Sonderräumen einverstanden erklärt. Würde der Ehemann in einem solchen Fall der Frau das Halten der Sonderwohnung verbieten, so wäre dies ein Mißbrauch seines Rechtes. Ob der Ehefrau das Recht auf eine berufliche Sonderwohnung auch ohne Einverständnis mit dem Ehemann zuzubilligen ist, kann zweifelhaft sein. Zwar handelt es sich hierbei um eine persönliche Angelegenheit der Frau, doch kann auch eine solche Angelegenheit sehr leicht zur gemeinschaftlichen werden, und es kann unter Umständen den Grundsätzen von Treu und Glauben und einer guten Ehe widersprechen, wenn sich die Ehefrau eine Sonderwohnung für Berufszwecke ohne Einigung mit ihrem Manne hält. Obwohl eine Angelegenheit eine höchstpersönliche bzw. eine Sonderangelegenheit eines Ehegatten sein kann, muß sich jeder Ehegatte bei der Behandlung derselben doch so verhalten, daß beim Widerstreit zwischen Sonderinteressen und Gemeinschaftsinteressen die Sonderinteressen zurückstehen.

³⁹⁾ a.A. OLG. Braunschweig b. Soergel 1905 S. 256, wonach die Ehefrau sich auf einen Vertrag, durch den ein bestimmter Wohnsitz vereinbart wurde, nicht berufen darf.

⁴⁰⁾ So Hörle S. 168; Kühl S. 58; RG. in JW. 1901 S. 781 und in JW. 1908 S. 408.

IV. ABSCHNITT

Vereinbarungen über die Stellung der Frau im Hause.

A. Die Hausleitungsgewalt und die Mitarbeitspflicht der Ehefrau.

Nach § 1356 Abf. 1 BGB. hat die Ehefrau das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten. Doch greift auch gegenüber diesem Hausleitungsrecht das Entscheidungsrecht des Ehemannes ein. Dieses Entscheidungsrecht ist aber wie oben Seite 37 ausgeführt, auch hier an eine vorherige Beratung unter den Ehegatten gebunden. Verschiedentlich*) wird darin, daß auch in den häuslichen Angelegenheiten dem Mann nach Gesetz das Entscheidungsrecht zukommt, eine gewisse Unterschätzung der hausfraulichen Tätigkeit, die wirtschaftlich doch der des Mannes nicht nachsteht, gesehen. Wolff ist der Ansicht, daß, wenn der Mann sich in Angelegenheiten des weiblichen Wirkungskreises ein Entscheidungsrecht anmaßen wolle, dies schon als Mißbrauch seines Rechtes zu betrachten sei¹⁾. Eine Pflicht der Ehefrau zur Mitarbeit im Haushalt und im Geschäft des Mannes besteht nach dem Gesetz nur dann, wenn nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, dies üblich ist. Das Gesetz geht, entgegen der sozialen Lage in Deutschland auch um 1900, noch von dem Typus der „bürgerlichen Ehe“ aus, und es erscheint ihm daher die Mitarbeit der Ehefrau als Ausnahme, während sie in Wirklichkeit für die Mehrheit aller Ehen schon damals die Regel bildete. Ob aus der Pflicht der Frau zur Mitarbeit im Haushalt auch ein Anspruch oder ein Recht darauf gefolgert werden kann, ist im Schrifttum umstritten²⁾. Da das Gesetz nur von einer Verpflichtung der Ehefrau spricht, ist, wie Scriba³⁾ meint, ein Recht der Frau auf Mitarbeit abzulehnen. Im übrigen ist dieses Problem nur wichtig bei der Frage, ob die

*) Vgl. hierzu die Ausführungen von Marianne Weber, a.a.O. S. 425 ff.

¹⁾ Wolff § 31 V. S. 108 oben.

²⁾ Zustimmend: Kienzle S. 36, 76, 77; Kühl S. 61. Ablehnend: Staudinger-Engelmann zu § 1356 Anm. 1b; Opet-v. Blume zu § 1356 Anm. 4b; Wieruszowski S. 11.

³⁾ a.a.O. S. 73.

Ehefrau mit der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens den Anspruch auf Mitarbeit geltend machen kann.

Die Pflicht der Frau, dem Mann auf dessen Verlangen in seinem Geschäftsbetrieb Arbeit zu leisten, besteht nicht in dem Umfang wie die Pflicht der Mitarbeit im Hause. Sie ist gegenüber der Arbeitspflicht im Haushalt nur subsidiär, ist auf gewisse Kreise beschränkt, und die Ehefrau kann sich mit Erfolg darauf berufen, daß der Haushalt durch die Mitarbeit im Geschäft Not leide.

Ein besonderer Fall tritt ein, wenn die Ehegatten getrennt leben, also ihre häusliche Gemeinschaft aufgeben und den Willen haben, nicht mehr dahin zurückzukehren. Dabei ist wiederum zu unterscheiden, ob die Trennung mit oder ohne rechtlichen Grund erfolgt ist. Hat der Mann oder die Frau aus berechtigten Gründen die Trennung vollzogen, so ist damit die häusliche Gemeinschaft aufgehoben, und damit sind die Rechte und Pflichten aus § 1356 erloschen⁴⁾. Hat der Mann die häusliche Gemeinschaft ohne Grund aufgehoben, so erlöschen für die Frau auch die Verpflichtungen aus § 1356, die sie dem Manne gegenüber hat. Das Entscheidungsrecht des Ehemannes muß m. E., entgegen der herrschenden Meinung, in diesem Fall erlöschen, da es sich nur auf gemeinschaftliche Angelegenheiten bezieht, der der Ehefrau verbleibende Haushalt aber keine gemeinschaftliche Angelegenheit der Ehegatten mehr ist. Hat der Ehemann seine Frau aus dem Hause gewiesen, so verliert sie wohl ihre Pflichten, nicht aber ihre Rechte aus § 1356.

Darüber, ob und wie weit die Ehegatten Verträge über die Hausleitungsgewalt sowie über die Arbeitspflicht der Frau im Hause und im Geschäfte des Mannes abschließen können, sind die Meinungen geteilt. Einige Schriftsteller lehnen die Möglichkeit einer vertragsmäßigen Abänderung grundsätzlichen ab⁵⁾, andere lassen Verträge in weitem Maße zu⁶⁾, und eine dritte Gruppe schließlich nimmt eine vermittelnde Stellung ein⁷⁾. Die der

⁴⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1356 Anm. 4; Joerges S. 115 ff.; Kienzle S. 35.

⁵⁾ So Wieruszowski I S. 2; v. Ziegenhied S. 122/123; RGZ. 61, 50 ff.

⁶⁾ So Matthiass S. 575; Scriba S. 74; Breslauer S. 45.

⁷⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1356 Anm. 7; Planck Anm. 9 zu § 1356; Endemann II 2 S. 290; Opet-v. Blume zu § 1356 Anm. 9 S. 100; Dernburg IV S. 111; Hörle S. 169; Opet führt aus: „Vertragliche Regelung des Rechtes aus § 1356 ist zulässig, soweit sie nicht eine mit der deutschen Eheauffassung unverträgliche Stellung der Ehegatten begründet.“

letzteren Gruppe angehörigen Schriftsteller sind in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß ausschließlich eine vertragliche Festsetzung der von der Frau nach § 1356 zu leistenden Arbeit zulässig sei, also eine genaue Regelung des Umfanges der Hausleitungsgewalt und der Mitarbeitspflicht. Eine vertragliche Abmachung, die einen vollkommenen Verzicht des Mannes auf die Mitarbeit der Frau enthält, wird fast allgemein abgelehnt, auch von den vermittelnden Schriftstellern wie Opet und von Blume, Hörle u. a. Hörle hält einen solchen Verzicht sogar für den guten Sitten zuwiderlaufend. Ein Vertrag, der das Hausleitungsrecht der Ehefrau und ihre Pflicht hierzu völlig ausschließen oder abändern will, wird mit der Begründung abgelehnt, daß der Frau durch § 1356 Abf. 1 eine Stellung geschaffen werden sollte, die der deutschen Auffassung und Sitte entspreche⁸⁾. Eine Vereinbarung, die dieses Recht einschränken oder beseitigen wolle, sei daher nichtig, selbst dann, wenn die Frau gegen eine dauernde Ausschließung oder eine Beschränkung ihres Rechtes nichts einzuwenden habe. Auch Krankheit und Arbeit der Ehefrau außerhalb des Hauses rechtfertigen nach den Vertretern dieser Ansicht eine vereinbarungsweise Aufhebung der Hausleitungsgewalt nicht. Diese soll vielmehr tatsächlich nur in ein Ruhestadium treten, ähnlich wie es bei längerer Abwesenheit der Ehefrau von der häuslichen Gemeinschaft der Fall ist.

Am weitesten geht auch in dieser Frage bezeichnenderweise die Ansicht Breslauer⁹⁾. Er hält Verträge, die nach irgendeiner Richtung von der Regelung des § 1356 abweichen, grundsätzlich für zulässig, weil nicht einzusehen sei, warum sie den guten Sitten widerstreiten sollten. Das Leben selbst biete so viele Beispiele von Ehen, in denen die Ehefrau ihre Hausleitungsgewalt nicht mehr ausüben könne, z. B. wenn sie krank oder beruflich stark in Anspruch genommen sei, daß in diesen Fällen eine von § 1356 Abf. 1 abweichende Regelung einem gedeihlichen Zusammenleben diene. Gleiches müsse auch von der Mitarbeitspflicht der Ehefrau gelten.

Die Hausleitungsgewalt ist entsprechend dem Entscheidungsrecht des Ehemannes ein höchstpersönliches Recht der Ehefrau. Wie das Entscheidungsrecht für den Ehemann seine beherrschende Stellung in der Gemeinschaft begründet, so begründet die Hausleitungsgewalt die führende Stellung der Frau im Haushalt. Genau so wie bei dem Entscheidungsrecht

⁸⁾ Vgl. Opet-v. Blume in Anm. 22; Motive IV S. 107.

⁹⁾ S. 45.

des Ehemannes festgestellt wurde, daß es wegen seines Charakters als höchstpersönliches Recht weder übertragbar noch verzichtbar ist, so muß auch daselbe für das Recht der Ehefrau nach § 1356 gelten. Jedoch ist eine *Überlassung der Hausleitungsgewalt* auf einen Dritten oder auf den Ehegatten selbst, für eine bestimmte oder unbestimmte Zeit, in gleicher Weise wie eine Überlassung des Entscheidungsrechtes für zulässig anzusehen, natürlich unter Geltung der *clausula*. Das gleiche muß von einer bloß teilweisen oder beschränkten Überlassung der Hausleitungsgewalt gelten. Auch eine vertragliche Regelung unter den Ehegatten, wie das Recht der Hausleitungsgewalt ausgeübt werden soll, muß für zulässig gehalten werden¹⁰⁾.

Verträge, die auf die völlige Beseitigung der Mitarbeitspflicht der Frau im Haushalt gehen, sind, weil gegen die guten Sitten verstoßend, nichtig, es sei denn, daß ein besonders berechtigtes Interesse für eine solche Vereinbarung besteht. Ein solches berechtigtes Interesse ist beispielsweise in den Fällen anzuerkennen, in denen die Ehefrau durch ihre vom Manne gebilligte weitere gewerbliche oder künstlerische Tätigkeit voll in Anspruch genommen wird, oder wenn sie durch ihre außerhäusliche Tätigkeit so viel verdient, daß sie damit eine ausreichende Ersatzkraft für die Hausarbeit stellen kann. Wenn also Ehegatten, auch zukünftige, vereinbaren, daß die Ehefrau weiterhin beruflich tätig und deshalb von ihrer Mitarbeitspflicht im Hause entbunden sein soll, so verstößt eine solche Abrede nicht gegen die guten Sitten. Es besteht heute, wo ein großer Teil der Frauen bei Eintritt in die Ehe eine abgeschlossene Berufsausbildung hinter sich hat, ein dringendes praktisches Bedürfnis, Vereinbarungen der Ehegatten, die die Mitarbeitspflicht der Frau im Hause ausschließen und ihr daher die Möglichkeit, ihren Beruf weiter auszuüben, sichern, für bindend zu erklären. Ohne schutzwürdige Belange aber entbehrt ein auf Entbindung von der Mitarbeit gerichteter Vertrag der Gültigkeit.

Daselbe ist zu sagen von der Verpflichtung der Frau zur Mitarbeit im Geschäft des Mannes. Bei Vorliegen eines berechtigten Interesses ist daher auch eine Vereinbarung, die auf Entbindung der Frau von der Verpflichtung zur Mitarbeit im Geschäft des Mannes abzielt, gültig. Auch Vereinbarungen über die Einschränkung der Arbeitspflicht der Ehefrau sowohl im Haushalt als auch im Geschäft des Mannes sind unter denselben Ge-

¹⁰⁾ So auch Staudinger-Engelmann zu § 1356 Anm. 7; Opet-v. Blume S. 100 zu § 1356.

sichtspunkten für zulässig zu erachten, z. B. eine Vereinbarung, wonach die Ehefrau von gewissen körperlichen Arbeiten schlechthin entbunden sein soll, weil gesundheitliche Schäden zu befürchten sind, oder wonach die Mitarbeitspflicht der Frau im Geschäft des Mannes nur insoweit eintreten soll, als ihr nach eigener Berufsarbeit dafür noch Zeit bleibt. Ferner sind alle Vereinbarungen der Ehegatten gültig, die die Art und Weise der von der Frau zu leistenden Mitarbeit näher regeln¹¹⁾. Für Vereinbarungen dieser Art unter Ehegatten ist das weitverbreitete und angefehene Formularbuch von Jastrow¹²⁾ von Interesse.

Vorwiegend im Zusammenhang mit Beispielen über Gütertrennungsverträge bringt Jastrow folgende Bestimmung: „Die zukünftige Ehefrau soll in der Verwertung ihrer Arbeitskraft volle Freiheit haben.“ Soweit dieser Satz einen Ausschluß der Mitarbeitspflicht der Frau im Hause oder im Geschäft des Mannes bedeuten soll, kann er, wie dargelegt, nur zum Schutze besonders berechtigter Interessen oder Belange für wirksam gehalten werden. Hat z. B. ein Handwerksmeister eine Schneiderin geheiratet, und machen die Ehegatten vertraglich aus, daß der Frau die weitere selbständige Ausübung ihres Berufes gewährleistet und daß sie nicht verpflichtet sein soll, im Geschäft des Mannes mitzuarbeiten, so ist der Vertrag gültig, jedoch nur so lange als die tatsächlichen Verhältnisse der Ehegatten sich nicht wesentlich ändern. — Bei Durchsicht der Akten im Güterrechtsregister Berlin Mitte fand Verfasserin bei Gütertrennungsverträgen häufig folgende Sätze: „Der Ehemann gestattet seiner Frau, ihre Kenntnisse und ihre Arbeitskraft nach Belieben zu verwerten, Handel und Gewerbe sowie sonstige nutzbringende Tätigkeit auszuüben, alles dieses ohne seiner ehemännlichen Zustimmung zu bedürfen“, oder „die Ehefrau ist berechtigt, ihre Arbeitskraft frei zu verwerten“, oder „der zukünftige Ehemann erteilt seiner Braut ‚ein für allemal‘ oder ‚unwiderruflich‘ die Zustimmung zur Eingehung von Verträgen jeglicher Art, durch welche sie sich zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung verpflichtet“. Die meisten Verträge dieser Art beim Güterrechtsregister Berlin Mitte fanden sich in den Akten von 1913 bis 1919. Von den im Jahre 1913 vor dem Güterrechtsregister geschlossenen ca. 2400 Eheverträgen kamen auf rund 100 Verträge durchschnittlich 40 Verträge, in denen Bestimmungen über das Recht der Frau auf freie Verwertung ihrer Arbeitskraft und über

¹¹⁾ Ebenso die Mehrheit im Schrifttum, siehe Fußnote 7.

¹²⁾ Jastrow, Formularbuch und Notariatsrecht, Berlin 1926 13. und 14. Aufl. S. 214.

den Erlaß ihrer Mitarbeitspflicht enthalten waren (also rund 40%). Auch 1919 lagen die Verhältniszahlen noch ähnlich wie 1913. In den letzten Jahren allerdings sind derartige Abmachungen in den beim Güterrechtsregister eingereichten Verträgen feltener zu finden.

Befonderer Behandlung bedarf ihrer praktischen Bedeutung wegen die Frage nach einem Anspruch der Frau auf Entgelt für ihre Mitarbeit im Geschäft des Mannes. Nach allgemeiner Meinung¹³⁾ steht ihr ein solcher Anspruch nicht zu. Die Mitarbeit der Frau im ehemännlichen Geschäft ist unter den Voraussetzungen des § 1356 Abs. 2 ihre gesetzliche Pflicht und als Gegenleistung für die Unterhaltsgewährung durch den Mann anzusehen. Jede Vergütung, die der Mann der Frau für die Mitarbeit in seinem Geschäft gewährt, wird daher, soweit sie für Arbeiten gewährt wird, die den Rahmen des Üblichen nicht überschreiten, als Schenkung angesehen¹⁴⁾. Daher wird in einem solchen Falle ein Entgeltsversprechen nur dann als gültig angesehen, wenn es wie jedes Schenkungsversprechen in der Form des § 518 BGB. vorgenommen wird. — Wenn die Ehefrau jedoch über das übliche Maß hinaus im Geschäft des Mannes tätig wird, so ist zu unterscheiden: Ist zwischen den Ehegatten eine Vereinbarung über die Dienstleistung der Frau und ein dafür zu gewährendes Entgelt getroffen worden, so ist der Ehemann auf Grund dieses Dienstvertrages nach § 611 BGB. der Frau zur Zahlung der vereinbarten Vergütung verpflichtet. Ist über die Gewährung von Entgelt keine Vereinbarung erfolgt, so ist m. E. auch dann der Frau eine Vergütung auf Grund des § 612 BGB. zuzuerkennen¹⁵⁾. In einer freiwilligen Mehrarbeit der Frau kann allerdings auch eine Geschäftsführung ohne Auftrag gesehen werden¹⁶⁾, so daß die Frau in diesem Falle nur Ersatz ihrer Aufwendungen gemäß § 683 BGB. verlangen kann. In einer Entscheidung aus dem Jahre 1916 vertritt das Reichsgericht den Standpunkt, daß jede Vereinbarung auf Mitarbeit der Frau im Geschäft des Mannes in den Volksschichten, in denen eine solche Mitarbeit normalerweise nicht üblich sei, als entgeltlich angesehen werden müsse¹⁷⁾.

¹³⁾ RGRK. zu § 1356 Anm. 5; Staudinger-Engelmann zu § 1356 Anm. 6; Planck § 1356 Anm. 7.

¹⁴⁾ Opet-v. Blume zu § 1356 Anm. 5; s. auch hierzu die Ausführungen von Oertmann in DJZ. 1911 S. 125 ff.

¹⁵⁾ Ebenso Staudinger-Engelmann zu § 1356 Anm. 6; Opet-v. Blume zu § 1356.

¹⁶⁾ So Oertmann in DJZ. 1911 S. 125 und S. 129.

¹⁷⁾ Vgl. RG. in LZ. 1916 Nr. 7.

Nach herrschender Meinung besteht also ein Lohnanspruch der Ehefrau gegen ihren Mann immer dann, und zwar ohne besondere vertragliche Abmachung, wenn sie über das übliche Maß hinaus im Geschäft des Mannes tätig wird.

Oertmann¹⁸⁾ nimmt sogar an, daß auch ein Übermaß von Arbeit im *Haushalt* einen Entgeltsanspruch begründe. Hier wird es jedoch sehr schwer halten, eine Grenze zur Bestimmung dessen, was Übermaß ist, zu finden. Zudem wird man im Zweifel hier von vornherein einen Verzicht auf Entgelt seitens der Frau annehmen müssen. Auch Oertmann erkennt einen solchen im voraus erklärten Verzicht auf einen an sich begründeten Entgeltsanspruch sowohl für die Mitarbeit im Geschäft als auch für die im Hauswesen als zulässig an, sofern es sich nicht um Fälle extremer Ausbeutung handele.

M. E. müssen aber Vereinbarungen der Eheleute, nach denen die Ehefrau für ihre Mitarbeit im ehemännlichen Geschäft eine Vergütung erhalten soll, auch dann für gültig angesehen werden, wenn sie nicht der Form des § 518 BGB. genügen. Mit Wolff¹⁹⁾ ist davon auszugehen, daß eine derartige Vereinbarung unter Ehegatten keinen Schenkungscharakter hat, denn für den Begriff der Schenkung ist wesentliche Voraussetzung, daß beide Vertragsparteien sich darüber einig sind, daß es sich um eine unentgeltliche Zuwendung handelt. Insofern aber der Mann eine Verpflichtung der Frau zur Mitarbeit gemäß § 1356 Abf. 2 für nicht gegeben erachtet und deshalb eine unentgeltliche Leistung der Frau auch nicht in Anspruch nehmen will, liegt in der Gewährung eines Entgeltes auch keine Schenkung, sondern eine entgeltliche Zuwendung²⁰⁾. Jedoch steht auch hier dem Ehemann für seine Entgeltszufolge ein Widerrufs- bzw. Kündigungsrecht zu, beispielsweise dann, wenn in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen erhebliche Veränderungen eingetreten sind.

Eine weitere Frage ist die, ob die Ehefrau, die ständig im Geschäft des Mannes mitarbeitet, an dem so gemeinschaftlich erworbenen Vermögen beteiligt wird. Oertmann²¹⁾ ist schon im Jahre 1911 dafür eingetreten, daß einer in dieser Weise mitarbeitenden Ehefrau ein entsprechender Anteil an dem erworbenen Vermögen gebühre. Ihm ist das Kammergericht in einem

¹⁸⁾ Oertmann a.a.O. S. 125 ff.

¹⁹⁾ Wolff § 31 VI.

²⁰⁾ Ebenso RGZ. 64, 323 ff.

²¹⁾ Oertmann a.a.O. S. 125 ff.

Urteil aus dem Jahre 1921²²⁾ gefolgt und hat der Frau einen Anteil an dem gemeinsam erworbenen Geschäftsverdienst zuerkannt, ohne daß eine dahingehende Abmachung zwischen den Ehegatten bestanden hat: Einer Frau, die weit über den Umfang des § 1356 Abs. 2 hinaus tätig werde, deren Erwerb falle nicht mehr dem Manne allein zu. Ohne besondere vertragliche Abmachungen habe die Ehefrau das Recht auf einen Anteil am Verdienst des gemeinsam geführten Geschäftes²³⁾. Was hier das Kammergericht im Wege der Auslegung gefunden und aus Billigkeitsgründen ausgesprochen hat, steht nicht im Gesetz; es ist aber in vielen Abwandlungen in den Reformvorschlägen über das eheliche Güterrecht zu finden²⁴⁾.

Vereinbarungen unter Ehegatten über das gemeinschaftlich erworbene Vermögen, das sogenannte Zugewinn, sind nicht selten. Verfasserin hat eine Reihe derartiger Verträge ebenfalls bei den Akten des Güterrechtsregisters Berlin Mitte gefunden.

B. Die Schlüsselgewalt der Ehefrau.

Im Schrifttum findet man ganz überwiegend die Meinung vertreten, daß Verträge, die den Umfang der Schlüsselgewalt näher regeln, zulässig sind, daß die Ehegatten also die von der Frau zu tätigenen Geschäfte im einzelnen näher bestimmen, oder daß sie einen Geldbetrag ausmachen können, bis zu dessen Höhe die Frau Geschäfte vornehmen darf²⁵⁾. Jedoch halten Planck, Wieruszowski und andere²⁶⁾ jede vertragliche Vereinbarung, insbesondere auch einen Verzicht eines Ehegatten auf die ihm nach § 1357 BGB. gewährten Rechte für nichtig, und zwar mit der Begründung, daß es sich bei der Regelung der Schlüsselgewalt und des ehemännlichen Entziehungsrechtes um absolute und zwingende Rechte handle. — Nur sehr

²²⁾ KG. in JW. 1921 S. 635.

²³⁾ Ebenso RGSt. 52, 280.

²⁴⁾ Vgl. die Verhandlungen des 36. deutschen Juristentages (Lübeck) 1936, Gutachten von OLG.-Präsident Dr. Ernst Dronke und Dr. Emmy Rebstein-Metzger. In Ungarn hat die im Geschäft des Mannes mitarbeitende Ehefrau bereits nach dem Gesetz ein Recht auf einen Anteil an dem gemeinsam erworbenen Vermögen (Frauenkorrespondenz vom 27. 12. 28).

²⁵⁾ So Opet-v. Blume § 1357 Anm. 7; Staudinger-Engelmann Anm. 7; Schmidt Anm. 6b; Dernburg § 33 Anm. 12 u. a.

²⁶⁾ Planck zu § 1357 Anm. 17; Wieruszowski S. 36 u. 67 N. 40; Ostern S. 9 u. 65; Stern S. 65; Köppke § 2 Anm. 2; v. Ziegenhied S. 122/123; Kienzle S. 94; Richter S. 4; vgl. auch RGZ. 61, 53.

wenige Schriftsteller lassen einen vertraglichen Ausschluß der Schlüsselgewalt zu²⁷⁾. — Eine vertragsmäßige Erweiterung der Schlüsselgewalt wird allgemein für unzulässig gehalten²⁸⁾. Es kann sich dabei auch nur um eine Vertretungsbefugnis der Frau in Angelegenheiten des Mannes handeln, die jenseits des häuslichen Wirkungskreises liegen.

Bei der Schlüsselgewalt der Ehefrau ist zwischen einem Innen- und Außenverhältnis zu unterscheiden. Im Innenverhältnis liegt eine Geschäftsführungsbefugnis vor, im Außenverhältnis eine Vertretungsbefugnis der Ehefrau, mit Dritten Geschäfte im Rahmen des häuslichen Wirkungskreises abzuschließen und den Ehemann zu verpflichten. Da es sich um ein gesetzliches Geschäftsführungs- und Vertretungsrecht der Ehefrau handelt, ist es vom Willen des Mannes in seiner Entstehung unabhängig, es fällt der Ehefrau mit dem Abschluß der Ehe zu, und es fällt mit der Auflösung der Ehe fort. Während der Dauer der Ehe kann nur die Ehefrau Inhaberin der Schlüsselgewalt sein. Die Schlüsselgewalt ist als ein gesetzliches, höchstpersönliches Recht der Ehefrau nicht übertragbar. Daß aber der § 1357 darüber hinaus zwingendes Recht enthält, kann nicht anerkannt werden. Vielmehr ist § 1357 der rechtsgeschäftlichen Ausgestaltung unter Ehegatten in weitem Maße zugänglich. Richtig ist an der Ansicht derer, die annehmen, daß eine rechtsgeschäftliche Ausgestaltung der Schlüsselgewalt unzulässig sei, nur soviel, daß dahingehende Vereinbarungen der Ehegatten im Außenverhältnis keine Bedeutung haben. Ein Vertrag, durch den die Ehegatten den Umfang der Schlüsselgewalt näher regeln, beispielsweise festsetzen, daß die Frau den Mann nur für bestimmte Geschäfte oder bis zur Höhe eines bestimmten Geldbetrages vertreten können soll, muß schon deshalb zulässig sein, weil die Vertretungsbefugnis der Frau vom Manne jederzeit schon nach dem Gesetz widerrufen werden kann (§ 1357 Abs. 2 S. 1). Ist aber eine derartige einseitige Beschränkung der Schlüsselgewalt zulässig, so muß es eine durch Vereinbarung der Ehegatten erfolgende Beschränkung erst recht sein, denn dieser Weg entspricht dem Wesen der Ehe und den unter Ehegatten zu fordernden guten Sitten viel mehr als die einseitige Entziehung.

Der Umfang der Schlüsselgewalt der Ehefrau wird durch die besonderen persönlichen Verhältnisse bestimmt, in denen die Ehegatten leben.

²⁷⁾ So Breit in DJZ. 1907 S. 779; Breslauer S. 47; Rothe S. 11 u. 40; Siegel S. 40.

²⁸⁾ Anderer Ansicht ist nur Seeler: Glossen zur Praxis des Reichsgerichtes. 1908. S. 86 ff.

Wenn auch bestimmte Gattungen von Geschäften als für den häuslichen Wirkungskreis typisch anzusehen sind, so bestimmt sich doch im einzelnen der Kreis der von der Frau vorzunehmenden Geschäfte nach der tatsächlichen Lebenshaltung der Ehegatten. Schon auf diese Weise haben die Ehegatten mittelbar entscheidenden Einfluß auf den Umfang der Schlüsselgewalt. Gestaltet sich rein tatsächlich der Umfang der Schlüsselgewalt für jede Ehe verschieden, so muß es auch zulässig sein, den Kreis der durch die Ehefrau im Rahmen der Schlüsselgewalt vorzunehmenden Geschäfte im einzelnen durch ausdrückliche Vereinbarung festzulegen. Die Ehegatten können demnach im Innenverhältnis den Kreis der Geschäfte sowohl wirksam erweitern als ihn auch beschränken. Die Erkenntnis, daß die Schlüsselgewalt ein sogenanntes höchstpersönliches Recht der Ehefrau ist, steht dem keineswegs entgegen. Die höchstpersönliche Natur eines Rechtes macht dieses weder unbefchränkbar noch unverzichtbar, lediglich unübertragbar. Das Recht der Schlüsselgewalt ist, obwohl es wie das Entscheidungsrecht des Ehemannes ein höchstpersönliches Recht ist, doch sehr verschieden von diesem, denn die Schlüsselgewalt kann teilweise oder ganz durch das Recht des Mannes auf Beschränkung und Entziehung untergehen, während das chemännliche Entscheidungsrecht während der Dauer der Ehe bestehen bleibt, nur — wie ausgeführt — in gewissen Fällen ruht und bei mißbräuchlicher Ausübung im Einzelfall der Wirksamkeit entbehrt. Das Entziehungsrecht des Ehemannes nach § 1357 Abs. 2 ist ein Ausfluß seines Entscheidungsrechtes. Die Schlüsselgewalt aber, die in ihrem Wesen nur eine gesetzliche Vertretungsbefugnis der Frau für den Mann darstellt, ist in ihrem Bestand vom Mannesrecht abhängig. Schon daraus ergibt sich die weit schwächere Kraft der Schlüsselgewalt im Vergleich zum Entscheidungsrecht. Diese Verschiedenheit beider Rechte läßt den Schluß zu, daß — obwohl beide höchstpersönlicher Natur sind — die Schlüsselgewalt im Gegensatz zum Entscheidungsrecht vertraglicher Ausgestaltung und Abänderung in weitem Maße zugänglich ist.

In gleicher Weise wie die Regelung des Umfanges der Schlüsselgewalt durch Abmachungen und Vereinbarungen der Ehegatten erfolgen kann, muß auch ein völliger Ausschluß der Schlüsselgewalt durch Vereinbarung zulässig sein. Opet, Dernburg, Schmidt u. a.²⁹⁾ halten eine vertragsmäßige

²⁹⁾ Opet-v. Blume zu § 1357 Bem. 7; Dernburg § 33 Anm. 12; Schmidt zu § 1357 Bem. 6b.

Regelung des Umfanges der Schlüsselgewalt für zulässig, also auch eine Beschränkung, hingegen nicht den völligen Ausschluß der Schlüsselgewalt. M. E. ist in gleicher Weise wie bei der Möglichkeit der Beschränkung zu argumentieren: Wenn die Schlüsselgewalt durch einseitige Erklärung des Ehemannes aufhören, wenn sie der Ehefrau gegen ihren Willen entzogen werden kann, warum sollen nicht die Ehegatten auf übereinstimmenden Willen hin die Schlüsselgewalt aufheben können!³⁰⁾ Wie der vertraglichen Beschränkung der Schlüsselgewalt keine zwingenden Normen sittlicher oder rechtspolitischer Art entgegenstehen, so auch nicht der vertraglichen Aufhebung der gesamten Schlüsselgewalt. Ein Vertrag auf Ausschluß der Schlüsselgewalt enthält gleichzeitig eine Verzichtserklärung der Ehefrau auf ihr Recht nach § 1357 BGB. Doch läßt sich nicht sagen, daß ein Vertrag überflüssig sei, weil durch einseitigen Verzicht der Ehefrau auf die Schlüsselgewalt dasselbe Ziel erreicht werden könne. Tatsächlich kann die Ehefrau gar nicht einseitig auf die Schlüsselgewalt verzichten, weil nämlich der Ehemann auf Grund der ehelichen Lebensgemeinschaft auch einen Anspruch auf das Tätigwerden der Frau im Rahmen des § 1357 BGB. hat. Es besteht also gleichzeitig eine entsprechende Verpflichtung der Ehefrau auf Tätigwerden, auf die sie nicht einseitig verzichten kann. Daraus folgt, daß der Ausschluß der Schlüsselgewalt, abgesehen von der Entziehung durch den Ehemann, stets nur durch Vereinbarung zwischen den Ehegatten, nicht aber durch einseitige Verzichtserklärung der Frau erfolgen kann.

Eine Vereinbarung, nach der die Frau berechtigt sein soll, die Schlüsselgewalt irgendeinem Dritten oder einer bestimmten Person zu übertragen, ist nach dem Gesagten unzulässig, denn die Schlüsselgewalt ist ein Recht, das durch jahrhundertelange Tradition mit der Stellung der deutschen Frau als Hausfrau verbunden ist. Es ist also ihr höchstpersönliches, unübertragbares Recht. Eine andere Frage ist die, ob die Ehefrau auf Grund ihrer Schlüsselgewalt befugt ist, dritte Personen zur Wahrnehmung von Geschäften des häuslichen Wirkungskreises unterzubevollmächtigen. Das wird grundsätzlich zu bejahen sein, soweit es sich nicht um erhebliche, die persönlichen Belange des Mannes berührende Angelegenheiten handelt. Führt bei längerer Abwesenheit der Ehefrau eine dritte Person den Haus-

³⁰⁾ So auch Schmitt S. 12; Richter S. 49; Breit in DJZ. 1907 S. 779; Breslauer S. 44 ff.; Siegel S. 44; Rothe S. 11 u. 40.

halt, so würde man hierin eine Generalvollmacht sehen können, die aber auch stets nur mit Zustimmung des Ehemannes erteilt werden darf.

Angeichts der Möglichkeit der einseitigen Entziehung oder Beschränkung der Schlüsselgewalt durch den Ehemann erhebt sich die Frage, welche grundsätzliche Bedeutung einem Vertrag über die Schlüsselgewalt zukommt. Diese Bedeutung zeigt sich in mannigfacher Beziehung. Zunächst gilt wieder — wie schon gesagt —, daß es weit sittlicher und dem Wesen der ehelichen Lebensgemeinschaft entsprechender ist, wenn der Ausschluß oder die Beschränkung der Schlüsselgewalt durch Vertrag anstatt durch einseitige Entziehung erfolgt. Sodann ist in solchen Verträgen über die Beschränkung oder den Ausschluß der Schlüsselgewalt eine Sicherung des Mannes dagegen zu sehen, daß die Ehefrau gemäß § 1357 Abs. 2 S. 2 gegen ihn bei Beschränkung oder Entziehung vorgeht. Die vertragliche Abmachung schließt in der Regel auch aus, daß die Beschränkung der Rechte der Frau als mißbräuchlich erscheint. Ferner wird die Ehefrau durch einen Vertrag dagegen gesichert sein, daß ihr der Ehemann einseitig noch weitere Rechte nimmt, denn jede spätere, über den Vertrag hinausgehende Beschränkung durch den Ehemann würde ein Mißbrauch sein, es sei denn, daß besondere, nachträglich hervorgetretene Umstände eine weitere Beschränkung rechtfertigen. Wie der Ausschluß der Pflicht zur Mitarbeit wird ein vertraglicher Ausschluß der Schlüsselgewalt für die Frau dann von besonderer Bedeutung sein, wenn sie einen Beruf ausübt und entsprechend ihrer selbständigen Stellung im Leben bei Geschäften des täglichen Lebens nicht den Mann, sondern sich verpflichten will.

Ein Ausschluß des Entziehungsrechtes des Ehemannes ist nach herrschender Meinung grundsätzlich unzulässig³¹⁾, da das Entziehungsrecht Ausfluß des ehemännlichen Entscheidungsrechtes und daher wie dieses unverzichtbar ist. Es ist ein gesetzlich verbrieftes Widerrufsrecht der gesetzlichen Vertretungsbefugnis der Frau. Die Macht der Frau, den Mann zu verpflichten, geht so weit, daß dem Manne in jedem Falle eine Sicherung gegen Mißbrauch seitens der Frau im Interesse seiner wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit bleiben muß. — Im Gegensatz zur herrschenden Meinung vertritt Breslauer³²⁾ die Ansicht, daß ein Vertrag der gedachten

³¹⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1357 Anm. 7; Planck Anm. 17; Wieruszowski S. 36 u. 47 N. 40.

³²⁾ S. 51.

Art unter bestimmten Umständen doch zuzulassen sei, so beispielsweise dann, wenn der Mann der Frau trotz Fehlens eines begründeten Mißbrauchverdachtes, mehrere Male hintereinander die Schlüsselgewalt entzogen habe und sein Versprechen, Ruhe zu geben, rechtlich sichergestellt werden solle. Auch Breslauer spricht aber einem solchen Vertrag stets nur Wirksamkeit „rebus sic stantibus“ zu.

V. ABSCHNITT

Vereinbarungen über die Berufstätigkeit der Frau.

A. Die unselbständige berufliche Tätigkeit der Ehefrau und das ehemännliche Kündigungsrecht.

Bei der Berufstätigkeit der Ehefrau ist zu unterscheiden zwischen selbständiger und unselbständiger beruflicher Arbeit. Eine selbständige berufliche Tätigkeit liegt vor, wenn die Ehefrau ein eigenes Erwerbsgeschäft betreibt, eine unselbständige Tätigkeit ist dann gegeben, wenn sich die Ehefrau Dritten gegenüber zu Leistungen verpflichtet, die von ihr in Person zu erbringen sind. Verpflichtungsgründe für derartige Leistungen persönlicher Art können sein ein Dienstvertrag, ein Auftrag, ein Gesellschaftsvertrag, kurzum jede Vertragsform, bei der der Ehefrau keine Substitution gestattet ist. Zur Eingehung von Verträgen dieser Art bedarf die Ehefrau im Gegensatz zu den Rechten früherer Zeit nicht der Zustimmung des Ehemannes, sie kann sich vielmehr selbständig zu Leistungen persönlicher Art verpflichten. Das Entscheidungsrecht des Ehemannes greift nicht ein, wenn sich die Ehefrau beruflich betätigen will, denn die Berufsausübung gehört, wie oben Seite 36 ausgeführt, zu ihren Sonderangelegenheiten. Daher ist das dem Ehemann in § 1358 gegebene Kündigungsrecht auch kein Ausfluß des ehemännlichen Entscheidungsrechtes, denn dieses greift ja nur bei gemeinschaftlichen Angelegenheiten ein. Das Kündigungsrecht ist vielmehr ein aus § 1353 fließendes höchstpersönliches Gestaltungsrecht des Ehemannes, es ist nicht übertragbar und kann nicht durch einen Vertreter ausgeübt werden¹⁾.

Das Kündigungsrecht nach § 1358 ist für den Ehemann ein wirksameres gesetzliches Mittel als die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens, um

¹⁾ Vgl. Staudinger-Engelmann Bem. 8, Planck Bem. 7, Opet-v. Blume Bem. 5 zu § 1358; Gauß S. 48.

eine mißbräuchliche Rechtsausübung seitens der Frau zu verhindern. Da das Kündigungsrecht gesetzlich von der Ermächtigung durch den Vormundschaftsrichter — der wiederum vor seinem Entschcid die Ehefrau anzuhören hat²⁾ — abhängig gemacht ist, ist auch der Ehefrau eine Garantie dafür gegeben, daß der Ehemann nicht willkürlich kündigt, sondern nur dann, wenn gemeinsame wesentliche Belange durch die von der Ehefrau eingegangenen Verpflichtungen beeinträchtigt werden. Wie sehr das Kündigungsrecht abhängig ist von den Belangen der ehelichen und häuslichen Gemeinschaft, ergibt sich auch daraus, daß es ausgeschlossen ist, solange die häusliche Gemeinschaft aufgehoben ist, die Ehegatten also getrennt leben. Es greift auch nur gegenüber Verpflichtungen der Ehefrau, die dem Privatrecht angehören, Platz, nicht aber bei solchen des öffentlichen Rechtes³⁾. § 1358 bringt so deutlich wie fast keine andere gesetzliche Bestimmung über die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten den Grundsatz der Überordnung der Interessen der Ehegemeinschaft über die Sonderinteressen der Ehegatten, hier der Ehefrau, zum Ausdruck. Außerdem schützt er das Interesse des Ehemannes an der Erfüllung der der Ehefrau nach § 1356 zustehenden Verpflichtungen.

Eine Ehefrau, die sich zu Leistungen persönlicher Art einem Dritten verpflichten will, tut gut daran, wenn sie sich die vorherige Zustimmung des Ehemannes zu ihrer Tätigkeit sichert, denn gemäß § 1358 Abs. 2 ist das Kündigungsrecht ausgeschlossen, wenn der Ehemann der Verpflichtung der Frau zugestimmt hat oder seine Zustimmung auf Antrag der Frau durch das Vormundschaftsgericht ersetzt worden ist. Deshalb sind auch Vereinbarungen der Ehegatten über die ihnen nach § 1358 zustehenden beiderseitigen Befugnisse für jede Ehefrau, die auch während der Ehe beruflich tätig sein will, zweckmäßig. Vereinbarungen der Ehegatten über § 1358 können einmal solche sein, die das ehemännliche Kündigungsrecht auf bestimmte oder unbestimmte Zeit ausschließen⁴⁾, und zwar entweder für alle Geschäfte, zu denen sich die Frau zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung verpflichten kann, oder für eine bestimmte Gruppe von Geschäften, oder für einen Einzelfall, gleichgültig ob derselbe schon

2) Staudinger-Engelmann zu § 1358 Anm. 2d; Endemann § 170 Anm. 48; Wieruszowski S. 26; Lilienthal S. 25.

3) Hörle Bürg. Arch. Bd. 31 S. 149; Staudinger-Engelmann Bem. 2a E zu § 1358.

4) Marchtaler S. 132 spricht solchenfalls von Vereinbarungen über ein zeitlich begrenztes, ruhendes Kündigungsrecht.

bestimmt oder nur in Aussicht genommen ist. Ein solcher vertraglicher Ausschluß des Kündigungsrechtes kommt materiell einer generellen Zustimmung des Mannes zu allen oder zu bestimmten von der Frau abgeschlossenen persönlichen Leistungsverpflichtungen gleich. Da, wie gesagt, die Ehefrau nach geltendem Recht sich zu allen Leistungen persönlicher Art verpflichten kann, hat die einmal erteilte Zustimmung des Mannes ihre Bedeutung nur in dem Ausschluß des Kündigungsrechtes. Derartige Vereinbarungen haben meistens folgende Fassung: Der Ehemann erteilt seine Zustimmung zu jeder von der Ehefrau in Person auszuübenden Tätigkeit.

Von der weitaus größten Mehrzahl der Schriftsteller⁵⁾ wird § 1358 BGB. auch als zwingendes Recht angesehen, und daher ein allgemeiner Verzicht des Mannes auf sein Kündigungsrecht sowie ein Verzicht der Ehefrau auf die ihr zustehende Zustimmungsersetzungsbefugnis für nichtig angesehen. Für die Zulässigkeit eines allgemeinen Verzichtes sprechen sich Müller und Breslauer aus⁶⁾. Andere halten es wenigstens für zulässig, daß der Mann für eine bestimmte Gruppe von Verpflichtungen der Frau oder für eine einzelne Verpflichtung auf sein Kündigungsrecht verzichtet. Dieses ist der Standpunkt der heute herrschenden Meinung⁷⁾. Einige weitere Schriftsteller halten solche Vereinbarungen auch dann für wirksam, wenn sie vor Abschluß der Ehe getroffen sind⁸⁾.

Für die Zulässigkeit eines Vertrages über den Ausschluß des Kündigungsrechtes für den Einzelfall wird angeführt, es bestehe kein wesentlicher Unterschied zwischen der nach Abs. 2 des § 1358 vom Ehemann vorher erteilten Zustimmung zu einer persönlichen Leistungsverpflichtung der Ehefrau und einer vertraglichen Bindung gegenüber der Frau, vom Kündigungsrecht keinen Gebrauch zu machen, denn nach Erteilung der Zustimmung sei ja das Kündigungsrecht des Ehemannes grundsätzlich ausgeschlossen. Dieser Beweisführung ist zuzustimmen. Kienzle⁹⁾ rechtfertigt

5) Staudinger-Engelmann zu § 1358 Anm. 10; Planck Bem. 12; Goldmann-Lilienthal zu § 1358 N. 38; Endemann S. 42 ff.; Lilienthal S. 35; Eichner S. 32; Schliephake S. 13.

6) G. Müller in Seuff. Bl. Bd. 66, 3; Breslauer S. 53 oben; ähnlich Scriba S. 86 ff.

7) Staudinger-Engelmann Anm. 10; Opet Anm. 8; Planck Anm. 12; Matthiaß S. 568 Anm. 3; Lehmann, Edgar S. 45 ff. Ehrlich S. 183; Scriba S. 88; Hörle S. 170.

8) Wulfert Abh. a. d. Familienr. Sächs. Arch. Bd. 10 S. 15 ff.; Eichner S. 28/29; Schliephake S. 54; vgl. auch RG. in JW. 1901/578 u. bei Gruch. Bd. 54/934.

9) S. 94.

darüber hinaus die Zulässigkeit derartiger Vereinbarungen mit der Begründung, daß eine Gefahr für den Ehemann darin deshalb nicht zu erblicken sei, weil die Vereinbarung der Ehegatten hinfällig werde, wenn die Ehegemeinschaft durch die Tätigkeit der Frau Not leide; alsdann würde das Kündigungsrecht des Ehemannes wiederaufleben. Kienzle nimmt demnach stillschweigend auch an, daß in einem solchen Vertrag die *clausula rebus sic stantibus* enthalten ist. Wie schon im ersten Abschnitt ausgeführt, ist die *clausula* oder ein Kündigungsrecht aus wichtigem Grunde kraft objektiven Rechtes in allen Verträgen zwischen Ehegatten zur Regelung ihrer persönlichen Beziehungen enthalten.

Wenn der Ehemann seine Zustimmung zu einem bestimmten Rechtsgeschäft oder einer Gruppe von Rechtsgeschäften erteilt hat, so wird fast von dem gesamten Schrifttum¹⁰⁾ diese Zustimmung als bindend für die ganze Dauer des Vertragsverhältnisses zwischen der Frau und dem Dritten angesehen, selbst wenn später Umstände eintreten, welche die Tätigkeit der Frau als unvereinbar mit ihren ehelichen Pflichten erscheinen lassen, so z. B. wenn Kinder geboren werden. Dieser Ansicht liegt eine richtige Erwägung zugrunde. Die Zustimmung des Mannes zur Eingehung von Dienstverpflichtungen der Ehefrau erzeugt Rechtswirkungen nicht nur im Verhältnis der Ehegatten zueinander, sondern auch im Verhältnis zum Dritten, mit dem die Frau abschließt. Da das Rechtsverhältnis der Ehegatten zu dem Dritten nicht familienrechtlicher Art ist, ist hier für die Annahme der *clausula* kein Raum. Der Dritte muß ein für allemal durch die Zustimmung des Mannes die Gewißheit haben, daß ihm von dieser Seite kein Kündigungsrecht droht. Der Frau verbleibt dem Dritten gegenüber nach allgemeinen Vorschriften nur ein außerordentliches Kündigungsrecht aus wichtigem Grunde, wenn Umstände eintreten, die einen solchen Grund abzugeben vermögen. Diese im Interesse und zum Schutze des Dritten gebotene Folgerung kann aber nicht hindern, daß der Ehemann bei wesentlich veränderten Umständen im Innenverhältnis die einmal erteilte Zustimmung widerrufen kann. Praktisch bedeutet das: Wenn durch die einmal erteilte Zustimmung des Mannes das auch gegenüber dem Dritten wirkende Kündigungsrecht ausgeschlossen ist, so kann der Ehemann doch bei wesentlich veränderten Umständen von seiner Frau verlangen, daß sie zum nächstzulässigen Termin

¹⁰⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1358 Anm. 5a; Planck Anm. 12; Opet u. v. Blume Bem. 7b u. 8; Schmidt Bem. 5a; Wolff § 31 VI; a.A. Eichner S. 29; Wieruszowski S. 31 Anm. 33.

das Rechtsverhältnis mit dem Dritten kündige. In einem solchen Falle kann der Ehemann auch im Wege der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens sein Verlangen durchsetzen, ohne daß sein Verlangen sich als Mißbrauch darstellen wird. Will der Ehemann, daß ihm auch dem Dritten gegenüber das Kündigungsrecht bei wesentlich veränderten Umständen zustehen soll, so muß er seine Zustimmung befristet oder auflösend bedingt erteilen¹¹⁾).

Es ist nun nicht einzusehen, warum nicht auch eine Vereinbarung unter Ehegatten über einen generellen Ausschluß des Kündigungsrechtes zulässig sein sollte. Ein teilweiser Ausschluß des Kündigungsrechtes liegt, wie gesagt, schon in der Zustimmung des Mannes zu einem bestimmten Arbeitsverhältnis der Ehefrau. Es macht aber rechtlich keinen Unterschied aus, ob der Ehemann zustimmt, wenn sich die Ehefrau beispielsweise als Hauslehrerin bei der Familie A verpflichtet, oder ob er zustimmt, wenn sich die Ehefrau bei irgendeiner Familie eine Hauslehrerinnenstelle verschaffen will, oder ob er ihr die Zustimmung zu allen Verpflichtungen für Dienstleistungen höherer Art erteilt. Diese verschiedenen Möglichkeiten der Zustimmung sind nur graduell verschieden. Seines Kündigungsrechtes hat sich der Mann in jedem Falle begeben. Selbst ein genereller Ausschluß des Kündigungsrechtes ist hiernach möglich und m. E. für zulässig zu halten. Wie bereits ausgeführt, entspringt das ehemännliche Kündigungsrecht nicht dem Entscheidungsrecht des § 1354, sondern es wurzelt in der Verpflichtung der Ehegatten zur Lebens- und Hausgemeinschaft (§ 1353). Es soll der Herstellung der vom Gesetzgeber als natürlich angesehenen Ordnung, wonach die Frau den Haushalt zu führen hat, dienen. Aus diesem Grunde ist es auch erklärlich, daß der Ehefrau im Verhältnis zum Ehemann ein entsprechendes Kündigungsrecht nicht zusteht. Da der Mann nach dem Gesetz für den ehelichen Unterhalt zu sorgen hat, soll er auch in der Wahl und Ausübung seiner Berufstätigkeit vollkommen frei und nicht durch ein Kündigungsrecht der Frau behindert sein. Wenn im Schrifttum fast durchweg die Meinung vertreten wird, das Kündigungsrecht habe seine Wurzeln im § 1354, und deshalb sei ein Ausschluß oder eine Beschränkung desselben unzulässig, so ist es inkonsequent, Vereinbarungen zuzulassen, durch welche das Kündigungsrecht für einen Einzelfall oder für eine bestimmte Gruppe von Verträgen im voraus ausgeschlossen wird.

¹¹⁾ Staudinger-Engelmann § 1358 Anm. 5a; Opet u. v. Blume S. 105 Bem. 7b; Lehmann S. 46; Eichner S. 29/30.

Wenn man hingegen das Kündigungsrecht als aus § 1353 fließend anerkennt, so entfällt das Argument, daß ein Ausschluß desselben gegen zwingendes Recht verstoße. Selbstverständlich gilt für eine Vereinbarung über den generellen Ausschluß des Kündigungsrechtes auch der Satz, daß beim Vorliegen eines berechtigten Grundes, bei wesentlicher Veränderung der ehelichen Verhältnisse die vertragliche Bindung entfällt und der Ehemann alsdann verlangen kann, daß die Frau ihre eingegangenen Verpflichtungen löse.

Es sei noch kurz erwähnt, daß die im vorigen Abschnitt aus dem Güterrechtsregister Berlin Mitte wiedergegebenen Vereinbarungen der Ehegatten über die Mitarbeitspflicht der Ehefrau auch gleichzeitig einen generellen Verzicht des Ehemannes auf sein Kündigungsrecht enthalten, wenn es beispielsweise heißt: Die Ehefrau — auch die zukünftige — soll in der Verwertung ihrer Arbeitskraft völlige Freiheit haben und von der Zustimmung ihres Mannes hierbei unabhängig sein, oder: Der Ehemann — auch der zukünftige — erteilt seiner Frau — Braut — ein für allemal die Zustimmung zur Eingehung von Verträgen jeglicher Art, durch die sie sich zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung verpflichtet¹²⁾. Derartige Vereinbarungen finden sich häufig in güterrechtlichen Verträgen, und zwar meist bei Gütertrennungsverträgen. Ein weiteres praktisches Bedürfnis zum Ausschluß oder zur Beschränkung des ehemännlichen Kündigungsrechtes besteht auch dann, wenn die Ehefrau vor Eingehung des Vertrages mit dem Dritten diesem die Nichtausübung des Kündigungsrechtes durch den Ehemann garantieren will¹³⁾. In der Bühnenpraxis wird vielfach bei Anstellung von verheirateten Schauspielerinnen auf eine solche Garantie besonderes Gewicht gelegt.

Vereinbarungen, die Abweichungen von den im Gesetz getroffenen Bestimmungen des Abs. 2 des § 1358 vorsehen, werden mit Recht allgemein für unwirksam gehalten. So ist beispielsweise eine Vereinbarung, nach der dem Ehemann auch bei nicht bestehender häuslicher Gemeinschaft ein Kündigungsrecht zustehen soll, nichtig, denn wesentliche Voraussetzung für das Kündigungsrecht ist, daß die Ehegatten in häuslicher Gemeinschaft leben (§ 1358 Abs. 2 S. 3). Ein Ausschluß dieser gesetzlichen Voraussetzung würde gegen das Schutzbedürfnis außenstehender Dritter verstoßen. Aus gleichem Grunde wäre eine Abmachung unbeachtlich, wonach

¹²⁾ Siehe auch Jastrow a.a.O. S. 214.

¹³⁾ Opet: Bühnenverträge im Ziv.-Arch. Bd. 36, 175 ff.

dem Ehemann das Kündigungsrecht auch nach erteilter Zustimmung zustehen soll. Auch eine Vereinbarung dahin, daß eine Ersatzzustimmung des Vormundschaftsgerichtes gemäß § 1358 Abf. 2 ausgeschlossen sein soll, wäre nichtig, denn dieses der Frau zustehende Recht zur Einholung der vormundschaftsgerichtlichen Ersatzzustimmung gilt nur für Notfälle und dient ihrem Schutze. Ein derartiges, dem Schutze der Persönlichkeit dienendes Recht ist aber nur durch Gesetz und nicht durch willkürliche Parteivereinbarung entziehbar.

B. Das selbständige Erwerbsgeschäft der Ehefrau.

Betreibt die Ehefrau ein selbständiges Erwerbsgeschäft, so ist auch hierfür die Zustimmung des Ehemannes nicht erforderlich. Es macht auch keinen Unterschied, ob die Ehefrau ein vor der Ehe gegründetes Erwerbsgeschäft fortsetzen oder in der Ehe ein neues beginnen will. Unter selbständigem Erwerbsgeschäft wird jede regelmäßige, auf die Dauer und auf selbständigen — im Gegensatz zum abhängigen — Erwerb gerichtete Tätigkeit zur Erzielung von Gewinn gerechnet, mag diese Tätigkeit in der Ausübung eines Handwerks, eines kaufmännischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Berufes usw. bestehen¹⁴⁾. Selbständig wird das Geschäft dann betrieben, wenn es von der Frau im eigenen Namen und auf eigene Rechnung betrieben wird, und wenn die Frau in der Lage ist, alle das Geschäft betreffenden Rechtsakte grundsätzlich selbst ohne Mitwirkung anderer, also auch ohne Mitwirkung ihres Ehemannes, vorzunehmen¹⁵⁾.

Die Zustimmung des Ehemannes zum Betrieb des selbständigen Erwerbsgeschäftes ist einmal für die güterrechtlichen Verhältnisse der Ehegatten wichtig, denn nach der Zustimmungserteilung darf die Ehefrau auch über alle Gegenstände, die zum eingebrachten Gut gehören, verfügen. Die Zustimmung zum Geschäftsbetrieb berechtigt sie zu allen Rechts-

¹⁴⁾ Motive I, 142; Staudinger-Engelmann § 1367 Anm. 3a; Planck § 1367 Anm. 2b; Cosack Bd. II, 2 § 53 I, 1a; Thiele, Ziv.-Arch. Bd. 91 S. 316; RG. in JW. 1911, 773; RGZ. 28, 282; Hörle: Die Stellung der Ehefrau im Betrieb eines Erwerbsgeschäftes S. 104.

¹⁵⁾ Staudinger-Engelmann § 1367 Anm. 3b; Dernburg § 35 S. 113; RG. in LZ. 1922, 649 ff.; Staub, HGB. Komm. S. 20 Anm. 48 führt aus: „Selbständig erfahre seine begriffliche Bedeutung im Verhältnis zum Ehemann.“ Ähnlich Endemann II, 727; Hörle a.a.O. S. 104; Dür.-Hachenb. HGB. Komm. Allg. Einl. Anm. 71; Glitsch in Ehrenbergs-Hdb. Bd. 2 S. 168; Friederichs S. 5.

geschäften und zur Führung von Rechtsstreitigkeiten, die ein derartiger Geschäftsbetrieb mit sich bringt (§ 1405 BGB.) und die nach dem gesetzlichen Güterstand, um wirksam zu sein, der Zustimmung des Ehemannes bedurft hätten. Die ehemännliche Zustimmung bewirkt also, daß die Ehefrau über ihr gesamtes eingebrachtes Gut verfügen, Verpflichtungen mit Wirkungen gegen dieses Gut eingehen sowie Prozesse in Ansehung desselben führen kann. Der Einwilligung des Ehemannes steht es gleich, wenn die Ehefrau das Erwerbsgeschäft mit Wissen und ohne Einspruch des Mannes betreibt (§ 1405 Abf. 2). Nach § 1405 Abf. 3 kann der Mann die einmal erteilte Zustimmung widerrufen. — Zum andern aber wird durch den Betrieb eines selbständigen Erwerbsgeschäftes durch die Ehefrau auch die eheliche Gemeinschaft beeinträchtigt, und deshalb ist in der erteilten Zustimmung des Ehemannes auch die Erklärung enthalten, daß der Ehemann die Tätigkeit der Ehefrau mit den gemeinschaftlichen ehelichen Interessen und Belangen für vereinbar hält¹⁶⁾.

Anstelle der einseitigen Erteilung der ehemännlichen Zustimmung können sich die Ehegatten auch vertraglich über den Betrieb eines selbständigen Erwerbsgeschäftes durch die Ehefrau einigen. Derartige Vereinbarungen haben ebenfalls vermögensrechtliche und personenrechtliche Wirkungen. Sie können darauf gerichtet sein, daß die Ehefrau zum Betrieb eines Erwerbsgeschäftes oder zum Betrieb einer bestimmten Gruppe von Erwerbsgeschäften oder zum Betrieb von Erwerbsgeschäften schlechthin berechtigt sein soll, oder aber daß das Recht des Ehemannes zum Widerruf seiner Zustimmung für eine bestimmte Zeit ausgeschlossen sein soll. Gegen die Zulässigkeit solcher Vereinbarungen, soweit sie sich auf eine bestimmte oder allgemeine Zustimmungserteilung zum Betrieb von Erwerbsgeschäften beziehen, bestehen keinerlei Bedenken. Auch ein Verzicht oder Ausschluß des ehemännlichen Widerrufsrechtes, das genau wie das Kündigungsrecht des § 1358 ein besonderes, aus § 1353 hergeleitetes Gestaltungsrecht für die internen Beziehungen der Ehegatten ist, muß aus denselben Gründen für zulässig erachtet werden wie ein Verzicht oder Ausschluß des ehemännlichen Kündigungsrechtes, denn die gemeinschaftlichen ehelichen Belange werden in der Regel durch den Betrieb eines selbständigen Erwerbsgeschäftes nicht anders berührt als durch die unselfständige berufliche Tätigkeit der Ehefrau. Der Zulässigkeit eines Verzichtes auf das Ein-

¹⁶⁾ Zschimmer in ZHR. 52, 504.

spruchs- oder Widerrufsrecht steht nach dem Gefagten daher auch nicht die Beweisführung entgegen, dieses Recht sei als ein aus dem ehemännlichen Entscheidungsrecht abgeleitetes Gestaltungsrecht unverzichtbar. Selbstverständlich hat eine derartige Verichtsvereinbarung nur mit der clausula Geltung. Wenn nun ein solcher Verzicht des Ehemannes auf Widerruf seiner einmal erteilten Zustimmung mit *personenrechtlicher* Wirkung, d. h. mit Wirkung für das Innenverhältnis der Ehegatten zulässig und gültig ist, so ist eine weitere Frage die, ob ein solcher Verzicht auch eine *güterrechtliche* Wirkung auslöst. Denn wie dargelegt, enthält die Zustimmung zum Betrieb eines Erwerbsgeschäftes gleichzeitig die Zustimmung zur Verfügung über eingebrachtes Gut, und gemäß § 1367 gehört alles, was die Ehefrau durch den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäftes erwirbt, zu ihrem Vorbehaltsgut. Ein Ausschluß des Rechtes, die einmal erteilte Zustimmung zu widerrufen, kommt also vermögensrechtlich einem Verzicht auf das ehemännliche Nutznießungsrecht am eingebrachten Gut gleich. Über dieses Recht jedoch können die Ehegatten nur im Wege eines güterrechtlichen Vertrages, der den Vorschriften des § 1432, insbesondere der Formvorschrift des § 1434 unterliegt, Abweichendes bestimmen.

Hieraus erhellt, daß einer Vereinbarung auf Ausschluß oder Verzicht auf das ehemännliche Widerrufsrecht nicht die Bedeutung zukommt, daß tatsächlich das Recht aus § 1405 Abs. 3 ausgeschlossen wird. Wenn daher der Ehemann einige Zeit nach Abschluß einer solchen Vereinbarung die Weiterführung des Geschäftes verbietet, so hat dies, ungeachtet der getroffenen Vereinbarung, die *vermögensrechtliche* Folge, daß die Ehefrau über eingebrachtes Gut in ihrem Erwerbsgeschäft nicht mehr verfügen und dieses Gut auch nicht mehr verpflichten kann. Hingegen kann die Ehefrau das Erwerbsgeschäft trotz des Widerrufs weiterführen und sich darauf berufen, daß der entgegen der getroffenen Vereinbarung erfolgte Widerruf des Mannes mißbräuchlich sei.

Leben die Ehegatten in Gütertrennung, oder betreibt die Ehefrau das Erwerbsgeschäft nur mit Mitteln des Vorbehaltsgutes, so hat ein entgegen der Vereinbarung erfolgter Widerruf überhaupt keine Wirkung, da in diesem Falle die getroffene Vereinbarung einzig und allein personenrechtliche Folgen zeitigt.

Bei der Durchsicht der Akten zum Güterrechtsregister Berlin Mitte fand Verfasserin eine Reihe von Fällen, in denen im Rahmen von Eheverträgen der Ehemann seiner Frau — oder der Bräutigam seiner zukünftigen Frau — seine unwiderrufliche Genehmigung zum Betrieb eines

selbständigen Erwerbsgeschäfts erteilt, und zwar meist nicht nur für ein bestimmtes Erwerbsgeschäft, sondern zum Betrieb von Erwerbsgeschäften schlechthin. Derartigen im Rahmen eines Ehevertrages getroffenen Bestimmungen ist m. E. die Gültigkeit nicht abzuspochen. Nicht selten sind auch Vereinbarungen vermögensrechtlicher Art über die Verteilung des aus dem Erwerbsgeschäft erzielten Gewinnes dahingehend, daß der Gewinn beiden Ehegatten gemeinsam zustehen soll¹⁷⁾. Bringt die Ehefrau ein Erwerbsgeschäft mit in die Ehe ein, so wird häufig ein Vertrag zwischen Ehegatten abgeschlossen, wonach der Mann zur Weiterführung des Geschäftes als unmittelbarer Vertreter oder als Treuhänder berechtigt sein soll¹⁸⁾.

¹⁷⁾ Vgl. Planck zu § 1405 S. 124.

¹⁸⁾ RGRK. § 1367 Anm. 2; Zschimmer a.a.O. S. 490; RG. in JW. 1912/32 (Fall einer Gläubigerbenachteiligung).

VI. ABSCHNITT

Vereinbarungen der Ehegatten über die gegenseitige Haftung.

Vorweg sei ein Wort über die Bedeutung des § 1359 BGB. gesagt. § 1359 normiert die Haftpflicht der Ehegatten untereinander, er gibt das Maß der Sorgfalt an, das sie bei der Erfüllung der sich aus dem gemeinschaftlichen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen anzuwenden haben. Danach hat jeder Ehegatte nur für diejenige Sorgfalt einzustehen, die er in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt. Es ist bestritten, ob aus § 1359 bei Verletzung der sich aus der ehelichen Lebensgemeinschaft ergebenden Pflichten eine Schadenersatzpflicht folgt, in gleicher Weise wie für das Obligationenrecht nach § 276 bei schuldhafter Verletzung einer Vertragspflicht eine Schadenersatzpflicht besteht, oder ob nur dann eine Ersatzpflicht eintritt, wenn sich eine solche aus anderen Rechtsgründen, z. B. aus den §§ 823, 826 herleiten läßt.

§ 1359 gilt zwar für alle Verpflichtungen, die sich aus der ehelichen Lebensgemeinschaft ergeben, sowohl für die Verpflichtungen der Frau wie für die des Mannes, für güterrechtliche, vermögensrechtliche sowie auch für personenrechtliche Verpflichtungen. Praktisch jedoch wird er in der Hauptsache für alle Verpflichtungen aus dem Güterrecht. Treten die Ehegatten miteinander in gewöhnlichen rechtsgeschäftlichen Verkehr, gewährt beispielsweise einer dem andern ein Darlehen, leiht einer dem andern etwas, so greift nicht § 1359 ein, sondern das Maß der Haftung bestimmt sich nach den für die betreffenden Vertragsarten geltenden Haftungsvorschriften¹⁾. Von der herrschenden Meinung²⁾ wird § 1359 als *lex imperfecta* angesehen, weil es, um zu einem Schadenersatzanspruch zu kommen,

¹⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1359 Anm. 2; Prot. IV zu § 1279 S. 108/109; RGRK. zu § 1359 Anm. 1 u. 2.

²⁾ RG. in JW. 1905/431; RGZ. 85, 334; RG. in JW. 1912/190; Staudinger-Engelmann zu § 1359 Anm. 2.

nötig fein foll, auf eine ergänzende, den Schuldanspruch erst begründende Norm zurückzugreifen. Außerdem foll einer generellen Verpflichtung zur Schadenserfatzleistung die Eigenart des ehelichen Verhältniffes und feine fittliche Natur entgegenftehen. Bei Verletzung der Verpflichtungen aus der ehelichen Lebensgemeinschaft foll nur die Klage auf Herftellung des ehelichen Lebens und die Scheidungsklage gegeben fein. Schadenserfatzansprüche follten nur dann begründet fein, wenn der Tatbefand einer unerlaubten Handlung, infbefondere § 826 oder auch § 823 verwirklicht ift, z. B. wenn durch das Verhalten eines Ehegatten die Gefundheit des andern ftark befchädigt oder irgendein vermögensrechtlicher Schaden entftanden ift ufw.³⁾). Wegen der rein fittlichen Natur der Ehe foll also ein Erfatz vermögensrechtlichen Schadens bis auf die Fälle einer Verletzung der in den §§ 823ff. gefchützten Rechtsgüter ausgefchloffen fein⁴⁾). Diefte Anficht führt praktifch dazu, daß bei Verletzung perfonenrechtlicher Verpflichtungen eine Schadenserfatzpflicht faft ftets nur dann eintreten wird, wenn die Vorausfetzungen des § 826 erfüllt find. Eine Haftung aus § 823 kann nur dann eintreten, wenn ein durch § 823 Abf. 1 gefchütztes Rechtsgut verletzt worden ift; bei den Rechten und Pflichten der Ehegatten zueinander handelt es fich aber, wie im II. Abfchnitt dargelegt, meift um familienrechtliche Obligationen, in den feltenften Fällen um absolute Rechte. Doch kann man das Recht auf Befand der Ehegemeinschaft auch als ein unter § 823 Abf. 1 fallendes Recht anfehen.

Als erfter vertrat Strupp im Gegenfatz zur herrfchenden Meinung die Anficht, daß § 1359 keine *lex imperfecta* fei. Er weife auf die gleichgefaßten Beftimmungen des § 708 des Gefellfchaftsrechtes fowie auf § 1664 hin, der die Haftung des Vaters dem Kinde gegenüber bei Ausübung der elterlichen Gewalt in derfelben Weife wie § 1359 normiere⁵⁾). Er führt aus, daß es nicht einzufehen fei, warum der Gefetzgeber von *diligentia quam in suis* fpreche, wenn er daraus nicht die gefetzliche Konfequenz einer unmittelbaren Haftung ziehen wollte. Auch ftützt er fich mit feiner Anficht auf die Motive und Protokolle. In den Protokollen heißt es zu § 1279 (dem heutigen § 1359): „Diefte Vorfchrift follte nicht bloß für die Haftung in güterrechtlichen Angelegenheiten gelten, fondern für alle fich

³⁾ RGZ. 85, 334; Staudinger-Engelmann zu § 1359 Anm. 1; Goldmann-Lilienthal S. 72.

⁴⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1359 Anm. 2; RG. in JW. 1905/431; JW. 1909 Nr. 12.

⁵⁾ Strupp a.a.O. S. 8 ff.

aus dem ehelichen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen.“⁶⁾ Es ist Strupp⁷⁾ beizustimmen, wenn er betont, daß das Wesen der Ehe einer solchen allgemeinen Haftung der Ehegatten nicht entgegenstehe, denn die inneren Verhältnisse der Ehegatten würden auch bei der Erhebung der Herstellungsklage und erst recht bei der Scheidungsklage ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Wo solche Klagen überhaupt vorkämen, sei die Eintracht der Ehe schon gestört. Auf der anderen Seite wäre es unbillig, wollte man in Fällen, in denen die Harmonie der Ehe bereits gestört sei, dem verletzten Ehegatten die Möglichkeit nehmen, für die ihm in der Vergangenheit vom anderen Ehegatten zugefügten Schädigungen Ersatz zu verlangen.

Anfichts der im wesentlichen völlig gleichen Fassung der §§ 1359 und 1664 ist nicht einzusehen, warum im Schrifttum⁸⁾ zu § 1359, meist ohne nähere Begründung, eine generelle Schadenersatzpflicht abgelehnt wird, während sie zu § 1664 als eine aus dieser Vorschrift folgende Pflicht des Vaters bei Verletzung seiner dem Kinde gegenüber bestehenden Verpflichtungen anerkannt wird. Voraussetzung für die Gewährung eines Schadenersatzanspruches ist natürlich, daß ein wirklicher Vermögensschaden, nicht nur ein immaterieller Schaden entstanden ist, und daß es sich nicht nur um geringfügige Schäden handelt. Bei der Gewährung eines Schadenersatzanspruches bedarf der Grundsatz von Treu und Glauben im Hinblick auf die ehelichen Belange besonderer Beachtung.

Strittig ist es nun, ob § 1359 zwingendes Recht enthält oder nicht. Die einen erklären § 1359 schlechthin für eine zwingende Norm, die jeglicher Parteidisposition entzogen ist⁹⁾. Planck u. a.¹⁰⁾ sind der Ansicht, daß durch Vertrag die Haftung aus § 1359 erweitert oder auch beschränkt werden könne, und zwar allgemein oder nur in gewissen Beziehungen; nicht ausschließbar sei nur die Haftung für Vorsatz (§276 Abs. 2). — Wieruszowski u. a.¹¹⁾ lassen nur Verträge über eine Milderung der Haftung zu, z. B.

⁶⁾ Prot. zu § 1279 S. 108 u. 109.

⁷⁾ S. 18 ff.

⁸⁾ Staudinger-Engelmann § 1359 Anm. 1, § 1664 Anm. 6; RGRK. § 1359 Anm. 2, § 1664 Anm. 1; Endemann § 169 Anm. 20.

⁹⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1359 Anm. 5; Ehrlich S. 191; Jörges S. 157; Lehmann S. 430.

¹⁰⁾ Planck Bem. 2 zu § 1359; Dernburg § 32 Anm. 23 S. 116; Opet Anm. 4; v. Baligand S. 25; Breslauer S. 54; Braß S. 24; Haidlen S. 44.

¹¹⁾ Wieruszowski S. 12; Zarden a.a.O. S. 61.

in der Art, daß nur bei grober Fahrlässigkeit gehaftet werden solle. Sie halten aber eine Verschärfung des Haftungsumfanges für nichtig. Auch die vierte mögliche Ansicht, daß nur eine vertragliche Verstärkung der Haftung zulässig sei, wird vertreten¹²⁾. Im einzelnen sind folgende Ausführungen zur Begründung obiger Ansichten bemerkenswert: Nach Hörle¹³⁾ soll eine Milderung der Haftung eine leichtsinnige Wirtschaftsführung begünstigen und deshalb dem sittlichen Wesen der Ehe widersprechen; auf der andern Seite soll auch eine überspannte Verschärfung der Haftung über culpa lata hinaus den Geschäftsg Geist bzw. das Tätigwerden des einen Ehegatten für den andern lähmen und deshalb ebenfalls unzulässig sein. Wieruszowski, der im übrigen von dem Grundsatz allgemeiner Unzulässigkeit von Verträgen über persönliches Ehe recht ausgeht, meint, § 1359 normiere nur eine obere Grenze, so daß eine Milderung dem Sinne dieser Vorschrift grundsätzlich nicht zuwiderlaufen würde.

Nach der hier vertretenen Ansicht werden gerechtfertigte Bedenken aus dem Gesichtspunkt eines Verstoßes gegen die guten Sitten nicht zu erheben sein, wenn die Ehegatten erklären, einander schon für durch leichte Fahrlässigkeit verursachte Schäden einzustehen oder auch eine Garantie für Schäden zu übernehmen, die sie sich gegenseitig verursachen. Ebenso wird auch eine Milderung des Haftungsmaßstabes grundsätzlich zulässig sein, also auch ein vertraglicher Ausschluß von Ersatzansprüchen für Schäden, die durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt sind. Jedoch darf kein Ehegatte vertraglich berechtigt werden, in den Angelegenheiten seines Ehepartners weniger sorgfältig zu sein als in seinen eigenen. Ein solcher Vertrag würde den sittlichen Anschauungen, dem Anstandsgefühl und dem Wesen der Ehe, wie es eingangs dargelegt wurde, widersprechen. Diese Grenze muß also bei Verträgen, die die Haftung beschränken oder verschärfen, innegehalten werden. Sollte dennoch durch eine vertragliche Regelung ungewollt ein Zustand entstehen, wonach der eine Ehegatte für ein größeres Maß von Sorgfalt einzustehen hat als der andere, so liegt dann darin nichts Un sittliches, folgt doch aus § 1359, daß eine verschiedene Haftung der Ehegatten je nach der individuellen Sorgfalt, die jeder Ehegatte in den eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt, möglich ist.

¹²⁾ Hörle im Bürg. Arch. Bd. 31 S. 169 ff.; Schmidt II, 2 S. 144.

¹³⁾ Vgl. vorige Fußnote.

VII. ABSCHNITT

Vereinbarungen über die eheliche Unterhaltspflicht.

A. Die regelmäßige Unterhaltspflicht der Ehegatten.

Das Bürgerliche Gesetzbuch setzt eine gegenseitige Unterhaltspflicht der Ehegatten fest. Diese Unterhaltspflicht ist sowohl zu den personenrechtlichen als auch zu den vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten zu rechnen. Verschiedentlich¹⁾ wird daher auch von der Doppelnatur des Unterhaltsanspruches gesprochen, weil er teils familienrechtlich-personenrechtlichen, teils vermögensrechtlichen Charakter hat. Die gesetzlichen Unterhaltsbestimmungen stehen, weil sie unabhängig von dem Güterstande sind, in dem die Ehegatten leben, daher mit Recht in dem Abschnitt über die allgemeinen Wirkungen der Ehe.

§ 1360 bestimmt, daß der Mann nach Maßgabe seiner Lebensstellung, seines Vermögens und seiner Erwerbsfähigkeit der Frau Unterhalt zu gewähren hat. Voraussetzung ist dabei nicht, wie bei der Unterhaltspflicht gegenüber sonstigen Verwandten (§ 1602), die Bedürftigkeit der Frau, sondern nur die Leistungsfähigkeit des Mannes. Der Ehemann hat also auch dann für den Unterhalt aufzukommen, wenn die Frau aus ihren Einkünften oder sonstigem Vermögen sehr wohl in der Lage ist, sich selbst zu unterhalten²⁾. Zur Unterhaltspflicht gehört die Deckung des gesamten Lebensbedarfes des anderen Ehegatten. Vom ehelichen Aufwand, den nach § 1389 auch der Mann trägt, unterscheidet sich der Unterhalt darin, daß der Begriff Aufwand umfassender ist³⁾. Gewisse nicht zum Unterhalt gehörige Lasten fallen unter den ehelichen Aufwand, so insbesondere alle Unterhaltskosten für die Kinder.

¹⁾ Jacobi S. 69; Scheppeler S. 2 u. 3; Wolff § 32 S. 110.

²⁾ Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 2; RG. b. Warn. 1912 Nr. 169 u. RGZ. 91, 401.

³⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1389 Anm. 2b.

Dagegen besteht die Unterhaltspflicht der Frau dem Manne gegenüber nur subsidiär, nämlich nur dann, wenn der Mann außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Der zu leistende Unterhalt richtet sich nach dem Vermögen, nach der Erwerbsfähigkeit der Frau und nach der Lebensstellung des Mannes (§ 1360 Abf. 2). Letzteres hat praktische Bedeutung nur in den Fällen, in denen die Frau mehr verdient als der Lebensstellung des Mannes entspricht, denn dann braucht sie ihm den Unterhalt nur seiner Lebensstellung entsprechend zu gewähren. Dies führt zu einem den heutigen Anschauungen befremdlichen Ergebnis: Während der Ehemann alles, selbst bei ganz notdürftigem Verdienste, mit der Frau zu teilen hat⁴⁾, ist die Frau keineswegs verpflichtet, dem Manne einen ihrer Lebensstellung und ihrem Verdienste entsprechenden Unterhalt zu gewähren⁵⁾; sie braucht also nach dem Gesetze nicht alles mit dem Manne zu teilen.

Befonders wichtig ist die Frage, in welcher Weise der Unterhalt zu gewähren ist. § 1360 Abf. 3 bestimmt: Der Unterhalt ist in der durch die eheliche Lebensgemeinschaft gebotenen Weise zu gewähren. Die durch die Lebensgemeinschaft gebotene Form ist grundsätzlic die Gewährung des Unterhalts in der häuslichen Gemeinschaft, die sogenannte Naturalleistung. Sie besteht in der Gewährung von Wohnung, Essen, Kleidung, Arzt und Kurkosten sowie in der Gewährung eines angemessenen Taschengeldes usw. Der Ehemann hat seiner Frau hiernach auch angemessene Geldbeträge zur Erledigung der Geschäfte des häuslichen Wirkungskreises zu überlassen.

Vielfach wird behauptet⁶⁾, daß die Ehefrau nur einen Anspruch auf Gewährung des Unterhalts in natura habe, daß also nach § 1360 niemals eine Geldrente zu leisten sei. Dies wird per argumentum e contrario aus § 1361 gefolgert, der bestimmt, daß bei berechtigtem Getrenntleben der Ehegatten der Unterhalt in Form einer Geldrente zu entrichten ist. Die Trennung der Ehegatten wird dem Zusammenleben in häuslicher Gemeinschaft gegenübergestellt und so gefolgert: Nur wenn die Ehegatten getrennt leben, d. h. mit dem animus de non revertendi die häusliche Gemeinschaft aufgehoben haben, ist eine Geldrente zu entrichten. Leben die Ehegatten aber in der vom Gesetzgeber gewollten ehelichen Gemeinschaft mit gemeinschaftlicher Häuslichkeit, so darf die Unterhaltsgewährung innerhalb

⁴⁾ Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 4a mit zahlreichen Entscheidungen.

⁵⁾ Vgl. Planck zu § 1360 Anm. 2b.

⁶⁾ So Schmidt zu § 1360 N. 5; Mitteis S. 22 IV; Simeon Bd. I, 2 S. 317; Meyer S. 119; Jacobi S. 59; siehe weitere Literaturangaben bei Hülle S. 22.

derfelben nur durch Naturalleistung erfolgen. — Hierbei wird übersehen, daß es zahlreiche Fälle gibt, in denen die Ehegatten wohl in ehelicher Gemeinschaft zusammenleben, auch noch ein gemeinfames Heim als den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen betrachten, und dennoch ein Ehegatte sich von diesem Ort auf bestimmte oder unbestimmte Zeit entfernt aufhält, Fälle, in denen beispielsweise der Mann als Forscher, Geschäftsmann, Schiffsarzt, die Frau als Filmschauspielerin, Reporterin, Sportlerin tätig ist. In allen diesen Fällen kann, auch wenn es an einer häuslichen Gemeinschaft fehlt, nicht von Getrenntleben gesprochen werden. Die eheliche Lebensgemeinschaft besteht weiter fort, und da kein Getrenntleben im Rechtsinne vorliegt, kann auch die Unterhaltsgewährung nicht gemäß § 1361 durch Leistung einer Geldrente gefordert werden, sondern der Unterhalt ist gemäß § 1360 Abf. 1 entsprechend der durch die eheliche Lebensgemeinschaft gebotenen Form „in Geld“ zu leisten. Die Fälle, in denen es sich praktisch als unumgänglich notwendig erweist, daß ein Teil oder der gefamte Lebensunterhalt in Form von Geld oder einer regelmäßigen Geldrente zu leisten ist, fallen also mit unter § 1360. Regelmäßig wird der Unterhalt in einer Verbindung von Natural- und Geldleistung gewährt⁷⁾; wo eine häusliche Gemeinschaft und nicht zugleich ein gemeinschaftlicher Haushalt besteht, überwiegt sogar die Geldleistung, und die Naturalleistung beschränkt sich auf die Wohnungsgewährung.

Über keine Bestimmung der ehelichen Lebensgemeinschaft find Vereinbarungen so häufig wie über den Unterhalt. Derartige Vereinbarungen find in den verschiedensten Formen und mit den verschiedensten Inhalten möglich. Eine Vereinbarung, die einen Verzicht der Ehegatten auf den gegenseitig zu gewährenden Unterhalt für die Zukunft enthält, ist nichtig⁸⁾, und zwar weniger aus sittlichen Gründen (§ 138) als deshalb, weil § 1614, der gemäß § 1360 Abf. 3 auf die Unterhaltsgewährung der Ehegatten eine entsprechende Anwendung findet, als zwingende Vorschrift die Unwirksamkeit eines solchen Vertrages auspricht. Diese Vorschrift ist im öffentlichen Interesse gegeben; es soll dadurch vermieden werden, daß die Allgemeinheit für unterhaltsbedürftige Ehegatten, die auf ihre gegen-

⁷⁾ Opet-v. Blume zu § 1360 S. 107; Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 4b; Motive IV S. 123/124; Protokolle IV S. 111; Jörges S. 90; OLG. Braunschweig im Recht 1912 Nr. 1905.

⁸⁾ Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 5e u. Anm. 10; RG. in JW. 1905 S. 682; RG. b. Warn. 1913 Nr. 399 u. a.

feitige Unterhaltspflicht verzichtet haben, letztlich aufzukommen hat⁹⁾. Trotz ihrer Unwirksamkeit werden derartige Vereinbarungen meist im Zusammenhang mit Trennungsverträgen oder güterrechtlichen Regelungen noch sehr häufig getroffen. Auch sind Vereinbarungen dieser Art Gegenstand zahlreicher Entscheidungen des Reichsgerichtes und höherer Gerichte¹⁰⁾. Das Reichsgericht¹¹⁾ führt aus: Der Verzicht auf den Unterhalt ist, gleichgültig ob entgeltlich oder unentgeltlich gewährt, mit Rücksicht auf die sittliche Grundlage der Unterhaltspflicht und mit Rücksicht auf das wegen der öffentlichen Wohlfahrtspflege in Frage kommende Staatswohl nach § 134 nichtig.

Einigen sich die Ehegatten dahin, daß der Unterhaltsverpflichtete eine bestimmte Summe im voraus zur Abgeltung seiner Unterhaltspflicht für eine gewisse Zeit leisten soll, so hat eine solche Abrede nur eine beschränkte Gültigkeit. Tritt vor Ablauf der vereinbarten Zeit eine erneute Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten ein, so wird der Unterhaltsverpflichtete, auch wenn er die Geldsumme bezahlt hat, nur für drei Monate befreit (§§ 1614 Abf. 2, 760), oder wenn die Voraussetzungen in Naturalleistungen erfolgt sind, für einen angemessenen Zeitraum¹²⁾.

Als gültig muß m. E. auch ein Vertrag angesehen werden, wonach die Ehegatten vereinbaren, daß die Ehefrau in der Zukunft so lange einen Unterhaltsanspruch nicht geltend machen können soll, als sie in der Lage ist, sich standesgemäß aus eigener Kraft — sei es aus eigener Arbeit, sei es aus eigenem Vermögen — zu unterhalten. Ein derartiger Vertrag kann auf unbestimmte Zeit, aber auch für einen fest bestimmten Zeitraum geschlossen werden. Soll er für eine unbestimmte Zeit gelten, so heißt das praktisch, er verliert seine Wirksamkeit erst in dem Zeitpunkt, in dem die Frau außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Eine derartige Vereinbarung enthält einen auflösend bedingten Unterhaltsverzicht, wie er für die Unterhaltsansprüche unter Verwandten gemäß § 1614 unzulässig ist. Indessen rechtfertigt sich für das Eherecht eine abweichende Ansicht aus folgender Erwägung: Der Unterhaltsanspruch der Verwandten setzt nach § 1602 in jedem Falle Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten vor-

⁹⁾ Motive IV zu § 1495 S. 701.

¹⁰⁾ RG. in JW. 1905/682; RGZ. Bd. 46, 67; 49, 155; 50, 96 u. a.

¹¹⁾ RG. U vom 28. 9. 1905 (IV. Senat) abgedr. in JW. 1905/682.

¹²⁾ Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 5d; Cosack Bd. II § 44 III, 1f; Wieruszowski S. 125; Scheppler S. 5.

aus. Jeder Verzicht auf diesen Unterhaltsanspruch, also auch jeder auflösend oder aufschiebend bedingte Verzicht hätte zur Folge, daß der Berechtigte mittellos würde, und damit bestünde die Gefahr, daß er der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last fiel. Der Unterhaltsanspruch der Ehefrau indessen besteht ohne Rücksicht auf ihre Bedürftigkeit. Es kann also häufig der Fall eintreten, daß sie vom Ehemann Unterhalt bezieht, obwohl sie über ausreichende eigene Mittel verfügt. Es ist kein Grund ersichtlich, warum in diesen Fällen nicht ein Verzicht auf Unterhalt zulässig sein soll, natürlich unter der unerläßlichen Bedingung, daß bei Eintritt von Bedürftigkeit der Anspruch wiederaufleben soll. Hierdurch wird weder gegen sittliche Forderungen verstoßen, noch wird der Zweck des § 1614 vereitelt. Der § 1360 Abs. 3 gebietet nur eine entsprechende Anwendung des § 1614. Die hier vertretene Ansicht von der beschränkten Zulässigkeit eines auflösend bedingten Unterhaltsverzichtes trägt der Besonderheit des ehelichen Unterhaltsanspruches Rechnung und ist daher die „entsprechende Anwendung“ des § 1614. Zu demselben Ergebnis gelangt mit zum Teil ähnlicher Begründung von Baligand¹³⁾. In Fällen, in denen die Ehegatten einen Verzicht der Ehefrau auf ihren Unterhaltsanspruch vereinbaren, ist also im Wege der Auslegung stets ein auflösend bedingter Verzicht anzunehmen.

Von der herrschenden Meinung wird jedoch mit Rücksicht auf die Verbotsnorm des § 1614 jeder, also sowohl ein zeitlich bedingter als auch ein inhaltlich beschränkter Verzicht des unterhaltsberechtigten Ehegatten auf künftigen Unterhalt für nichtig erklärt¹⁴⁾. Zur letzteren Gruppe würde beispielsweise eine Vereinbarung zu rechnen sein, nach welcher der zu gewährende Unterhalt niedriger festgesetzt wird, als er nach dem Gesetz dem berechtigten Ehegatten zusteht¹⁵⁾. Hierunter würde auch ein Vertrag fallen, nach welchem alle künftigen Unterhaltsansprüche durch Zahlung einer einmaligen Geldsumme als Abfindung abgegolten werden sollen¹⁶⁾. Die unzulässige Benachteiligung wird von der herrschenden Meinung hier in der Art der Gewährung gesehen, denn durch Zahlung einer Abfindungs-

¹³⁾ S. 53/54 mit Verweis auf Prot. IV S. 109 ff.

¹⁴⁾ Staudinger-Engelmann zu § 1360 Anm. 10; Opet Bem. 16; Schmidt S. 144; OLG. Darmstadt Recht 1905 S. 226 Nr. 1006.

¹⁵⁾ Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 10; Opet Bem. 16; Motive IV/709; Scheppler S. 3; Hörle S. 170; Wieruszowski S. 65.

¹⁶⁾ Hörle S. 163; RG. in JW. 1905, 435 u. 682.

summe werde versucht, jedweden Anspruch für den Fall künftiger Bedürftigkeit auszuschließen. Auch der vertragliche Ausschluß einer Unterhaltserhöhung für den Fall, daß die Verhältnisse des Mannes sich ändern, wird, als dem Wesen der Ehe widersprechend, für nichtig angesehen¹⁷⁾.

Dem ist im allgemeinen beizustimmen. Nach der oben entwickelten Ansicht jedoch ist ein Verzichtsvertrag derart, daß die Ehefrau sich verpflichtet, nur einen geminderten Unterhaltsanspruch in bestimmt begrenzter Höhe geltend zu machen, z. B. weil sie eigene Einkünfte hat, unter denselben Beschränkungen für wirksam zu erachten wie ein Vertrag, nach dem sie für eine gewisse Zeit auf jeden Unterhalt verzichtet. Auch die vertraglich vereinbarte Zahlung einer einmaligen Geldsumme wird dann zulässig sein, wenn nach dem oben Gefagten der darin erklärte Unterhaltsverzicht der Ehefrau zulässig ist, d. h. wenn die Frau genügend Mittel zum eigenen Unterhalt besitzt, und wenn der Verzicht in der angegebenen Weise bedingt erklärt ist. In der Praxis wird in derartigen Vereinbarungen unter Ehegatten meist gleichzeitig ein Verzicht des Ehemannes auf sein Verwaltungs- und Nutznießungsrecht¹⁸⁾ oder ein Verzicht auf das ihm nach § 1358 zustehende Kündigungsrecht mitaufgenommen sein oder auch eine unwiderrufliche Einwilligung des Ehemannes zum Betrieb eines Erwerbsgeschäftes durch die Frau.

Verträge, die die Unterhaltspflicht erhöhend regeln, werden allgemein unbedenklich für zulässig angesehen¹⁹⁾, indessen nur soweit, als sie, wenn der Ehemann der Unterhaltsverpflichtete ist, diesem die für ihn notwendigen Existenzmittel belassen²⁰⁾. Von den Umständen des Einzelfalles wird es abhängen, ob solche Verträge als Vereinbarungen über den ehelichen Aufwand (§ 1389) oder als reine Unterhaltsverträge anzusehen sind. Nur wenn die nach dem Vertrag der Frau zugewendeten Summen ausschließlich für ihren Unterhalt, nicht aber für die sonstigen Zwecke der ehelichen Gemeinschaft aufgewendet werden sollen²¹⁾, liegt ein Unterhaltsvertrag

¹⁷⁾ RGZ. 50, 96; RG. in JW. 1902, 220 u. 1905, 435.

¹⁸⁾ Vgl. hierzu RG. in JW. 1905 S. 682 über Unterhaltsverzicht der Frau bei gleichzeitiger Aufhebung des ehemännlichen Verwaltungs- und Nutznießungsrechtes.

¹⁹⁾ Planck § 1360 Anm. 13c; Staudinger-Engelmann Anm. 10; RG. bei Gruch. 50, 378 ff.; RGZ. 61, 51; RG. i. Recht 1916 Nr. 391; Breslauer S. 55 ff.; Scheppler S. 3.

²⁰⁾ KG. in JW. 1917, 2584.

²¹⁾ Über den Unterschied vgl. Wieruszowski I S. 64 ff.; v. Baligand S. 62, dieser verlangt stets Ehevertragsform.

und kein Güterrechtsvertrag vor, demgemäß ist die Einhaltung der Ehevertragsform nicht erforderlich. Meist jedoch werden alle derartigen Vereinbarungen gleichzeitig mit einer güterrechtlichen Regelung getroffen und bedürfen daher der Form des § 1434.

Vereinbarungen, die den Inhalt und die Art und Weise des zu gewährenden Unterhaltes regeln, werden ohne Bedenken für rechtswirksam gehalten²²⁾. So ist beispielsweise ein Vertrag möglich, nach dem die Frau sich verpflichtet, einen Teil der Unterhaltskosten (z. B. bereits entstandene Arzt- und Kurkosten) selbst zu tragen, oder in dem das Verhältnis von Geld- und Naturalleistung genau festgelegt wird. Ebenso ist eine Vereinbarung, nach der der Unterhalt lediglich in einer Geldrente gewährt werden soll, zulässig, sofern nur ein berechtigter Grund für diese Art der Unterhaltsgewährung vorliegt, nicht aber wenn dadurch ein unberechtigtes Getrenntleben der Ehegatten erst ermöglicht oder garantiert werden soll²³⁾. Auch eine Vereinbarung muß rechtsgültig sein, wonach die dem Ehemann zum Unterhalt verpflichtete Ehefrau verspricht — entgegen der gesetzlichen Bestimmung des § 1360 Abs. 2 —, den Unterhalt *ihrer* Lebensstellung entsprechend zu leisten und alles, was sie besitzt, mit dem Manne zu teilen.

B. Die Verpflichtung zur Unterhaltsgewährung bei Getrenntleben der Ehegatten.

Über die gegenseitige Unterhaltungspflicht im Falle des Getrenntlebens enthält § 1361 BGB. besondere Bestimmungen. Ein Getrenntleben der Ehegatten liegt dann vor, wenn es sich nicht um eine bloß vorübergehende Trennung, sondern um eine tatsächliche Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft mit dem Willen des Alleinseins um des Alleinseins willen handelt²⁴⁾.

²²⁾ Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 10; RG. bei Gruch. Bd. 50, 378; Warn. 1911 Nr. 108; Warn. 1913 Nr. 188; RG. i. Recht 1914 Nr. 636; Recht 1916 Nr. 391; Breslauer S. 55; a. A. OLG. 26, 216.

²³⁾ RG. i. Recht 1914 Nr. 636; RG. Warn. 1911 Nr. 223; RGZ. 61, 50 ff.

²⁴⁾ So Jörges S. 79; Opet-v. Blume zu § 1361 Anm. 1a und § 1358 Anm. 7a; Opet in DJZ. 1915 S. 1215 ff.; Eichner S. 52; OLG. Karlsruhe in OLG. 2, 329:
Ein tatsächliches Getrenntleben liegt nicht nur dann vor, wenn die Ehegatten an zwei verschiedenen Orten oder in verschiedenen Häusern wohnen, sondern kann auch dann gegeben sein, wenn sie in demselben Hause, aber in verschiedenen Etagen, oder auch in einer Etage, aber in völlig getrennten Zimmern ohne gemeinschaftliche Haushaltung leben.

Die Weigerung zum Zusammenleben muß von demjenigen Ehegatten, der den Grund zum Getrenntleben hat, schlüssig zum Ausdruck gebracht werden²⁵⁾, oder aber es bleibt bei der Regelung des § 1360, wenn der Unterhaltsberechtigte unrechtmäßig, d. h. ohne Grund die eheliche Gemeinschaft verweigert. Im Gegensatz zum Getrenntleben der Ehegatten auf Grund eines Urteils auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft spricht man im Falle des § 1361 von einem „tatfächlichen“ Getrenntleben. Während der Trennung bleiben daher alle Rechte und Pflichten der Ehegatten, wie sie sich aus § 1353 ergeben, bestehen²⁶⁾. Ein Getrenntleben der Ehegatten ist aber nur dann ein berechtigtes — und die Folgen desselben werden vom Gesetzgeber besonders geregelt —, wenn sich das Verlangen des einen Ehegatten nach Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft als Mißbrauch seines Rechtes darstellen würde (§ 1353 Abs. 2), oder wenn der die Herstellung verweigernde Ehegatte auf Scheidung zu klagen berechtigt ist. Das Recht zum Getrenntleben erlischt, wenn die Gründe wegfallen, nach denen es zulässig ist. Eine der wichtigsten Folgen des berechtigten Getrenntlebens ist die, daß der unterhaltsverpflichtete Ehegatte dem unterhaltsberechtigten zur Zahlung einer Geldrente anstelle der sonst gesetzlich vorgeschriebenen Naturalleistung verpflichtet ist. Mit der Zahlung einer Geldrente, deren Höhe sich — da grundsätzlich der Mann der Unterhaltsverpflichtete sein wird — nach seiner Lebensstellung, seinen Vermögens- und Erwerbsverhältnissen richtet (§§ 1360, 1361), entfällt jede weitere Pflicht zur Unterhaltsgewährung²⁷⁾. Ist die Ehefrau die Unterhaltsberechtigte — was ebenfalls die Regel sein wird —, so entfällt nach Billigkeitsgrundsätzen die Pflicht zur Zahlung einer Geldrente, oder sie beschränkt sich auf einen Beitrag, wenn die Ehefrau für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen in der Lage ist.

Liegen die Voraussetzungen des § 1361 vor, so können die Ehegatten den für die Zeit des Getrenntlebens zu gewährenden Unterhalt in der

²⁵⁾ RGRK. zu § 1361 Anm. 4; Staudinger-Engelmann Anm. 2b; Planck zu § 1361 Bem. 23; Schmidt Bem. 2b; Goldmann-Lilienthal S. 75 Anm. 14; Wolff § 32 II Nr. 8; Wetzel a.a.O. S. 86; Hülle S. 36; OLG. 7, 101 ff. u. 12, 302 ff.

²⁶⁾ Vgl. RGZ. 130 S. 178 ff. = in JW. 1930 S. 1343 ff.; RG. Warn. 1913 N. 378; DJZ. 1917/738 ff. dazu Anm. 2 S. 741 v. Prof. Hedemann; RG. in JW. 1925, 395.

²⁷⁾ OLG. Köln in DJZ. 1906/212; OLG. Rostock in Seuff. Arch. Bd. 76 Nr. 23; OLG. Braunschweig in OLG. 42, 118; a.A. KG. in Seuff. Arch. 78, 33; OLG. Hamburg in OLG. 43, 354; Wolff § 32 IV.

verschiedensten Weise vertraglich regeln. Ein gänzlicher Verzicht auf Unterhalt wird jedoch aus denselben Gründen wie ein Unterhaltsverzicht während bestehender Gemeinschaft von dem gesamten Schrifttum²⁸⁾ zutreffend für nichtig erklärt, denn die im staatlichen Interesse für zwingend zu erachtende Vorschrift des § 1614, die durch Verweisung im § 1360 Abs. 3 für alle Fälle der Unterhaltsgewährung zwischen Ehegatten gilt, ist auch für die Unterhaltsgewährung bei Getrenntleben anzuwenden. Ebenso wie einen gänzlichen Verzicht hält die herrschende Meinung²⁹⁾ auch einen teilweisen Unterhaltsverzicht für die Zukunft für unzulässig. M. E. ist jedoch ein zeitlich beschränkter Verzicht des unterhaltsberechtigten Ehegatten dann zulässig, wenn sich die Ehegatten dahin einigen, daß er nur so lange gelten soll, wie der Unterhaltsberechtigte sich aus eigenen Mitteln zu unterhalten in der Lage ist. Die Zulässigkeit eines derartigen auflösend bedingten Verzichtes kann auch aus der Vorschrift des § 1361 Abs. 2 gefolgert werden, denn durch einen solchen Verzicht wird kein anderer Zustand erreicht, als er auch nach § 1361 Abs. 2 eintreten kann. Nach Ansicht des Reichsgerichtes³⁰⁾ ist durch § 1361 Abs. 2 nur dem Richter die Befugnis erteilt, den unterhaltspflichtigen Mann von seiner Unterhaltspflicht zu befreien oder auf Zahlung eines Beitrages zu beschränken, wenn dies mit Rücksicht auf die Bedürfnisse sowie auf die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Eheleute der Billigkeit entspricht. Warum aber soll, was durch einen richterlichen Entscheid bewirkt werden kann, nicht auch durch eine beiderseitige Einigung der Gatten erfolgen können!

Zu Recht wird die vertragliche Festsetzung einer bestimmten Höhe der zu leistenden Unterhaltsrente für zulässig gehalten³¹⁾, auch wenn die Höhe der zu zahlenden Rente niedriger festgesetzt wird als es dem Stand und den Vermögensverhältnissen des Mannes entspricht. Wird beim Vorliegen „berechtigter“ Trennungsgründe die Höhe des dem Berechtigten zu zahlenden Unterhaltes durch Vereinbarung geregelt, so wird mit einer

²⁸⁾ Staudinger-Engelmann Anm. 6 zu § 1353, Anm. 5 zu § 1354, Anm. 10 zu § 1360, Anm. 8 zu § 1361; Planck § 1361 Anm. 24 u. 25; RGRK. Anm. 1 zu § 1360; RG. in JW. 1905 S. 682 u. a.

²⁹⁾ Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 5b und § 1361 Anm. 8; Planck § 1360 Anm. 13c; Wieruszowski S. 126.

³⁰⁾ RG. in JW. 1903 Beil. 87; RG. Warn. 1910 Nr. 156; ebenso Titze S. 54; Wieruszowski S. 72.

³¹⁾ Planck § 1361 Anm. 3 und 25; Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 10; RG. bei Warn. 1911 Nr. 223 u. 1914 Nr. 192; 1922 Nr. 34; RG. in LZ. 1919/250 ff.; 1920/826.

solchen Vereinbarung meist der Zweck verfolgt, für die Zukunft jede Auseinandersetzung sowie die Möglichkeit späterer Streitigkeiten zu vermeiden. Die Höhe des zu zahlenden Unterhaltes soll also hier ein für allemal feststehen. Jedoch müßte m. E., wenn die Vereinbarung unabänderlich gelten soll, die herrschende Meinung von ihrem Standpunkt aus einen unzulässigen teilweisen Verzicht des Unterhaltsberechtigten auf ein ihm nach § 1360 zustehendes Recht annehmen, auf das Recht nämlich, daß die Höhe des Unterhaltsanspruchs sich nach dem Stand, dem Vermögen und den Erwerbsverhältnissen des Verpflichteten zu richten hat. Wenn sich also die Einkommensverhältnisse des zumeist unterhaltsverpflichteten Mannes bessern sollten, kann die Ehefrau nach dem Vertrag einen erhöhten Unterhaltsanspruch nicht geltend machen. Daher würde ein solcher Vertrag der von der herrschenden Meinung vertretenen Ansicht, wonach auch ein teilweiser Verzicht auf den Unterhalt unmöglich ist, widersprechen³²⁾.

Indessen ist m. E. eine andere Beurteilung solcher Verträge über die Regelung der Unterhaltshöhe geboten. Es ist davon auszugehen, daß jedem Vertrag auf Zahlung einer Unterhaltsrente die *clausula rebus sic stantibus* innewohnt, und daß eine andere Vertragsauslegung nur unter besonderen Umständen gerechtfertigt ist. Würden die Parteien die Geltung der *clausula* ausdrücklich ausschließen, so wäre das nur bedingt gültig, und nur wenn die Voraussetzungen des Abf. 2 des § 1361 vorliegen, wenn nämlich die Ehefrau mit Rücksicht auf ihre eigenen Vermögens- und Erwerbsverhältnisse zur Zeit des Vertragsabschlusses und — soweit voraussehbar — noch lange Zeit in der Lage ist, sich selbst zu unterhalten oder nur auf einen Beitrag vom Manne angewiesen ist. Aber auch eine derartige Vereinbarung würde unwirksam, sobald sich die Vermögensverhältnisse der Frau wesentlich zu ihrem Nachteile verändern. Ein Ausschluß der Geltung der *clausula* wäre also auch nur unter der auflösenden Bedingung gültig, „wenn und solange der unterhaltsberechtigte Ehegatte sich vollständig oder zum Teil selbst zu unterhalten in der Lage ist“. In allen übrigen Fällen liegt bei vertraglicher Festsetzung der Unterhaltshöhe wegen der Geltung der *clausula* keinesfalls ein unzulässiger teilweiser Verzicht auf Unterhalt vor, denn bei wesentlich veränderten Verhältnissen kann jeder Eheeteil sein Recht auf Kündigung und auf anderweitige vertragliche Regelung

³²⁾ So z. B. OLG. Hamburg im Recht 1912 Nr. 2675.

geltend machen. Selbstverständlich darf eine vertragliche Festsetzung der der Ehefrau versprochenen Unterhaltsrente nicht unter dem Existenzminimum liegen (§ 138 BGB), es muß ihr ein standesgemäßes Auskommen möglich sein.

Erwähnenswert ist, daß die reichsgerichtliche Rechtsprechung zur Frage, ob veränderte Umstände bei der Höhe der zu zahlenden Unterhaltsrente zu berücksichtigen sind oder nicht, sehr gewechselt hat. In den Jahren vor dem Kriege wurde vom Reichsgericht fast durchweg der Standpunkt vertreten, daß Ansprüche aus Unterhaltsverträgen im Gegensatz zu rechtskräftig festgestellten Unterhaltsansprüchen bei veränderten Verhältnissen grundsätzlich nicht herab- oder heraufgesetzt werden könnten, es sei denn, daß der Verpflichtete sich in dieser Beziehung durch einen ausdrücklichen oder stillschweigenden Vorbehalt im Vertrage gesichert habe³³⁾. In der späteren Rechtsprechung des Reichsgerichtes³⁴⁾, die schon während der Kriegsjahre eingesetzt hat, ist diese Ansicht fallen gelassen und für Unterhaltsverträge ausgesprochen worden, daß sie zu jener Gattung von Verträgen gehörten, bei denen nach Treu und Glauben und nach der Verkehrssitte auf die nachträgliche Gestaltung der Vermögensverhältnisse weitgehend Rücksicht genommen werden müsse. § 323 ZPO. kann hier allerdings zur Begründung der Geltung der *clausula* nicht herangezogen werden, da er keine materielle Norm zur Auslegung von Verträgen auf künftig fällig werdende wiederkehrende Leistungen enthält, sondern nur ein rein prozessualer Rechtsbehelf ist³⁵⁾. Auch ist diese Vorschrift nur dann anwendbar, wenn über die Verpflichtung zur Rentenzahlung bereits ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist³⁶⁾.

Zulässig ist auch jede Vereinbarung, wonach eine Erhöhung der gesetzlichen Unterhaltspflicht bestimmt wird³⁷⁾. Der Ehemann kann sich also

³³⁾ RG. in JW. 1903 S. 147; RG. bei Warn. 1911 Nr. 223; 1913 Nr. 206; vgl. auch RGRK. zu § 1361 Anm. 8.

³⁴⁾ RG. bei Warn. 1917 Nr. 240; RG. LZ. 1918, 957 und 1340; LZ. 1920, 826; RG. bei Warn. 1921 Nr. 74, 1922 Nr. 54, RGZ. 106, 235; ebenso OLG. Frankfurt in JW. 1925, 395; RGRK. Anm. 8 zu § 1361.

³⁵⁾ Vgl. Baumbach zu § 323 Anm. 5; RG. Warn. 1914 Nr. 293; RG. in JW. 1919, 502.

³⁶⁾ RG. in JW. 1914, 943; Planck Anm. 25 zu § 1361. Planck hält eine den veränderten Umständen entsprechende Abänderung des Vertrages auch dann für möglich, wenn er gerichtlich oder notariell geschlossen ist.

³⁷⁾ Staudinger-Engelmann § 1360 Anm. 10; OLG. Hamburg Recht 1912 Nr. 2675.

auch verpflichten, der Frau ohne Rücksicht auf ihren etwaigen Arbeitsverdienst oder sonstige Einkünfte eine bestimmte, gleichbleibend hohe Rente zu zahlen. Jedoch besteht auch für eine solche Vereinbarung neben der Berücksichtigung des § 138 die Grenze, daß die Parteien einen völligen Ausschluß der im § 1361 Abs. 2 gegebenen Billigkeitsvorschrift nicht festsetzen können.

Vereinbarungen, die beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 1361 die *Art und Weise* der Unterhaltsgewährung während des Getrenntlebens näher regeln, werden mit Recht allgemein für zulässig gehalten³⁸⁾. So ist es z. B. möglich, daß der Ehefrau neben der Gewährung einer Geldrente das Recht eingeräumt wird, in der bisher gemeinsamen Wohnung zu verbleiben, oder bestimmt wird, daß sie neben der Geldrente noch Naturalien vom Manne erhalten soll, wie es in ländlichen Kreisen vielfach üblich ist. Nicht jedoch wäre eine Vereinbarung gültig, wonach nur Naturalien oder nur eine Wohnung vom Manne gestellt werden soll, weil die grundsätzliche Verpflichtung zur Zahlung einer Rente nicht abdingbar ist³⁹⁾. Aus diesem Grunde ist auch ein Abkommen, wonach nicht eine Geldrente, sondern jeweils verschiedene, dem Einkommen des Mannes angepaßte Geldbeträge versprochen werden, unwirksam, weil das Gesetz im Gegensatz zu § 1360 im § 1361 ausdrücklich die Zahlung einer Geldrente vorschreibt, der Unterhaltsverpflichtete also regelmäßig eine festbestimmte, wiederkehrende Geldsumme zahlen soll⁴⁰⁾. Nur unter den besonderen Voraussetzungen des § 1361 Abs. 2 ist die Zahlung eines veränderlichen Beitrages zulässig, wonach wiederum nicht allein der Gesichtspunkt maßgebend ist, ob die Ehefrau eigenes Vermögen hat oder sich durch eigenen Erwerb selbst unterhalten kann, sondern wonach die beiderseitigen Verhältnisse der Ehegatten berücksichtigt werden müssen⁴¹⁾. Die sich trennenden Ehegatten können ferner vereinbaren, welche Haushaltsgegenstände dem Manne verbleiben sollen und welche an die Frau herauszugeben sind (§ 1361 Abs. 1 S. 2).

³⁸⁾ Staudinger-Engelmann § 1361 Anm. 8; Planck § 1361 Anm. 25; Wieruszowski S. 126; RG. bei Warn. 1911 Nr. 108 u. 223; Warn. 1913 Nr. 188; RG. in JW. 1905, 436 ff.; RGZ. 61, 51; 109, 137; RG. bei Gruch. 50, 378 ff.; RG. in Seuff. Arch. 67/67.

³⁹⁾ So Wieruszowski S. 93.

⁴⁰⁾ So Wieruszowski S. 80 Anm. 35; Braß S. 26.

⁴¹⁾ Planck § 1361 Anm. 17; RG. bei Warn. 1910 Nr. 136; RG. in JW. 1912, 351.

Auch eine anderweitige Regelung über den Zeitabschnitt, für den die Rentenzahlung erfolgen soll, kann getroffen werden, so beispielsweise daß die Rente alle sechs Wochen oder jeden Monat im voraus oder erst nach Ablauf von drei Monaten ufw. gezahlt werden soll. Zwar wird im § 1361 auf die Vorschriften der §§ 760 ff. verwiesen, aber § 760 selbst ist dispositiver Natur⁴²⁾; Gläubiger und Schuldner können hiernach jede Abweichung hinsichtlich der Zahlungstermine vereinbaren. Zu Unrecht hält Wieruszowski⁴³⁾ die gesetzliche Regelung des § 760 für den Fall des § 1361 für zwingend, jeder anderweitigen vertraglichen Regelung durch die Parteien, im Gegensatz zu einer anderweitigen richterlichen Festsetzung⁴⁴⁾, für unzugänglich. Anders sei es nur dann, wenn es sich um die Vereinbarung einer Vorauszahlung für längere Zeitabschnitte handele, denn der Unterhaltsberechtigte erhalte dadurch eine Sicherung, die noch über das vom Gesetz geforderte Maß hinausgehe. Letzteres ist richtig, denn da im Falle einer Vorausleistung die Befreiung des Unterhaltsverpflichteten bei erneuter Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten nur für drei Monate eintritt (§§ 1361, 1360, 1614 Abf. 2 und 760 Abf. 2), kann bei Vereinbarung langer Zahlungsabschnitte der Unterhaltsberechtigte nie schlechter dastehen als nach der gesetzlichen Regelung. Soweit es sich jedoch um die Vereinbarung kürzerer Zahlungstermine handelt, ist m. E. die Ansicht Wieruszowskis nicht begründet. Es spricht kein Grund dagegen, § 760 für den Fall des § 1361 nicht ebenso anzuwenden wie im Schuldrecht. Andernfalls hätte es vom Gesetzgeber im § 1361 eines besonderen Hinweises auf eine abweichende Anwendung bedurft. Die Unabdingbarkeit der gesetzlich bestimmten Zahlungsabschnitte kann auch nicht daraus gefolgert werden, daß eine hiervon abweichende Festsetzung den Unterhaltsberechtigten in seiner Rechtsstellung unzulässig schmälern würde. Vielmehr wird eine abweichende Regelung häufig im Interesse des Unterhaltsberechtigten liegen; so wird beispielsweise eine Vereinbarung monatlicher oder halbmonatlicher Rentenzahlung angesichts des Umstandes, daß der überwiegende Teil aller Gehälter monatlich, oder bei Beamten am Letzten und am Zehnten eines jeden Monats ausgezahlt wird, meist im Interesse beider Parteien liegen. Eine vierteljährliche Auszahlung der Rente wird dem Unterhaltsverpflichteten in vielen Fällen tatsächlich un-

⁴²⁾ Staudinger II, 2 zu § 760 Anm. 1.

⁴³⁾ S. 80 Anm. 36.

⁴⁴⁾ Wieruszowski S. 93.

möglich fein. Bestünde der Unterhaltsberechtigte auf vierteljährlicher Auszahlung, so würde er den Unterhaltsverpflichteten wirtschaftlich gefährden und damit für die Zukunft auch sich selbst.

Alle zur Regelung der Unterhaltsgewährung gemäß § 1361 abgeschlossenen Verträge, soweit sie nach dem Vorstehenden gültig sind, gelten grundsätzlich nur für eine unbestimmte Zeit. Sie werden hinfällig, wenn die Voraussetzungen des berechtigten Getrenntlebens wegfallen, wenn die Ehe aufgelöst wird, wenn der Scheidungsgrund durch Verzeihung wieder weggefallen ist, oder wenn das Herstellungsverlangen des anderen Ehegatten sich nicht mehr als Mißbrauch seiner Rechte gemäß § 1353 Abs. 2 darstellt. Die Parteien können aber auch die Dauer eines solchen Vertrages auf eine bestimmte Zeit begrenzen, wenn sie der Meinung sind, damit vorforglich der Entwicklung der Dinge Rechnung zu tragen⁴⁵⁾. Ist die Gültigkeit eines solchen Vertrages für einen bestimmten Zeitabschnitt gedacht, der aber über die vorausichtliche Dauer des Vorliegens von berechtigten Trennungsgründen hinausgeht, so ist anzunehmen, daß dieser Vertrag mindestens für die Zeit des berechtigten Getrenntlebens gelten soll (§ 157 BGB.)⁴⁶⁾. Sind sonach Unterhaltsverträge zwischen getrennt lebenden Ehegatten ihrem Wesen nach grundsätzlich zeitlich begrenzt, so kann doch in Ausnahmefällen auch ein Vertrag, der für die ganze fernere Lebenszeit eines oder beider Ehegatten Gültigkeit haben soll, zulässig sein. Das Reichsgericht⁴⁷⁾ führt hierzu aus: Wenn vorauszusehen ist, daß der verweigernde Ehegatte ein dauerndes Verweigerungsrecht haben wird, ist auch eine Vereinbarung gültig, wonach dem unterhaltsberechtigten Ehegatten eine lebenslängliche Rente gewährt werden soll.

Von besonderem Interesse sind diejenigen Fälle, in denen ein berechtigter Grund zum Getrenntleben, also ein Recht auf Verweigerung der ehelichen Lebensgemeinschaft oder ein Scheidungsgrund fehlt oder das Recht zum Getrenntleben und die tatsächliche Weigerung zum Zusammenleben auseinanderfallen. Wenn beispielsweise der unterhaltsverpflichtete Ehemann seine Frau grundlos verstoßt oder sich unberechtigter Weise von der häuslichen Gemeinschaft fernhält, so ist nach herrschender Ansicht⁴⁸⁾ die Vor-

⁴⁵⁾ Planck § 1360 Anm. 9.

⁴⁶⁾ So RG. bei Warn. 1913 Nr. 188.

⁴⁷⁾ RG. 109, 137 und RG. in JW. 1925, 943 ff.

⁴⁸⁾ RG. in JW. 1902, 215; JW. 1905, 203; RG. i. Recht 1910 Nr. 1264; 1921 Nr. 1384; RG. Warn. 1910 Nr. 156; 1914 Nr. 192; 1921 Nr. 74; 1923 Nr. 14; OLG. Bd. 12, 300; 18, 255; 30, 58; RGRK. § 1361 Anm. 7.

schrift des § 1361 für die Unterhaltsansprüche der Ehefrau entsprechend anzuwenden. Entfernt sich allerdings die Ehefrau grundlos von der häuslichen Gemeinschaft, so richtet sich ihr Unterhaltsanspruch grundsätzlich weiter nach § 1360, da jedoch tatsächlich die Unterhaltsgewährung in häuslicher Gemeinschaft unmöglich geworden ist, wird der Ehemann von seiner Unterhaltungspflicht befreit und kann auch später nicht deswegen in Anspruch genommen werden. Sehr häufig werden in diesen und anderen Fällen des unberechtigten, d. h. vom Gesetz nicht genannten und anerkannten Fällen des Getrenntlebens Vereinbarungen zwischen den Ehegatten über die Unterhaltsgewährung getroffen, die nur zum Teil gültig sind. Ein Vertrag beispielsweise, der ein dauerndes Getrenntleben der Ehegatten bezweckt und die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens auf immer ausschließen will, ist wegen Gesetzesumgehung und Sittenwidrigkeit nichtig (§§ 134, 138)⁴⁹⁾. Gleiches gilt von Verträgen, nach denen durch die Zuwendung von größeren Vermögensvorteilen ein dauerndes Getrenntleben der Ehegatten erleichtert oder erst ermöglicht werden soll. Auch wenn ein berechtigter Trennungsgrund vorhanden ist, ist nach herrschender Meinung regelmäßig zu prüfen, ob dieser Grund für den Entschluß zum Getrenntleben allein bestimmend war oder ob die vereinbarte Vermögenszuwendung zum ausschlaggebenden Faktor für die Trennung wurde⁵⁰⁾. Beabsichtigt beispielsweise die Ehefrau, ohne Grund von ihrem Manne getrennt zu leben, und setzt ihr nun der Mann vertraglich eine sehr hohe Geldrente aus, so ist mit der herrschenden Meinung⁵¹⁾ anzunehmen, daß die der Frau gewährten Vermögensvorteile ihr das unberechtigte Getrenntleben für die Dauer sichern sollen, und ein solcher Vertrag würde wegen Verstoßes gegen die guten Sitten nichtig sein. Das gleiche gilt von einem Vertrag, wonach der Ehefrau, die unberechtigt bereits die häusliche Gemeinschaft verlassen hat, als Gegenleistung für ihren Verzicht auf die Rückkehr in die gemeinschaftliche Häuslichkeit und auf Unterlassung jeglichen Wiederannäherungsversuches besondere Vermögensvorteile gewährt werden. Ebenso ist die Zusicherung einer Unterhaltsrente als Gegenleistung für das Versprechen der Ehefrau, zuerst die Herstellungs- und dann später die Scheidungsklage wegen böslichen Verlassens einzu-

⁴⁹⁾ Staudinger-Engelmann § 1353 Anm. 6; RG. bei Warn. 1911 Nr. 108; Warn. 1913 Nr. 399; RG. Recht 1917 Nr. 564; Bay. OLG. 9, 440.

⁵⁰⁾ RG. in JW. 1920, 640; s. auch weitere Entscheidungen bei Staudinger-Engelmann § 1353 Anm. 6.

⁵¹⁾ Vgl. RG. in JW. 1905, 637; Seuff. Arch. Bd. 66, 173; Planck § 1353 Anm. 17.

reichen, mit Recht wegen Sittenwidrigkeit für nichtig erklärt worden⁵²⁾).

Im Gegensatz zur herrschenden Meinung hält Planck⁵³⁾ eine Vereinbarung über die Gewährung von Unterhalt bei unberechtigtem Getrenntleben grundsätzlich für gültig, und nur dann nicht, wenn im Einzelfall ein direkter Verstoß gegen § 138 vorliegt. Eine solche Vereinbarung soll nach Planck nur dann gegenstandslos werden, wenn ein Ehegatte wieder die Herstellung des ehelichen Lebens verlangt, weil auf dieses Recht nicht wirksam verzichtet werden kann.

Bezweckt eine derartige Vereinbarung, ein zeitweises Getrenntleben zu ermöglichen, ohne daß im Sinne des Gesetzes berechnete Trennungsgründe vorliegen, so ist sie m. E. auch dann für zulässig und bindend zu halten, wenn andere wichtige Gründe vorliegen, die geeignet sind, nach sittlichen Anschauungen ein Getrenntleben zu rechtfertigen. Denn die im Gesetz genannten Trennungsgründe sind nicht so eng aufzufassen, daß in jedem Falle ein Trennungsabkommen dann, wenn weder ein Scheidungsgrund gegeben ist, noch die Herstellung des ehelichen Lebens zu Recht verweigert werden darf, gegen die guten Sitten verstoßen muß und deshalb für nichtig zu erachten ist. Ein anderer wichtiger, das Getrenntleben rechtfertigender Grund kann beispielsweise auch dann gegeben sein, wenn zwischen den Ehepartnern zur Zeit große Spannungen und Differenzen bestehen, die ein ferneres Zusammenleben zunächst unmöglich erscheinen lassen, ohne daß schon ein Scheidungs- oder Verweigerungsgrund vorliegt, und die Vereinbarung auf Getrenntleben dazu dienen soll, eine gegenseitige Beruhigung oder Sinnesänderung zu bewirken⁵⁴⁾. Auch rein *wirtschaftliche* Gründe, wie die Ermöglichung günstigerer Erwerbsbedingungen, die Einsparung von Ausgaben usw. können einen gerechtfertigten Grund für den Abschluß eines solchen Vertrages bilden⁵⁵⁾. Hierzu würde auch eine Trennungsvereinbarung zu rechnen sein, wonach die Ehefrau mit den gemeinschaftlichen Kindern so lange zu ihren Eltern ziehen soll, bis der Mann eine auskömmliche Stellung hat. Außerdem kann eine Vereinbarung auf Getrenntleben gerechtfertigt sein, wenn — wie in den ein-

⁵²⁾ OLG. Hamburg Recht 1912 Nr. 2675.

⁵³⁾ § 1361 Anm. 18 u. Anm. 25.

⁵⁴⁾ Ebenso RG. in JW. 1901, 781; RG. bei Warn. 1911 Nr. 183; 1913 Nr. 188; RG. Recht 1916 Nr. 391; 1909 Nr. 189; KG. in OLG. Bd. 2, 201; Planck § 1353 Anm. 17.

⁵⁵⁾ Ebenso OLG. Frankfurt in OLG. Bd. 7, 458; vgl. auch Dernburg § 32 II.f

gangs der Arbeit Seite 3—5 genannten Fällen — der Ehemann aus beruflichen Gründen den bisherigen gemeinschaftlichen Wohnort verlassen muß, die Ehefrau aber mit Rücksicht auf alte Eltern oder sonstige Verwandte, auf schulpflichtige Kinder, deren Umschulung nicht zweckmäßig erscheint, an dem bisherigen Wohnort wohnen bleiben soll.

Die Rechtsprechung erkennt mit wenigen Ausnahmen wirtschaftliche Gründe nicht als berechtigte Trennungsgründe an; dennoch verfaßt die herrschende Meinung einem aus solchem Grund abgeschlossenen Verträge nicht jede Wirksamkeit, denn es kann ein dem Vertrag zuwiderlaufendes Herstellungsverlangen eines Ehegatten ein Mißbrauch seines Rechtes sein⁵⁶⁾. Vielfach ist vom Reichsgericht und anderen oberen Gerichten⁵⁷⁾ entschieden worden, daß der unterhaltspflichtige Ehegatte, der mit dem unberechtigten Getrenntleben des anderen einverstanden ist, zur Zahlung von Unterhalt durch Leistung einer Geldrente verpflichtet ist. Auch wird eine Trennungsvereinbarung dann für gültig gehalten, wenn die Parteien von der irrigen Vorstellung⁵⁸⁾ ausgegangen sind, daß ihnen ein Trennungsgrund zur Seite stünde.

Wenn nun eine einseitige Zustimmung des einen Ehegatten zu dem unberechtigten Getrenntleben des anderen oder auch die irrende Vorstellung über das Vorliegen von Trennungsgründen die Folgen aus § 1361 rechtswirksam erzeugen kann, warum sollte das gleiche nicht auch durch eine beiderseitige Übereinkunft erreicht werden können! Planck und einige Entscheidungen des Reichsgerichts und Kammergerichts⁵⁹⁾ sprechen sich denn auch für die Anwendung des § 1361 im Falle des Getrenntlebens auf Grund beiderseitigen Einverständnisses aus. Dagegen sind Staudinger, Opet

⁵⁶⁾ RG. in JW. 1901, 781 und in JW. 1908, 406; OLG. Frankfurt in OLG. Bd. 7, 458; ebenso Dernburg § 32 II; Staudinger-Engelmann § 1353 Anm. 6, § 1354 Anm. 5, § 1360 Anm. 10 u. § 1361 Anm. 8.

⁵⁷⁾ RGZ. 26, 18; 64, 18; RG. im Recht 1919 Nr. 1482; RG. bei Warn. 1924 Nr. 14; RG. in JW. 1923, 292; Staudinger-Engelmann zu § 1360 Anm. 4d; RGRK. zu § 1361 Anm. 4, vgl. die dort angegebenen weiteren Entscheidungen.

⁵⁸⁾ RG. in JW. 1920, 640; RG. bei Gruch. 64, 611. Jedoch wird hier darauf hingewiesen, daß bei der Annahme der Gültigkeit von Verträgen bei irrtümlich angenommenen Trennungsgründen größte Vorsicht geboten sei.

⁵⁹⁾ Planck § 1361 Anm. 23, 25; RGZ. 26, 18 (IV); 64, 18 (IV); RG. in LZ. 1921, 381; RG. Gruch. 50, 378; KG. in OLG. 2, 201.

und v. Blume und die Mehrzahl der Schriftsteller, die diese Fragen behandelt haben⁶⁰⁾).

M. E. verdient die Ansicht den Vorzug, wonach für die Fälle des Getrenntlebens auf Grund beiderseitigen Einverständnisses zumindest eine *entsprechende* Anwendung des § 1361 für die Unterhaltsgewährung geboten ist. Entscheidend für die Gültigkeit solcher Trennungs- und Unterhaltsvereinbarungen ist allein, ob die zur Trennung führenden Gründe nach Billigkeitsgrundsätzen und unter Abwägung der höher zu bewertenden Belange anzuerkennen sind und kein Verstoß gegen die guten Sitten vorliegt. Für die Gültigkeit oder Ungültigkeit derartiger Vereinbarungen läßt sich keine Regel aufstellen, sondern nur ein Rahmen aufzeigen, innerhalb dessen für jeden Fall zu prüfen ist, ob die Beweggründe, die die Ehegatten zum Abschluß eines solchen Vertrages führten, noch als gerechtfertigt anzuerkennen sind. Laune, Willkür oder unsittliche Motive können selbstverständlich keinen berechtigten Trennungsgrund abgeben⁶¹⁾.

Es bleibt noch die Frage zu erörtern, ob Vereinbarungen getrennt lebender Ehegatten über die Unterhaltungspflicht auch dann wirksam sind, wenn nicht feststeht bzw. nicht nachweisbar ist, ob die Ehegatten einen berechtigten Grund zum Getrenntleben haben oder nicht. Hierher gehören namentlich Prozeßvergleiche, die im Laufe eines Verfahrens geschlossen werden, in denen die Ehefrau auf Grund der vom Ehemann bestrittenen Behauptung, sie habe einen Grund zum Getrenntleben, von diesem die Zahlung ihrer Unterhaltsrente verlangt. So ist vom Reichsgericht⁶²⁾ folgender Fall entschieden worden: In einem früheren Prozeß der Ehegatten war zwischen den Parteien strittig, ob die auf Unterhalt klagende Frau zum Getrenntleben berechtigt war oder nicht. Der Ehemann hatte sich im Vergleichswege bereit erklärt, seiner von ihm getrennt lebenden Frau eine Rente, aber nur in der geringen Höhe von 30 RM. monatlich zu zahlen. Dieser Vergleich wurde vom Reichsgericht für wirksam gehalten. Es ist dies ein Grenzfall; man könnte auch versucht sein, nach den sonst von der herrschenden Meinung vertretenen Grundsätzen eine unzulässige Ermög-

⁶⁰⁾ Staudinger-Engelmann § 1361 Anm. 2; Opet-v. Blume § 1361 Bem. 1; vgl. auch RG. i. Recht 1903 Nr. 1557.

⁶¹⁾ Vgl. Planck § 1361 Anm. 23.

⁶²⁾ RG.-U. vom 23. 9. 1918 in LZ. 1919, 250 ff. (IV. Senat).

lichung oder Erleichterung des Getrenntlebens anzunehmen⁶³⁾ sowie einen unzulässigen Verzicht der Ehefrau auf einen Teil der ihr für die Zukunft zustehenden Unterhaltsrente. Wie indeffen schon gesagt, ist auch vom Standpunkt der herrschenden Lehre ein zulässiges Getrenntleben dann anzunehmen, wenn die Frau ohne berechtigten Grund die gemeinschaftliche Häuslichkeit verlassen hat, der Mann sich aber nachträglich mit dem Getrenntleben einverstanden erklärt hat. In einem solchen Falle kann der Ehemann auch sein Einverständnis zum Getrenntleben unter einer Bedingung erklären, z. B. unter der Bedingung, daß der Unterhaltsanspruch nur in einer bestimmten Höhe geltend gemacht wird. So war es in der eben genannten Reichsgerichtsentscheidung⁶⁴⁾. In diesem Fall liegt aber kein unzulässiger Verzicht der Frau auf einen ihr zustehenden Unterhaltsanspruch vor, wie sich aus folgender Erwägung ergibt: Hat die Ehefrau keinen berechtigten Grund zum Getrenntleben — in dem geschlossenen Vergleich blieb es dahingestellt —, so hat sie keinen Anspruch auf eine Geldrente, der Ehemann ist ihr vielmehr nur zur Naturalunterhaltsgewährung gemäß § 1360 Abf. 3 verpflichtet. Vereinbaren daher die Ehegatten, daß der Mann der Frau eine Geldrente zahlen soll, so tut er mehr als er zu tun verpflichtet ist, denn einen Rentenanspruch hat die Frau nicht, und ihren Anspruch nach § 1360 Abf. 3 behält sie weiter. Von einem Verzicht auf Unterhaltsansprüche kann solchenfalls nicht die Rede sein. Unterstellt man aber, der Ehefrau stünde tatsächlich ein Grund zum Getrenntleben zur Seite, so ist es fraglich, ob in dem genannten Vergleich in Anbetracht der geringen Höhe der Rente nicht ein von der herrschenden Meinung für unzulässig gehaltener teilweiser Unterhaltsverzicht für die Zukunft anzunehmen wäre und der Vergleich aus diesem Grunde für unzulässig gehalten werden müßte. Das Reichsgericht lehnt dies jedoch mit der Begründung ab, daß durch den Vergleich die Ehefrau nicht gehindert wäre, einen höheren Rentenanspruch einzuklagen, nur müsse sie dann nachweisen, daß sie aus irgendeinem Grunde auch gegen das Einverständnis ihres Mannes berechtigt sei, von diesem getrennt zu leben. Damit erkennt also das Reichsgericht die Wirksamkeit einer vergleichsweisen Regelung

⁶³⁾ Staudinger-Engelmann § 1353 Anm. 6, § 1361 Anm. 8; Planck § 1353 Anm. 13c, § 1361 Anm. 25; RG. b. Warn. 1911 Nr. 108; RG. in JW. 1914, 356; 1920, 640; RGZ. 61, 50; 109, 137.

⁶⁴⁾ Vgl. Fußnote 62.

der Unterhaltspflicht an, spricht ihr aber nur eine beschränkte bindende Kraft zu. — M. E. ist einem solchen Vergleich wie dem genannten unbedenklich bindende Kraft zuzuerkennen, vorausgesetzt nur, daß die Ehefrau auf Grund ihrer eigenen Einkommensverhältnisse in der Lage ist, sich standesgemäß zu unterhalten. Wird ein Vergleich unter diesen Voraussetzungen geschlossen, so liegt ein unzulässiger Unterhaltsverzicht der Ehefrau keinesfalls vor. Nur beim Eintritt wesentlich veränderter Verhältnisse würde die Bindung der Parteien an den Vergleich fortfallen. Eine darüber hinaus getroffene Abrede der Parteien, wonach die vereinbarte Unterhaltsregelung auch ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Verhältnisse gelten soll, wäre unzulässig. Indessen wird im Wege der Auslegung ein solcher Unterhaltsvertrag zwischen den Parteien als in der angegebenen Weise bedingt geschlossen anzusehen sein.

VIII. ABSCHNITT.

Vereinbarungen der Ehegatten über die gemeinschaftlichen Kinder.

A. Bei bestehender Ehe.

Die elterliche Gewalt umfaßt einmal die Personenfürsorge, sodann die Vermögensfürsorge und die Vertretung in beiden Angelegenheiten sowie das Nutznießungsrecht am Kindesvermögen (§§ 1627 ff. und 1649). Alle diese Befugnisse und Aufgaben stehen während bestehender Ehe grundsätzlich dem Vater allein zu (§§ 1627 und 1630). Nur die Personenfürsorge als Teil der elterlichen Gewalt steht nach dem Gesetz der Mutter neben dem Vater als Recht und Pflicht zu (§ 1634). Deswegen spricht der Gesetzgeber nicht von väterlicher, sondern von elterlicher Gewalt. Er geht von einem beiden gemeinsam zustehenden Recht aus, wenngleich der Vater, solange er lebt, den Ausschlag zu geben hat. Abgesehen von der Personenfürsorge ist er nach dem Gesetz alleiniger Inhaber der elterlichen Gewalt¹⁾. Daraus folgt, daß die Ehegatten Vereinbarungen über ihre Rechtsbeziehungen zu den gemeinschaftlichen Kindern grundsätzlich nur hinsichtlich der Personenfürsorge treffen können. Diese Sorge umfaßt nach dem Gesetz das Recht und die Pflicht der Erziehung, Beaufsichtigung und der Aufenthaltsbestimmung sowie der Anwendung von geeigneten Zuchtmitteln (§ 1631). Aus dem Recht der Personenfürsorge entspringt ferner das Recht, die Herausgabe des Kindes von jedem zu verlangen, der es dem Fürsorgeberechtigten widerrechtlich vorenthält (§ 1632).

¹⁾ Clara Eck in Bürg. Arch. Bd. 41 S. 152 und Marie Munk in JW. 1925 S. 309 behaupten daher, daß es in Wahrheit nur eine väterliche und keine elterliche Gewalt gebe, und daß der Gesetzgeber sich im Ausdruck vergriffen habe. — Gemeinschaftliche elterliche Gewalt beider Eltern kennen das dänische und das schwedische Recht.

Bei dem Recht und der Pflicht zur Personenfürsorge handelt es sich um eine gemeinschaftliche eheliche Angelegenheit. In zahlreichen Entscheidungen hat sich auch das Reichsgericht dahin ausgesprochen²⁾, so daß also die Vorschriften über die allgemeinen Wirkungen der Ehe (§§ 1353 ff.) Anwendung zu finden hätten. Staudinger u. a.³⁾ leugnen dies; jedoch ist dem Standpunkt des Reichsgerichtes aus folgenden Gründen beizustimmen: Das Personenfürsorgerecht umfaßt zwei verschiedene Rechtsverhältnisse, einmal das Rechtsverhältnis zwischen den Eltern oder jedem Elternteil zu den gemeinschaftlichen Kindern, und sodann das Rechtsverhältnis der Eltern zueinander. Bei dem letzteren handelt es sich um ein durch die Elterneigenschaft begründetes Rechtsverhältnis, in dem die gegenseitigen Befugnisse hinsichtlich der gemeinschaftlichen Kinder festgelegt und abgegrenzt sind. Wenn auch nach § 1634 Satz 2 bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Eltern die Meinung des Vaters vorgeht, so darf der Vater doch nicht willkürlich handeln; seine Rechte sind durch die daneben bestehenden Rechte der Mutter begrenzt.

Daß es sich bei der Personenfürsorge tatsächlich um eine gemeinschaftlich eheliche Angelegenheit handelt, ergibt sich auch daraus, daß, wenn die Eltern getrennt leben und das Kind sich bei der Mutter befindet, bei einer Klage des Vaters auf Herausgabe des Kindes, die Mutter und Ehefrau Einwendungen aus dem Rechtsverhältnis zum Ehemann geltend machen, insbesondere den Mißbrauchseinwand nach § 1354 Abs. 2 erheben kann⁴⁾. Befindet sich das Kind beim Vater, so kann unter Umständen die Mutter aus dem ehelichen Rechtsverhältnis einen eigenen Anspruch auf Herausgabe des Kindes gegen den Ehemann herleiten⁵⁾.

Verträge der Ehegatten über das Personenfürsorgerecht als einer gemeinschaftlichen Angelegenheit sind nun nach den allgemein für das persönliche Eherecht entwickelten Grundätzen soweit zulässig, als nicht zwingende Normen entgegenstehen. So sind Vereinbarungen der Ehegatten über die bei der Erziehung der Kinder zu wahrenen Grundätze, über die

²⁾ RGZ. 55, 419 ff.; 69, 96; RG. im Recht 1908 Nr. 778; bei Gruch. 51, 820 ff.; und in JW. 1912, 395 Nr. 15; JW. 1915, 1261 Nr. 6; RG. in LZ. 1915, 504; ebenso Dernburg § 74 VII; Endemann II, 2 § 169, 3a; Kipp § 79 VI Anm. 24.

³⁾ Staudinger-Engelmann-Keidel zu § 1634 Anm. I, 1b, β; Wetzels in Bürg. Arch. Bd. 26 S. 78 ff.; Opet-v. Blume zu § 1634 Anm. 7.

⁴⁾ Siehe dieselben Entscheidungen des RG. wie Fußnote 2.

⁵⁾ RG. Warn. 1902 Nr. 107; 1908 Nr. 222; 1913 Nr. 298 und RG. in JW. 1912 S. 395.

religiöse Kindererziehung, über die Schul- und Berufsvorbildung, über die Ausübung des Züchtigungsrechtes, über den Aufenthalt des Kindes, über die Beschaffung des Unterhaltes und die Lastenverteilung — hier berühren sich Unterhalts- und Fürsorgepflicht sowie eheliches Güterrecht — gültig und durchaus nicht selten. Wie für das Rechtsverhältnis der Ehegatten im allgemeinen, so muß auch hinsichtlich ihrer gemeinschaftlichen Kinder oberster Grundsatz sein, daß keine Maßnahme dem anderen Teile gegenüber mißbräuchlich sein darf. Aus diesem Gesichtspunkt heraus folgt, daß der Ehemann bei jeder Ausübung seines Entscheidungsrechtes in Erziehungsfragen die Wünsche der Frau weitgehend zu berücksichtigen hat und sich an die Vereinbarungen, die er in dieser Beziehung mit der Ehefrau getroffen hat, halten muß. Weicht er ohne wichtigen Grund und ohne entscheidende Veränderung der Verhältnisse von den gemeinsam aufgestellten Grundsätzen und Abreden ab, so liegt darin eine mißbräuchliche Rechtsausübung. Weiterhin wird die Gültigkeit derartiger Vereinbarungen beschränkt durch die den Kindern von Gesetzes wegen zustehenden unabdingbaren Rechte auf Erziehung, Pflege und Sorge für ihr leibliches und geistiges Wohl. Deshalb sind alle Vereinbarungen der Ehegatten, soweit sie den Rechten und den Interessen des Kindes widerstreiten, hinfällig. Dies ist auch aus § 1666 zu folgern, wonach, wenn der Vater bei Ausübung seines Personenfürsorgerechtes mißbräuchlich handelt, das Vormundschaftsgericht einzugreifen und die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu treffen berechtigt ist. Entsprechendes gilt für die Mutter, wenn ihr gemäß § 1684 die Personenfürsorge allein zusteht (§§ 1684, 1685, 1686).

Da die Sorge für die Person des Kindes nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht des Vaters und der Mutter ist, kann mit rechtsverbindlicher Kraft weder einseitig noch durch Vertrag darauf verzichtet werden⁶⁾. Das Personenfürsorgerecht ist als Teil der Rechte aus der elterlichen Gewalt ein höchstpersönliches und absolutes Recht. Wegen dieser feiner Natur wird seine Übertragung auf eine dritte Person mit Recht allgemein für

⁶⁾ So die herrschende Meinung vgl. Staudinger-Engelmann-Keidel § 1632 Anm. I, 2b/B und § 1631 Anm. I, 5c u. d; RGRK. zu § 1631 Anm. 2; Kipp § 87a S. 371. — Die Nichtigkeit eines solchen Verzichtes wird zuweilen auch aus § 138 hergeleitet, während Danziger S. 20 ff. sie mit rechtlicher Unmöglichkeit (§ 306) begründet.

unzulässig gehalten⁷⁾). Zulässig ist jedoch nach herrschender Ansicht⁸⁾ eine *Übertragung des Personenfürsorgerechtes der Ausübung nach*. Sie wird in vielen Fällen im Interesse der Erziehung und der Ausbildung des Kindes liegen und deshalb erforderlich sein. Die Übertragung des Personenfürsorgerechtes, insbesondere des Erziehungsrechtes der Ausübung nach, wird nicht nur dann für zulässig erachtet, wenn der Vater, dem ja das Entscheidungsrecht zusteht, sie auf einen Dritten überträgt — das Kind in eine Erziehungsanstalt oder in eine Lehre gibt —, sondern die Überlassung der Ausübung nach ist auch von einem Ehegatten auf den anderen möglich. Schlechthin ausgeschlossen ist jedoch die Übertragung der Ausübung nach, soweit es sich um die aus der Personenfürsorge entspringende Vertretungsmacht handelt⁹⁾).

Während bestehender Ehe und bei häuslichem Zusammenleben der Ehegatten haben jedoch alle derartigen Abmachungen meist keine praktische Bedeutung. — Leben die Ehegatten nicht im Rechtsinne getrennt, sondern findet nur eine vorübergehende Trennung der Ehegatten statt, oder ist der Vater aus sonstigen Gründen an der Ausübung der Personenfürsorge verhindert, oder ruht die elterliche Gewalt, so übt nach § 1685 während der Dauer der Ehe die Mutter die gesamte elterliche Gewalt mit Ausnahme der Nutznießung, also auch allein das Personenfürsorgerecht aus. Angesichts dieser gesetzlichen Regelung sind in solchen Fällen Verträge über die Ausübungsüberlassung gegenstandslos. Sie gewinnen indessen besondere Bedeutung im Falle des *Getrenntlebens* oder bei *Scheidung* der Ehegatten.

Leben die Ehegatten getrennt, so erfahren ihre tatsächlichen Beziehungen zu den Kindern natürlicherweise eine Änderung, denn dann kann nur einer der Ehegatten die persönliche Fürsorge für das Kind ausüben. Die rechtlichen Beziehungen zu den gemeinschaftlichen Kindern bleiben jedoch trotz des Getrenntlebens unberührt. Es finden die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften über die elterliche Gewalt weiterhin Anwendung¹⁰⁾. In feiner

⁷⁾ a.A. Knitschky S. 155 ff.

⁸⁾ RG. b. Gruch. 50, 35; RG. b. Warn. 1912 Nr. 118; Staudinger-Engelmann-Keidel § 1631 Anm. 1d u. a.

⁹⁾ RG. in JW. 1911, 342; RGRK. zu § 1631 Anm. 5.

¹⁰⁾ Staudinger-Engelmann-Keidel zu § 1634 Anm. 5; KG. in RJA. 11, 7 u. KG. in OLG. 24, 25.

früheren Rechtsprechung vertrat das Reichsgericht den Standpunkt¹¹⁾, daß bei Getrenntleben der Ehegatten derjenige, der mit berechtigtem Grund die Herstellung der häuslichen Gemeinschaft verweigere, in gleicher Weise ein Recht darauf habe, daß die gemeinschaftlichen Kinder bei ihm verbleiben, wie es im Falle der Scheidung dem schuldlos geschiedenen Ehegatten zustehe. Diese Rechtsprechung wurde aber später mit guten Gründen fallen gelassen¹²⁾: Die Tatsache, daß der eine Ehegatte mit berechtigtem Grund getrennt lebe, berechtiige noch nicht zu der Annahme, daß der andere Ehegatte schuldhaft die Trennung verursacht habe, so daß eine Analogie zu der Regelung des § 1635, der es auf ein Verschulden der Parteien abstelle, nicht gerechtfertigt sei. Das ergibt sich auch aus folgendem: Verweigert die Ehefrau die Herstellung der häuslichen Gemeinschaft, weil das Herstellungsverlangen des Ehemannes mißbräuchlich ist, so steht damit doch noch keineswegs fest, daß der Ehemann das Getrenntleben verschuldet hat. Es wäre nicht gerechtfertigt, wollte man hier der Ehefrau ohne Berücksichtigung der besonderen Umstände das Recht der Personenfürsorge hinsichtlich der gemeinschaftlichen Kinder nur deshalb zugestehen, weil sie berechtigt getrennt lebt.

Grundsätzlich hat also auch beim Getrenntleben der Ehegatten der Ehemann zu bestimmen, bei wem die Kinder verbleiben sollen. Doch ist der Ehemann auch weiterhin den gleichen Beschränkungen wie bei bestehender ehelicher Lebensgemeinschaft unterworfen. Vor jeder Entscheidung über die Angelegenheiten der gemeinschaftlichen Kinder hat er sich also vorher mit der Ehefrau in Verbindung zu setzen und zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen¹³⁾. Der Ehemann als bestimmender Teil kann natürlich auch die Ausübung der Personenfürsorge für die gemeinschaftlichen Kinder völlig der von ihm getrennt lebenden Ehefrau überlassen oder eine dahingehende Vereinbarung mit der Ehefrau treffen. Da jedoch eine Vereinbarung zwischen den Ehegatten auf Überlassung der Personenfürsorge nach herrschender Meinung nur eine unvollkommene Verbindlichkeit begründet, die jederzeit widerruflich ist¹⁴⁾ — denn eine

¹¹⁾ RGZ. 55, 419; 69, 16; JW. 1907, 207; ebenso KG. in Z.Fr.G. Bd. 6 S. 274.

¹²⁾ RG. in JW. 1917 S. 902 ff.

¹³⁾ Ebenso Wolff § 31 V; Kipp § 87a Anm. 7; KG. in Jur. Rdsch. 1927 Nr. 1028.

¹⁴⁾ RG. in JW. 1903 Beil. S. 63; RGZ. 60, 266 ff.; RG. bei Gruch. 50, 999 ff.; RG. in JW. 1925, 2114; Staudinger-Engelmann-Keidel zu § 1635 Anm. 8; Planck zu § 1635 Bem. 15; Ehrlich S. 201; Opet, Verwandschaftsrecht S. 322 u. a.

weitergehende Bindung wird als unzulässige Beschränkung der dem Berechtigten zustehenden Rechte und Pflichten gegenüber dem Kinde aufgefaßt —, wäre der Wert einer solchen Vereinbarung, würde man dieser Ansicht folgen, gering. Jedes Verlangen auf Herausgabe des Kindes, sei es mit oder ohne Klageerhebung, wird nach herrschender Meinung als Widerruf des Vertrages angesehen. Gegenüber einem solchen Herausgabeverlangen steht der Ehefrau und Mutter auch kein wirksames aus der Vereinbarung herzuleitendes Gegenrecht zu¹⁵⁾). Ein solches Recht steht der Frau gegenüber dem Herausgabeverlangen des Mannes nur beim Vorliegen anderer Tatsachen zu, z. B. wenn das Verlangen des Ehemannes lediglich den Zweck hat, die Frau körperlich oder seelisch zu schädigen oder sie zu kränken, oder wenn Schikane im Sinne des § 226 vorliegt¹⁶⁾). In einem solchen Falle kann die Frau die Herausgabe des Kindes verweigern, jedoch muß die Schädigungsabsicht der einzige Zweck des väterlichen Handelns sein. Beim Vorliegen der genannten Tatsachen steht daher nach herrschender Meinung mit Recht der Ehefrau gegenüber dem Verlangen des Mannes der Einwand des Mißbrauches zu¹⁷⁾). In derartigen Fällen genügt es auch, wenn die Schädigungsabsicht nicht einziges, wohl aber überwiegendes Motiv des ehemännlichen Herausgabeverlangens ist¹⁸⁾, so wenn der Ehemann durch sein Verlangen auf Herausgabe des Kindes einen Zwang oder Druck auf die Frau ausüben will, um sie zur Wiederherstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft geneigter zu machen oder sie zu bewegen, die Scheidungsklage einzureichen¹⁹⁾). Mißbrauch liegt auch dann vor, wenn der Ehemann das Kind nur der Frau wegnehmen, es aber gar nicht bei sich unterbringen kann oder will²⁰⁾). Neben diesen von der herrschenden Meinung anerkannten Einwendungen stehen der Mutter Einwendungen aus der Person des Kindes, beispielsweise dahingehend, daß der Vater mit seinem Herausgabeverlangen seine Rechte gegenüber dem

¹⁵⁾ So. RG. b. Warn. 1918 Nr. 12 u. 1920 Nr. 17 und in JW. 1925 S. 2105 Nr. 6.

¹⁶⁾ So RG. in JW. 1912 S. 395 und 1915 S. 1261.

¹⁷⁾ RG. 55, 421 = JW. 1903 Beil. S. 46; RG. in JW. 1907 S. 6; 1912 S. 395 und 1915 S. 1261.

¹⁸⁾ RG. in JW. 1912, 395; RGZ. 77, 111 ff.

¹⁹⁾ RG. bei Warn. 1908 Nr. 222; 1917 Nr. 251; RGZ. 55, 419 ff.

²⁰⁾ KG. in JW. 1927 S. 1215.

Kindes mißbrauche, nicht zu²¹⁾). So soll es nicht genügen, wenn die Mutter geltend macht, daß das Kind wegen zu jugendlichen Alters ihrer besonderen Pflege bedürfe²²⁾). An einer derartigen Trennung zwischen Einwendungen, die in der Person der Frau entstanden, und solchen, die durch die Rechte des Kindes begründet sind, ist mit Recht schärfste Kritik geübt worden²³⁾). M. E. sollte auch die Mutter, kraft der ihr zustehenden Personenfürsorge berechtigt sein, die Belange des Kindes selbständig gegenüber dem Vater zu vertreten.

Neben den allgemein anerkannten, gegenüber dem Herausgabeanspruch zulässigen Einwendungen, muß aber m. E. ein weiterer, sehr bedeutender Einwand zugelassen werden, der Einwand nämlich, daß das Herausgabeverlangen mißbräuchlich sei, weil die Parteien die Personenfürsorge *vertraglich* geregelt haben. Nicht immer wird jedoch durch die Berufung auf einen solchen Überlassungsvertrag der Mißbrauchseinwand begründet sein; vielmehr ist von Fall zu Fall festzustellen, ob nicht der die Herausgabe des Kindes verlangende Ehegatte die vertragliche Überlassung der Personenfürsorge aus berechtigten Gründen widerrufen hat. Wie bereits dargelegt, hält die herrschende Meinung bei der vertraglichen Ausübungsüberlassung an einem jederzeitigen Widerrufsrecht der Parteien fest und hält demgemäß jeden Verzicht auf dieses Recht für unwirksam. Hiergegen wenden sich m. E. mit Recht André, Roch, Gehring u. a.²⁴⁾, denn ein jederzeitiges willkürliches Widerrufsrecht nimmt einer Vereinbarung unter den Ehegatten ihre Bedeutung und wird auch nicht im Interesse des Kindes liegen. André führt in seiner 1905 gehaltenen und veröffentlichten Rektoratsrede „Verträge zwischen Eltern über die Erziehung ihrer Kinder“ aus, daß zumindest ein zwischen den Eltern geschlossener Vertrag über die Ausübung der Personenfürsorge, der für eine bestimmte kürzere Zeit gelten solle, also z. B. für die Dauer eines Scheidungsprozesses, für diese Zeit bindende Wirkung haben müsse und ein einseitiges, willkürliches Widerrufsrecht ausschließe. Nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes solle dem Vater bzw. der Mutter ein Widerrufsrecht gegeben sein: „Eine

²¹⁾ RGZ. 69, 97; RG. bei Warn. 1912 Nr. 172 u. 437; RG. in JW. 1915, 1261; JW. 1917 S. 903; RG. in LZ. 1918, 267; a. A. OLG. Hamburg in LZ. 1916 S. 260 = OLG. 32, 15.

²²⁾ RG. in LZ. 1918, 267.

²³⁾ So Opet in JW. 1919, 302.

²⁴⁾ André S. 32 ff.; Roch S. 64 ff.; Gehring S. 69 ff.; Knitschky S. 156 ff. u. a.

solche beschränkte Bindung des Vaters der Mutter gegenüber derart, daß er nur widerrufen kann, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, widerspricht weder dem Wesen der elterlichen Gewalt, noch den sittlichen Anschauungen unseres Volkes²⁵⁾. — Dieselben Gedanken sind wenige Jahre später auch vom Reichsgericht aufgenommen worden²⁶⁾. Es handelte sich hier darum, daß die Ehegatten für die Dauer des Scheidungsprozesses eine Vereinbarung getroffen hatten, wonach das Kind während dieser Zeit den Aufenthalt bei der Mutter haben sollte. Einem Widerruf der vertraglichen Regelung seitens des Ehemannes — so führt das Reichsgericht aus — müsse insoweit die Beachtung zu verfahren sein, als sich derselbe als Mißbrauch des ehelichen Rechtes darstellen würde. In gleicher Richtung geht eine reichsgerichtliche Entscheidung aus dem Jahre 1919²⁷⁾. Hier wird ausgesprochen, daß ein Widerruf eines Vergleiches, nach welchem für die Dauer eines Scheidungsprozesses der Mutter das Kind überlassen war, nicht ohne rechtfertigende Gründe und jedenfalls nicht nach reiner Willkür erfolgen dürfe. In derselben Weise spricht sich der Reichsgerichtsrätekomentar²⁸⁾ für die Gültigkeit der auf Zeit berechneten Ausübungsüberlassungsverträge über die Erziehung der Kinder, das Recht der Aufenthaltsbestimmung usw. aus. Ebenso auch Josef²⁹⁾ und Opet³⁰⁾.

M. E. darf ein Widerruf, auch wenn es sich nicht um einen solchen zeitlich von vornherein begrenzten Vertrag handelt, nur aus wichtigem Grunde, bei berechtigtem Interesse erfolgen. Für die Gültigkeit eines solchen Widerrufs wird in erster Linie entscheidend sein, ob damit den Interessen des Kindes gedient ist. Wenn man der Meinung ist — wie noch heute die Mehrheit im Schrifttum³¹⁾ —, daß in einer vollwirksamen vertraglichen Bindung und in einem gleichzeitig darin enthaltenen Verzicht auf ein jederzeitiges Widerrufsrecht ein unzulässiger Verzicht auf das Recht und die Pflicht der Personenfürsorge liege, so dürfte man auch eine zeit-

²⁵⁾ André a.a.O. S. 32.

²⁶⁾ RG. Warn. 1909 Nr. 107, ebenso RG. im Recht 1909, 833; ähnlich schon das KG. in JW. 1906 S. 599, 1907 S. 7.

²⁷⁾ RG. in LZ. 1919, 698.

²⁸⁾ RGRK. zu § 1631 Anm. 2.

²⁹⁾ Ziv. Arch. 119, 403 ff.

³⁰⁾ § 1635 Bem. 6.

³¹⁾ Staudinger-Engelmann-Keidel zu § 1631 Anm. I, 5c u. d und § 1635 Anm. 8; Kipp § 79 V u. § 83 II, 3a; Planck zu § 1635 Bem. 15; Ehrlich S. 201; G. Müller in Seuff. Bl. 66, 28 u. a.

liche Bindung nicht für wirksam erachten. Erkennt man aber, wie es das Reichsgericht in den eben erwähnten Entscheidungen in Anerkennung der von André aufgestellten Forderungen getan hat, die Verbindlichkeit solcher auf Zeit geschlossenen Verträge an, so ist kein Grund ersichtlich, nicht auch Verträge über die Überlassung des Personenfürsorgerechtes, die zeitlich nicht begrenzt sind, als bindend anzuerkennen.

Die angestellten Erwägungen führen zur Unterscheidung zwischen der Überlassung des Personenfürsorgerechtes der Ausübung nach an die Ehefrau und an Dritte³²⁾. In beiden Fällen ist nach herrschender Meinung die Überlassung jederzeit widerruflich. Der Vater kann demnach jederzeit die Herausgabe des Kindes verlangen. Während nun aber ein Dritter diesem Herausgabeverlangen immer stattgeben muß, kann sich die Ehefrau diesem Verlangen des Mannes gegenüber gemäß § 1353 Abf. 2 auf Mißbrauch berufen, insbesondere dann, wenn eine Vereinbarung zwischen den Ehegatten auf Überlassung des Kindes an die Frau vorliegt. Diesem Mißbrauchseinwand kann der Ehemann dadurch begegnen, daß er seinerseits die den Widerruf rechtfertigenden Gründe dartut. Tatsächlich hat also auch nach der Gerichtspraxis ein solcher Ausübungsüberlassungsvertrag zwischen Ehegatten bindende Wirkung, und ein Widerruf des Vertrages ist nur aus wichtigem Grunde möglich. Doch steht m. E. der Ehefrau aus einem solchen Vertrage nicht nur ein Gegenrecht gegenüber dem Herausgabeverlangen des Mannes zu, sondern darüber hinaus ein selbständiger Anspruch auf Herausgabe der Kinder, wenn ihr der Ehemann dieselben vorenthält.

Im Schrifttum³³⁾ wird vorwiegend angenommen, daß ein solcher Herausgabeanpruch der Ehefrau gegenüber dem Manne nicht aus § 1632 herzuleiten ist. Dagegen folgert Staudinger³⁴⁾ während Bestehens der Ehe einen Anspruch der Mutter gegen den Vater auf Teilnahme an der Personenfürsorge aus § 1634, so z. B. wenn der Ehemann das Kind weit fortgeschickt und der Frau den Aufenthalt desselben verheimlicht. Der Klageantrag der Frau dürfe in einem solchen Falle nicht auf Herausgabe, sondern auf Gewährung der Teilnahme an der Sorge für die Person des Kindes oder auf Beseitigung der der Frau vom Manne zugefügten Ver-

³²⁾ Kipp § 79 VI; Staudinger-Engelmann-Keidel § 1634 Anm. I, 1b, 8; Danziger S. 10;

³³⁾ Ebenso Danziger S. 31 a. A. RG. bei Gruch. 47, 978.

RG. bei Gruch. 47, 978 u. a.

³⁴⁾ Staudinger-Engelmann-Keidel zu § 1634 Anm. 3.

letzung ihres Rechtes — auf Bekanntgabe des ihr vom Manne verheimlichten Aufenthalt des Kindes, auf Gestattung des persönlichen Verkehrs mit dem Kinde und dergleichen mehr — gerichtet fein.

Daß der Mutter auch ein selbständiger Anspruch auf Herausgabe des Kindes gegen den Vater zustehen kann, wird vom Reichsgericht in verschiedenen Entscheidungen³⁵⁾ treffend dargelegt. So wird gesagt: „Wenn auch das Recht, für die Person der Kinder zu sorgen, ein gemeinschaftliches Recht beider Eltern mit bevorzugter Stellung des Vaters ist, so muß im Interesse eines wirklichen Schutzes der Mutter anerkannt werden, daß ihr zur Wahrung ihrer durch mißbräuchliche Anordnungen des Vaters beeinträchtigten Rechte nicht nur Einwendungen gegen den Vater, sondern auch ein selbständiges Klagerecht gegen diesen zusteht“³⁶⁾. Oder: „Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht schon aus der Vorschrift des § 1634 der erforderliche Schutz der Ehefrau und Mutter gegen sie kränkende mißbräuchliche Anwendungen des Ehemannes und Vaters hergeleitet werden kann. Jedenfalls unterliegt die Annahme keinen Bedenken, daß der Grundgedanke der für das eheliche Leben bestimmenden allgemeinen Vorschrift des § 1354 Abf. 2 auch das dem Ehemann als Vater durch § 1634 Abf. 2 eingeräumte Entscheidungsrecht beherrscht“³⁷⁾.

Wird in den genannten Reichsgerichtsentscheidungen zutreffend ein Anspruch der Mutter auf Herausgabe des Kindes auch gegenüber dem Vater, gestützt auf §§ 1634, 1632 anerkannt, so muß ein Herausgabeverlangen auch dann begründet sein, wenn der Mutter durch *Vertrag*, insbesondere durch einen *Vergleich* für die Dauer des Getrenntlebens der Ehegatten das Sorgerecht für das oder die gemeinschaftlichen Kinder überlassen worden ist oder umgekehrt: Dem auf § 1632 gestützten Verlangen des Ehemannes und Vaters auf Herausgabe der Kinder kann die Ehefrau und Mutter regelmäßig mit Erfolg durch den Mißbrauchseinwand begegnen, wenn ihr vertraglich die Sorge für die Person der gemeinschaftlichen Kinder überlassen worden ist.

Die Frage, ob Verträge zulässig sind, die das Recht des vom Kinde getrennt lebenden Ehegatten, mit demselben persönlich zu verkehren, regeln, nötigt zunächst dazu, das *Verkehrsrecht* näher zu bestimmen. Dieses Recht steht selbständig neben dem Recht und der Pflicht der Personenfürsorge.

³⁵⁾ RG. b. Warn. 1908 Nr. 222, 1912 Nr. 172 u. 437; 1913 Nr. 298.

³⁶⁾ So RG. in JW. 1907 S. 6.

³⁷⁾ RG. Warn. 1908 Nr. 222.

Es ist im Gesetz im § 1636 im Anschluß an die Regelung der Personenfürsorge nach erfolgter Ehescheidung behandelt. Das Verkehrsrecht soll dem nicht forgeberechtigten Elternteil die Möglichkeit geben, mit dem Kinde in Kontakt zu bleiben. Dieses Recht ist nicht Ausfluß der Personenfürsorge, sondern es entspringt dem zwischen Eltern und Kindern bestehenden Verwandtschaftsverhältnis³⁸⁾. Kipp³⁹⁾ bezeichnet es als Rest der Personenfürsorge. Als ein höchstpersönliches Recht ist das Verkehrsrecht weder auf Dritte übertragbar noch verzichtbar, als absolutes Recht wirkt es gegenüber jedem Dritten.

Während nach früheren Entscheidungen der höheren Gerichte und im Schrifttum⁴⁰⁾ in den Fällen des Getrenntlebens eine nähere Verkehrsregelung des getrennt lebenden Ehegatten mit dem gemeinschaftlichen Kinde nur durch den Prozeßrichter für möglich gehalten wurde, erklärte das Reichsgericht⁴¹⁾ unter Hinweis auf den „Geist des Gesetzes“ in den Fällen des Getrenntlebens § 1636 für entsprechend anwendbar. Wenn hiernach die Regelung des Verkehrsrechtes grundsätzlich Sache des Vormundschaftsgerichtes ist, so sind die Parteien doch nicht gehindert, ihrerseits Vereinbarungen über die Regelung des Verkehrs mit dem gemeinschaftlichen Kinde zu treffen. Es entspricht sogar dem Willen des Gesetzes mehr, daß in erster Linie die Parteien selbst den Verkehr mit dem Kinde gütlich regeln⁴²⁾; erst wenn eine solche Einigung nicht zustande kommt oder wiederaufgehoben wird, kann das Vormundschaftsgericht auf Antrag oder von Amts wegen seinerseits Bestimmungen treffen. Eine Vereinbarung zwischen den getrennt lebenden Ehegatten über das Verkehrsrecht ist also möglich und zulässig. Indessen kann weder ein Verzicht auf dieses Recht gültig vereinbart werden, noch können die Ehegatten durch Vertrag das Verkehrsrecht einem Dritten übertragen⁴³⁾.

Nach herrschender Meinung können nun aber an sich gültige Vereinbarungen über den Verkehr mit den gemeinschaftlichen Kindern durch Anordnungen des Vormundschaftsgerichtes gemäß § 1636 Satz 2 außer

³⁸⁾ Staudinger-Engelmann-Keidel § 1636 Anm. 4; Hagemann in Z.Fr.G. 22, 406; KG. in RJA. 11, 254.

³⁹⁾ § 87a, 1b.

⁴⁰⁾ KG. bei Seuff. Arch. 61, 405 ff.; KG. in OLG. 3, 41; RG. im Recht 1909, 363; Josef in Seuff. Bl. 1909, 121.

⁴¹⁾ RGZ. 69, 94 ff.; ebenso KG. in OLG. 24, 25 ff.

⁴²⁾ s. OLG. Celle in LZ. 1918 S. 336.

⁴³⁾ Staudinger-Engelmann-Keidel § 1636 Anm. 6.

Kraft gesetzt werden⁴⁴⁾. Doch wird das Vormundschaftsgericht eine solche Anordnung nur dann verfügen, wenn berechtigte Gründe für eine Abänderung sprechen. Auch kann das Recht des Vormundschaftsgerichtes auf Verkehrsregelung durch Vertrag unter den Ehegatten nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden⁴⁵⁾. Wird das Vormundschaftsgericht zur Regelung des Verkehrs von einem Elternteil angerufen, so geht heute die Praxis der Vormundschaftsgerichte dahin, in erster Linie eine gütliche Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen und bereits geschlossene Vereinbarungen zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Verträge zwischen Ehegatten über die gemeinschaftlichen Kinder verdienen Vereinbarungen über die religiöse Kindererziehung besondere Erwähnung. Durch das Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. 7. 21 hat der Grundsatz der freien Einigung der Eltern über diesen Teil der Erziehung zum erstenmal in einem Gesetz seinen Niederschlag gefunden. Demgemäß verordnet § 1: Über die religiöse Erziehung des Kindes bestimmt die freie Einigung der Eltern, soweit ihnen das Recht und die Pflicht zusteht, für die Person des Kindes zu sorgen. Freie Einigung soll besagen, daß sie von allen früheren gesetzlichen Schranken befreit ist und nicht dem Einfluß irgendeiner staatlichen oder kirchlichen Autorität unterliegt. Diese Einigung ist jedoch einem bürgerlich-rechtlichen Vertrag nicht gleichzusetzen, denn sie ist grundsätzlich jederzeit widerruflich (§ 1 Abs. 2 und 4). Die Einigung unter Ehegatten erschöpft daher ihre Wirksamkeit in der gemeinsamen Einleitung einer bestimmten religiösen Erziehung des Kindes. Kann eine Einigung unter den Eltern nicht erzielt werden, so kommen die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Personensorge zur Anwendung (§ 2 Abs. 1); bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Eltern geht die Meinung des Vaters vor.

Verträge über die religiöse Kindererziehung sind, abgesehen von denen, die unter den früheren landesrechtlichen Gesetzen oder dem Recht der Übergangszeit geschlossen wurden, von der Zeit der Geltung des neuen Gesetzes an ohne rechtliche Wirksamkeit (§ 9 d. Gef.). Demgemäß dürfen nach herrschender Meinung weder Richter noch Notare derartige, für unwirksam erachtete Verträge beurkunden⁴⁶⁾.

⁴⁴⁾ RG. in JW. 1925, 2115 Nr. 6.

⁴⁵⁾ KG. in KGJ. 44, 22; KG. in OLG. 41, 66; Landsberg in DJZ. 1915 S. 405 ff.

⁴⁶⁾ Engelmann, Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung § 4 S. 72.

Der „Schwer- und Angelpunkt“ des Gesetzes, wie Kipp⁴⁷⁾ es ausdrückt, ist der § 2 Abf. 2. Denn durch ihn erfährt die jederzeitige freie Widerruflichkeit der Einigung eine wesentliche Einschränkung und Behinderung. Es kann nämlich während bestehender Ehe von keinem Elternteil ohne die Zustimmung des anderen bestimmt werden, daß das Kind in einem anderen als dem zur Zeit der Eheschließung gemeinsamen Bekenntnis oder in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen, oder daß das Kind vom Religionsunterricht abgemeldet werden soll. Wird die Zustimmung nicht erteilt, so kann auf Antrag das Vormundschaftsgericht vermitteln oder entscheiden (§ 2 Abf. 3). Die für eine Änderung der bisherigen religiösen Erziehung erforderliche Zustimmung des anderen Ehegatten, die einen vollkommen rechtsgeschäftlichen Charakter trägt und nur so lange widerruflich ist, als noch keine Handlung auf sie hin erfolgt ist, stellt das Bindeglied zwischen der freiwiderruflichen Einigung und der einseitigen Bestimmung durch einen Elternteil dar⁴⁸⁾. Denn in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle werden die im § 2 Abf. 2 des Gesetzes genannten Tatbestände vorliegen, so daß während bestehender Ehe eine einseitige willkürliche Bestimmung eines Ehegatten, insbesondere des Ehemannes, rechtlich unmöglich ist. Durch dieses bei Änderung der bisherigen religiösen Erziehung des Kindes notwendige Zustimmungserfordernis wird das rechtsgeschäftliche bzw. vertragliche Moment wieder in das Gesetz hineingetragen, das durch die §§ 1 und 4 und die dort zum Grundprinzip erhobene, jederzeit freiwiderrufliche Einigung sichtlich vermieden werden sollte. Dadurch, daß § 2 Abf. 2 eine Bekenntnisänderung ohne Zustimmung des anderen Ehegatten so gut wie unmöglich macht — sofern nämlich die Erziehung des Kindes in einer bestimmten Religion nach Einigung der Eltern bereits eingesetzt hatte, was aber praktisch immer der Fall sein wird, weil die religiöse Kindererziehung bereits mit der Geburt des Kindes beginnt⁴⁹⁾ —, wird negativ erreicht, daß einer Einigung bindende Kraft zukommt. Wenn auch der Widerruf der Einigung jederzeit erfolgen kann, so wird damit ein praktisches Resultat nicht erzielt. Es wird vielmehr in der Regel bei der auf Grund der Einigung begonnenen religiösen Erziehung des Kindes bleiben. Der Gesetzgeber hätte also ebenso gut von Anfang an Vereinbarungen der Ehegatten über die religiöse Kin-

⁴⁷⁾ in Festschrift f. Kahl S. 12 unten.

⁴⁸⁾ Kipp a.a.O. S. 15 unten.

⁴⁹⁾ Kipp a.a.O. S. 13.

dererziehung bindende Wirkung beilegen können, wie sie vor Einführung dieses Reichsgesetzes in zahlreichen Landes- und Stadtgesetzen bekannt waren, so z. B. in Bayern, Württemberg, Sachsen, Schleswig, Waldeck und Frankfurt a. M.⁵⁰⁾. Bei einer künftigen Änderung des Familienrechtes, insbesondere des Abschnittes über die elterliche Gewalt, wird auch eine Änderung des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung notwendig werden.

B. Im Falle der Ehescheidung.

Der viel bekämpfte § 1635 regelt das Recht der Personenfürsorge nach erfolgter Scheidung automatisch nach dem im Prozeß ausgesprochenen Verschulden. Daß das Gesetz die Rechtsfolgen der Scheidung auch hinsichtlich der gemeinschaftlichen Kinder von dem Schuldauspruch abhängig macht, führt in der Regel zu den erbittertsten Kämpfen unter den Ehegatten mit all ihren Widerwärtigkeiten. Die gesetzliche Regelung im § 1635 läßt daher grundsätzlich eine Rücksichtnahme auf den Einzelfall, insbesondere auf das Wohl des Kindes und die berechtigten Wünsche und Interessen der Eltern nicht zu. Die hierdurch gezeitigten, oft unbilligen Ergebnisse haben bewirkt, daß schon zahlreiche Reformvorschläge⁵¹⁾ gemacht worden sind, so auch neuerdings von dem Vorsitzenden des Familienrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht⁵²⁾. Die im § 1635 Abf. 1 Satz 2 gegebene Möglichkeit, daß das Vormundschaftsgericht eine von der starren Gesetzesvorschrift abweichende Regelung treffen kann, ist insofern nicht ausreichend, als immer „besondere“ Gründe vorliegen müssen, die sein Eingreifen rechtfertigen. Gerade bei der Entscheidung der Frage, was besondere Gründe sind, die im Interesse des Kindes eine anderweitige Regelung rechtfertigen, ist die Rechtsprechung sehr streng. Die Bezugnahme auf allgemeine Erfahrungstatsachen genügt nicht, z. B. darauf, daß ein dreijähriges Kind bei der Mutter besser aufgehoben ist als beim Vater⁵³⁾. Das Interesse des Kindes muß *gefährdet* sein, um eine ab-

⁵⁰⁾ Vgl. die Angaben über die vor Einführung des Reichsgesetzes geltenden Landes- und Stadtgesetze bei Engelmann a.a.O. S. 9 ff.; Enneccerus-Kipp-Wolff Bd. IV § 132.

⁵¹⁾ Marie Munk in JW. 1925, 309 sowie in ihrer Schrift: Vorschläge zur Umgestaltung des Rechtes der Ehescheidung und der elterlichen Gewalt S. 37; Reichstag IV (1928) Anträge u. Vorschläge Bd. 430 Nr. 82, 83, 94.

⁵²⁾ Mößner: Neugestaltung des deutschen Ehescheidungsrechtes. Schriften der Akademie für Deutsches Recht. Berlin 1936 S. 72 ff.

⁵³⁾ OLG. 9, 457; 10, 287 ff.; 12, 342 ff.

weichende Anordnung des Vormundschaftsgerichtes als geboten erscheinen zu lassen.

Daraus ergibt sich, daß das Bedürfnis der Ehegatten nach anderweitiger vertraglicher Gestaltung des Personenfürsorgerechtes sehr groß ist. Da aber nach herrschender Meinung⁵⁴⁾ § 1635 zwingendes Recht enthält, wird jede Vereinbarung der Ehegatten, sei es vor oder nach der Scheidung, in der eine vom Gesetz abweichende Regelung vorgenommen wird, für nichtig erklärt, insbesondere deshalb, weil darin ein unzulässiger Verzicht oder eine unzulässige Beschränkung des dem fürsorgeberechtigten Ehegatten von Gesetzes wegen zustehenden Rechtes gesehen wird. Vielfach wird eine vertragliche Regelung des Personenfürsorgerechtes auch dann für nichtig erklärt, wenn sie den Zweck verfolgt oder geeignet erscheint, die Ehescheidung zu erleichtern.

Nichtsdestoweniger sind auch vor oder während der Ehescheidung Verträge, nach denen dem nicht fürsorgeberechtigten Ehegatten in derselben Weise wie einem Dritten auf Zeit die *Ausübung der Personenfürsorge* überlassen wird, häufig, und derartige Vereinbarungen auf Überlassung werden von der herrschenden Meinung anerkannt⁵⁵⁾. Eine solche Vereinbarung schafft natürlich nur Bindungen der Ehegatten untereinander; dem Kinde gegenüber wird der nach dem Gesetz forgeberechtigte Ehegatte nur befreit, wenn der andere seinen nach dem Vertrage übernommenen Verpflichtungen nachkommt⁵⁶⁾. Nach der herrschenden Meinung im Schrifttum sind derartige Verträge jederzeit freiwiderruflich, doch machen sich immer mehr Stimmen geltend, die für eine beschränkte Widerruflichkeit eintreten. Den Ausgangspunkt bilden auch hierbei die von André bereits im Jahre 1905 entwickelten Gedanken⁵⁷⁾. Die Ansicht findet immer mehr Anhänger, daß — entsprechend den hier für die Wirksamkeit von Verträgen während des Getrenntlebens aufgestellten Grundätzen — ein Vertrag über die Ausübung des Personenfürsorgerechtes nach erfolgter Scheidung nur aus wichtigem Grunde widerrufen werden kann⁵⁸⁾.

⁵⁴⁾ Staudinger-Engelmann-Keidel zu § 1635 Anm. 6; Planck 3. Aufl. Bem. 7; Kipp § 87 S. 371.

⁵⁵⁾ Staudinger-Engelmann-Keidel § 1635 Anm. 8; Planck 3. Aufl. zu § 1635 Bem. 15; Erler S. 152; Opet, Verwandschaftsrecht S. 322; RGZ. 60, 266; RG. bei Gruch. 50, 999 ff., vgl. auch RG. in JW. 1925/2115; OLG. Hamburg in OLG. 10, 286 ff.; KG. in OLG. 40, 84 ff. u. a.

⁵⁶⁾ Josef im Ziv. Arch. 119, 403 ff.

⁵⁷⁾ Vgl. André a.a.O. S. 32.

⁵⁸⁾ In neuerer Zeit Josef a.a.O. S. 403 ff.; Karger in JW. 1930 S. 177.

M. E. find Ausübungsüberlassungsverträge geschiedener Ehegatten nicht anders zu behandeln als die zwischen Ehegatten während bestehender Ehe geschlossenen, so daß auch ihnen bindende Kraft zukommt. Indessen macht die rechtliche Konstruktion dieses Ergebnisses, solange das Gesetz nicht geändert ist, Schwierigkeiten. Wenn bei bestehender Ehe dem Verlangen auf Herausgabe des Kindes der andere Ehegatte den auf einen Vertrag gestützten Mißbrauchseinwand (§ 1353 Abf. 2) entgegenhalten kann, so ist eine Berufung auf § 1353 Abf. 2 nach erfolgter Scheidung nicht möglich. Dennoch muß man aber zu dem gleichen Ergebnis aus einem anderen Rechtsatz kommen, nämlich dem, „daß die dem einzelnen Familienmitglied gewährten Rechte keine schrankenlosen sind, sondern ihre Grenzen finden in der Pflicht des Berechtigten, bei Ausübung seines Rechtes auf die berechtigten Interessen der übrigen Familienmitglieder gebührende Rücksicht zu nehmen“⁵⁹⁾. Dieser Grundsatz muß auch auf geschiedene Ehegatten und ihre gemeinschaftlichen Kinder Anwendung finden, denn trotz der Auflösung der Ehe bleiben die geschiedenen Ehegatten noch durch die gemeinsamen Kinder verbunden. Hat sonach der forgeberechtigte Elternteil dem nicht forgeberechtigten geschiedenen Ehegatten vertraglich die Ausübung der Personenfürsorge überlassen, so kann er nicht willkürlich, ohne berechtigten Grund von diesem Verträge zurücktreten und das Kind herausverlangen. Einem solchen Verlangen kann der andere Teil ebenfalls den Mißbrauchseinwand entgegensetzen, denn dieser auf Treu und Glauben gestützte und aus Billigkeitsgrundsätzen gewährte Einwand beherrscht das gesamte Familienrecht und gilt daher auch nach der Scheidung zwischen den Ehegatten. — Zu demselben Ergebnis gelangt Roch⁶⁰⁾. Nach ihm muß eine vertragliche Regelung ebenso rechtsgestaltende und bindende Wirkung haben wie eine Verfügung des Vormundschaftsgerichtes. Dadurch werde erreicht, daß häufig durch eine Vereinbarung der Eltern ein brauchbarer Zustand für die Kinder geschaffen werde, als der gesetzliche es sei. Nach Roch ist der Prozeßrichter an die Verträge gebunden, sofern nicht andere Gründe der Unwirksamkeit vorliegen (Verstoß gegen § 138 ufw.). Der Vormundschaftsrichter soll nur dann an die Verträge nicht gebunden sein, wenn ein gesetzlicher Grund zum Einschreiten vorliegt. Die Bindung der Ehegatten soll so lange dauern, bis der Vormundschaftsrichter eine abweichende Anordnung trifft.

⁵⁹⁾ RG.-U. v. 25. 1. 1912 b. Warn. 1912 Nr. 172 = in JW. 1912, 395 sowie RGZ. 69, 96.

⁶⁰⁾ S. 69.

Nach den bereits genannten Ehescheidungsreformvorschlägen des Familienrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht wird befürwortet, daß der Schuldausspruch im Scheidungsurteil grundsätzlich ohne Einfluß auf die Übertragung des Personenfürsorgerechtes bleiben soll, und daß es zunächst während des Scheidungsverfahrens den Ehegatten innerhalb einer Frist selbst überlassen werden soll, in einer freien Vereinbarung ihre künftigen Beziehungen zu den gemeinschaftlichen Kindern zu regeln. Erst wenn bis zum Eintritt der Rechtskraft des Scheidungsurteils eine solche Vereinbarung nicht zustande gekommen ist oder von einem Ehegatten widerrufen wurde, soll das Prozeßgericht die Rechtsfolgen der Scheidung hinsichtlich der gemeinschaftlichen Kinder bestimmen, wobei maßgebend zu sein hat, daß demjenigen Elternteil, der nach der Überzeugung des Gerichtes für die Pflege und die Erziehung des Kindes geeigneter erscheint, sowohl die *Personenfürsorge* als auch die *übrigen Rechte der elterlichen Gewalt* übertragen werden. Auch wird die natürliche Verbundenheit zwischen Mutter und Kind besonderer Berücksichtigung anempfohlen, und es sollen die bisher gemeinsam erzogenen Kinder nur in Ausnahmefällen auseinandergerissen werden.

Es bleibt zu wünschen, daß diese den Bedürfnissen der Praxis und den sittlichen Anschauungen des Volkes entsprechenden Reformvorschläge bald zum Gesetz erhoben werden.

Schlußwort.

Mit der vorliegenden Arbeit glaubt Verfasserin aufgezeigt zu haben, daß, obwohl eine Neufassung der Vorschriften über das persönliche Ehe-recht wünschenswert ist, man bei richtiger Anwendung der bestehenden Gesetzesbestimmungen noch sehr wohl damit auszukommen vermag. Nicht das geltende Gesetz ist zeitfremd, sondern die Auslegung, die das Gesetz in Schrifttum und Rechtsprechung zum Teil erfahren hat.

Während die reichsgerichtliche Rechtsprechung beispielsweise im Wirtschaftsrecht den durch die Zeit veränderten Bedürfnissen des Wirtschaftsverkehrs und den veränderten Anschauungen im allgemeinen in zweck- und zeitentsprechender Weise Rechnung trägt, nimmt sie in den das Ehe-recht betreffenden Entscheidungen noch immer eine sehr konservative Haltung ein, die den veränderten Tatsachen und den veränderten sittlichen Anschauungen oft nicht mehr entspricht. Angesichts der Tatsache, daß es vielen Ehegatten nach der heutigen Rechtsprechung praktisch unmöglich ist, ihre eheliche Gemeinschaft mit rechtlicher Wirkung so zu gestalten, wie es sich aus den verschiedensten Gründen als notwendig erweist, erhebt sich für die künftige Ausgestaltung des Eherechts die Forderung, den Ehegatten ausdrücklich die Befugnis zuzuerkennen, ihre persönlichen Beziehungen rechtswirksam vertraglich zu regeln. Ferner wird dem künftigen Gesetz der auf dem Gemeinschaftsgedanken und der Genossenstellung der Ehegatten beruhende Typus der Ehe als Normaltypus zugrunde gelegt werden müssen, denn dieser Ehetypus entspricht dem Empfinden unserer Zeit. Zugleich aber muß in dem neuen Gesetz zum Ausdruck kommen, daß es den Ehegatten freisteht, ihre Ehe aus überlieferten kulturellen, religiösen oder anderen Gründen abweichend von diesem Typus patriarchalisch auszugestalten.

Lebenslauf.

Ich wurde am 22. 12. 1903 zu Wetzlar a. d. Lahn als Tochter des Fabrikanten Dr. h. c. Ernst *Leitz* und seiner inzwischen verstorbenen Ehefrau Elfie geb. Guertler geboren. Ich besuchte zunächst das Städtische Lyzeum zu Wetzlar und kam 1917 in die Freie Schulgemeinde Wickersdorf, die den Lehrplan einer Oberrealschule hat. Im Jahre 1921 verließ ich Wickersdorf als Unterprimanerin und bestand nach einem halben Jahr, im September 1921, das Abiturium an der Oberrealschule in Berlin-Mariendorf.

Im Sommersemester 1922 begann ich das Studium der Handelswissenschaften an der Handelshochschule in München, wo ich nach 4 Semestern, im Sommer 1924, das kaufmännische Diplomexamen ablegte. Davor und danach war ich als Volontärin an der Mitteldeutschen Creditbank in München tätig.

Im Sommersemester 1925 begann ich das Studium der Rechtswissenschaft an der Universität München und verblieb dort 2 Semester. Ich studierte dann 5 weitere Semester an der Universität zu Berlin, mußte aber das Studium ein Jahr wegen Krankheit unterbrechen. Im Mai 1930 bestand ich am Kammergericht zu Berlin die Erste Staatsprüfung. Den praktischen Dienst als Gerichtsreferendarin begann ich am 8. Oktober 1931 und beendete ihn am 30. Januar 1935. Die mündliche Doktorprüfung bestand ich am 29. Februar 1932. Am 2. März 1935 verheiratete ich mich mit dem Diplomvolkswirt Dr. Kurt *Kühn*.

Eidesstattliche Versicherung.

Hiermit versichere ich an Eides Statt, daß ich der selbständige Urheber dieser Arbeit bin, daß ich andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt habe, und daß ich aus anderen Schriften ganz oder annähernd wörtlich entnommene Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Wuppertal-Elberfeld, den 30. September 1936.

Elise Kühn-Leitz.

